



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

66. Sitzung

4. Wahlperiode

Mittwoch, 9. November 2005, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Feststellung der Tagesordnung
gemäß § 73 Abs. 3 GO LT**

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung)	3817
B e s c h l u s s	3817

Aktuelle Stunde

Familienland Mecklenburg-Vorpommern	3818
Torsten Renz, CDU.....	3818
Ministerin Dr. Marianne Linke.....	3820
Dr. Till Backhaus, SPD	3822
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS	3824
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann.....	3826
Harry Glawe, CDU	3826
Dr. Margret Seemann, SPD	3828
Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS	3830

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Lan- desverwaltung im Geschäftsbereich des Minis- teriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/1735 –	3830
---	------

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Sonderausschusses für Verwaltungs-
modernisierung und Funktionalreform**

– Drucksache 4/1920 –	3830
Heinz Müller, SPD.....	3830
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann.....	3831
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU.....	3831
Dr. Norbert Nieszery, SPD	3832
Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS	3832
B e s c h l u s s	3833

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Schulgesetzes für das
Land Mecklenburg-Vorpommern
(Schulgesetz – SchulG M-V)
(Erste Lesung)**

– Drucksache 4/1910 –	3833
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann.....	3833
Dr. Armin Jäger, CDU	3837, 3844, 3845
Minister Erwin SELLERING	3839, 3841, 3842
Dr. Ulrich Born, CDU	3841
Lorenz Caffier, CDU.....	3842
Heike Polzin, SPD.....	3842, 3845
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS	3843
B e s c h l u s s	3846

Fragestunde

– Drucksache 4/1922 –	3846
Dr. Ulrich Born, CDU	3846, 3847, 3848
Minister Dr. Otto Ebnet	3846, 3847, 3848
Andreas Petters, CDU	3847, 3848
Karin Strenz, CDU	3848
Ministerin Dr. Marianne Linke	3848

Gesetzentwurf der Landesregierung :

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über den Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Freien Hansestadt Bremen zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/1911 –	3849
Ministerin Sigrid Keler	3849
B e s c h l u s s	3849

Antrag der Fraktionen

der SPD und Linkspartei.PDS:

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des III. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Binz vom 18. bis 20. September 2005

– Drucksache 4/1913 –	3850
Sylvia Bretschneider, SPD	3850
B e s c h l u s s	3852

Antrag der Fraktionen

der SPD und Linkspartei.PDS:

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 14. Ostseeparlamentarierkonferenz in Vilnius (Litauen) am 29. und 30. August 2005

– Drucksache 4/1914 –	3852
Sylvia Bretschneider, SPD	3852
B e s c h l u s s	3855

Erklärung zur Abstimmung durch den Abgeordneten Martin Brick, CDU, gemäß § 97 GO LT

.....	3855
-------	------

Antrag der Fraktion der CDU:

Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 4/1907 –	3855
Renate Holznagel, CDU	3855
Minister Dr. Till Backhaus	3857
Hans-Heinrich Jarchow, SPD	3859
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS ...	3860, 3862
Vincent Kokert, CDU	3861, 3862
B e s c h l u s s	3862

Nächste Sitzung

Mittwoch, 14. Dezember 2005	3862
-----------------------------------	------

Beginn: 10.06 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 66. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die heutige Plenarsitzung am 9. November findet an einem der vielschichtigsten Daten in der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert statt. Positives, mutiges Handeln und Freude sind an diesem Datum festzumachen, genauso aber auch menschenfeindliches, feiges und verbrecherisches Tun sind mit diesem Tag verknüpft.

Am 9. November 1918 hat Kaiser Wilhelm II. abgedankt. Der monarchische Obrigkeitsstaat brach zusammen. In Berlin wurde die Republik ausgerufen. Philipp Scheidemann rief von einem Fenster des Reichstags in Berlin zu den versammelten Bürgerinnen und Bürgern: „Es lebe die Republik“ und machte zusammen mit Prinz Max von Baden Friedrich Ebert zum neuen Reichskanzler. In einer entbehrungsreichen Zeit nach einem verlorenen Krieg war der 9. November 1918 das Signal zum Aufbruch in eine neue Zeit, allerdings in eine sehr unruhige Zeit. Es war der Startschuss für eine neue Republik, von der kaum jemand wusste, wie sie aussehen sollte.

Am 9. November 1923 marschierten nationalsozialistische Kolonnen unter der Führung Hitlers durch München mit dem Ziel, einen Marsch auf Berlin zu organisieren, um nach dem Vorbild Mussolinis die Macht im Reich zu übernehmen. Damals gelang es noch, Hitler zu stoppen, später leider nicht mehr. Mit dem 9. November 1938 ist das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte verbunden, als in ganz Deutschland Synagogen brannten, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert und jüdische Menschen, die sich wehrten, verprügelt oder sogar ermordet wurden. Bei aller Freude, die wir empfinden, wenn wir an den 9. November 1989 und die Öffnung der Mauer denken, vergessen wir nicht, dass dieser 9. November bei vielen Menschen auch ganz andere Erinnerungen hervorruft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen liegt die vorläufige Tagesordnung der 66. Sitzung vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen?

Herr Caffier, bitte.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der CDU widerspricht der vorläufigen Tagesordnung und beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 3: „Gesetzentwurf der Landesregierung – Entwurf eines Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern“ auf der Drucksache 4/1910. Die CDU-Landtagsfraktion widerspricht dem Antrag gemäß Paragraph 73 Absatz 3 der Geschäftsordnung. Der von der Landesregierung eingebrachte Entwurf eines Schulgesetzes beinhaltet keine inhaltlichen Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung des Schulgesetzes. Die Landesregierung begründet die Notwendigkeit dieses Gesetzes damit, vorsorglich verfassungsrechtliche Zweifelsfragen im Anschluss an das Urteil des Landesverfassungsgerichtes vom 7. Juli 2005 bezüglich des Haushaltsgesetzes 2004/2005 ausräumen zu wollen.

Die CDU-Landtagsfraktion sieht im Zusammenhang mit der neunten Änderung des Schulgesetzes keinerlei rechtliche Zweifelsfragen, da das Gesetzgebungsverfahren ordnungsgemäß abgelaufen ist. Die neunte Änderung des

Schulgesetzes wurde in Erster Lesung eingebracht, es fanden Ausschussberatungen mit den notwendigen Anhörungen statt. Der nach der ersten Anhörung von den Fraktionen der SPD und PDS eingebrachte Antrag zur Änderung des Gesetzentwurfes (längeres gemeinsames Lernen) wurde im Rahmen einer gemäß Paragraph 22 Absatz 2 Geschäftsordnung des Landtages anberaumten zweiten Anhörung ausführlich beraten. Paragraph 22 Absatz 2 der Geschäftsordnung regelt: „Eine weitere Anhörung zum selben Gegenstand kann – soweit darüber kein Einvernehmen besteht – nur dann vorgenommen werden, wenn der Ausschuss feststellt, dass sich nach der ersten Anhörung wesentliche Änderungen am Beratungsgegenstand ergeben haben.“ Nach den Beratungen im Rahmen der zweiten Anhörung wurde der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und PDS in die Beschlussempfehlung aufgenommen und in der Zweiten Lesung des Gesetzes beschlossen. Das Gesetzgebungsverfahren weist insofern keine Lücken auf.

Die CDU-Fraktion stellt fest, dass sich ein einmaliger Vorgang innerhalb der Parlamentsgeschichte vollzieht, dass ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren, welches durchlaufen wurde, wortgleich neu eingebracht wird. Die betroffenen Regelungen werden durch ein solches Verhalten nicht klagefester. Im Übrigen stellt die CDU-Fraktion fest, dass, wenn das Hauptziel dieses Tagesordnungspunktes die Klagefestigkeit des Gesetzes ist, der Staatssekretär des Justizministers zumindest in Frage gestellt hat, ob ein ordnungsgemäßer Geschäftsverlauf des Verfahrens innerhalb der Regierung durchlaufen worden ist. Für die Gesetze gilt für die Landesregierung genau wie für das Parlament ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren. Wenn es ein neues Gesetz sein soll, wie von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen ausgeführt, dann verlangt dieses natürlich auch ein ordnungsgemäßes Verfahren der Anhörung und des Durchlaufens innerhalb der Landesregierung. Aus diesem Grund beantragen wir die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Caffier.

Gemäß Paragraph 73 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages hat die Fraktion der CDU soeben der Tagesordnung widersprochen und dies begründet.

Gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung lasse ich jetzt den Landtag die Tagesordnung feststellen. Wer der vorliegenden Tagesordnung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist die Tagesordnung der 66. Sitzung des Landtages mit den Stimmen der SPD und der Linkspartei.PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten in der vorliegenden Fassung festgestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich an dieser Stelle unserer Kollegin Karin Schmidt nachträglich zu ihrem 50. Geburtstag und Frau Dr. Linke nachträglich zu ihrem 60. Geburtstag ganz herzlich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Linkspartei.PDS und einzelnen
Abgeordneten der CDU – Gratulationen)

Kommen Sie bitte zu mir, Frau Schmidt, ich darf den Platz nicht verlassen, sonst ist die Sitzung unterbrochen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, Linkspartei.PDS und CDU)

Weiterhin teile ich Ihnen mit, dass der Landeswahlleiter nach Verlust der Mitgliedschaft der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Fraktion der Linkspartei.PDS, im Landtag Mecklenburg-Vorpommern durch Verzicht nach Paragraph 46 Absatz 1 Landeswahlgesetz als Listennachfolger Herrn Konrad Döring festgestellt hat. Herr Döring hat schriftlich erklärt, dass er die Wahl in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern für die laufende Wahlperiode annimmt. Herr Döring, ich begrüße Sie ganz herzlich als neues Mitglied im Landtag und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, Linkspartei.PDS und
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Familienland Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Aktuelle Stunde Familienland Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Torsten Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Auch ich möchte mich anschließen und meine Freude zum Ausdruck bringen, dass ich heute hier in diesem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sprechen darf an so einem historischen Tag – 16 Jahre nach dem Mauerfall –, dass wir alle hier die Chance haben, in einem wiedervereinten Deutschland im Landtag Mecklenburg-Vorpommern tätig zu sein. Dieser Tag des Mauerfalls hat auch ein kleines Mosaiksteinchen mit hervorgebracht, auf das wir alle stolz sein sollten, nämlich die Problematik Familienzusammenführung. Das ist sicherlich ein wesentlicher Baustein, der auch an diesem Tage zum Guten für die Menschen in Deutschland auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern freue ich mich auch, dass unsere Fraktion dieses Zukunftsthema „Familienland Mecklenburg-Vorpommern“ an so einem historischen Tag auf die Tagesordnung gesetzt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir wollen damit deutlich machen, dass für uns das Thema Familien- beziehungsweise Kinder- und Familienland Mecklenburg-Vorpommern ein zentrales Zukunftsthema in diesem Lande ist. Wir wollen recht deutlich als CDU-Fraktion zeigen, dass wir hier in diesem Fall Schwerpunkte, sprich Prioritäten auch bei der Gestaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommerns setzen wollen. Für uns ist Kinder- und Familienland Mecklenburg-Vorpommern ein zentrales Thema.

Ich denke, wir haben auch in der zurückliegenden Zeit als CDU-Fraktion immer wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gebracht, dass uns das Thema Familie am Herzen liegt. Zurückliegende Anträge aus den letzten Monaten machen das sehr deutlich. Unsere Fraktion hat auch in der laufenden Haushaltsdiskussion deutlich gemacht, dass Familienpolitik einen Schwerpunkt unseres Tuns, unseres Handelns darstellt. Wir wollen ganz klar definieren, dass

die Zielstellung in unserem Land für uns als CDU lautet: Wir wollen ein kinder- und familienfreundliches Land Mecklenburg-Vorpommern schaffen!

Die Frage, ob wir dann die Nummer eins in Deutschland werden können, werden sollen, denke ich, ist sicherlich diskussionswürdig. Aber dass man dort seinen Schwerpunkt setzen sollte und ansetzen sollte, ob es wirklich machbar ist, inwieweit das Ganze nachher messbar ist, denke ich, ist nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage ist, dass wir in diesem Lande die Strukturen schaffen, dass wir etwas für Kinder und Familien tun. Und da stellt sich natürlich die Frage: Ist es ausreichend, was bisher in diesem Lande Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Familienpolitik geleistet wurde?

Aus unserer Sicht kurz eine Analyse der Ist-Situation: Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Koalition aus SPD und PDS

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Linkspartei.PDS!)

in den zurückliegenden Tagen und Monaten Maßnahmen auf den Weg gebracht hat wie die Streichung des Landeserziehungsgeldes. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in diesem Lande Mecklenburg-Vorpommern mit Einführung des KiföG steigende Elternbeiträge zu verzeichnen sind. Für mich persönlich ist es schon unverständlich, wie in Diskussionsrunden – wie in der vergangenen Zeit zum Thema der Aktuellen Stunde,

(Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS:
Vergessen Sie nicht die Qualität von
Kindereinrichtungen! – Zuruf von
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

zum Thema Familie – von Seiten der PDS-Fraktion hier Positionen aufgefahren werden, wie: Wir sind für einen kostenlosen Zugang zu Kindertagesstätten oder, wie geäußert wird von Seiten der SPD, von führenden Persönlichkeiten, dass es für sie unverständlich ist, dass Kindertagesstätten kostenpflichtig sind und Hochschulen nicht, oder auch, dass Positionen hier vertreten werden, dass unterschiedliche Elternbeiträge den Wettbewerb ankurbeln. Diese Äußerungen von SPD und PDS in der zurückliegenden Zeit ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Linkspartei.PDS! – Zuruf von
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Entschuldigung, Linkspartei.PDS.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
So viel Zeit muss sein!)

Das fällt mir immer schwer, dass ich mir dieses einprägen kann.

Die Realität zeigt etwas anderes, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich steigende Elternbeiträge. Das ist wie gesagt eine Problematik, die Sie aus unserer Sicht der Öffentlichkeit nur sehr schwer verkaufen können.

Auf der anderen Seite des Papiers stehen unsere Initiativen. Das habe ich in der letzten Zeit des Öfteren versucht deutlich zu machen, aber ich kann Ihnen das an dieser Stelle nicht ersparen, dass ich sage, meine Fraktion, die CDU-Fraktion, hat zum Beispiel im April 2005 einen Antrag

in diesem Landtag gestellt zur Einführung eines Familienpasses. Wir haben einen Antrag gestellt, einen landesweiten Wettbewerb für die kinder- und familienfreundlichste Gemeinde auf den Weg zu bringen. Ergebnis unseres Antrages: Ablehnung durch die Koalition in diesem Hause. Wir haben Initiativen gestartet wie die rauchfreie Schule. Ergebnis: Ablehnung in diesem Hause. Wir haben im Mai 2005 einen Antrag eingebracht „Familienpolitisches Leitbild für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in einem Familienprogramm für Mecklenburg-Vorpommern“ unter setzt mit zig zukunftsweisenden Bereichen. Hier muss ich sagen, das hat mich besonders traurig gestimmt zum damaligen Zeitpunkt. Sie haben als SPD und Linkspartei.PDS es nicht mal für nötig gehalten, so einen zukunftsweisenden Antrag in die Ausschüsse zu überweisen. So wird hier zum Thema Familienpolitik im Parlament agiert! Das findet nicht die Zustimmung der CDU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich denke, in kurzen knappen Worten hier abgehandelt zu haben, wie die Realität sich verhält. Wir sollten uns der Frage stellen: Was wollen wir tun beziehungsweise ist es überhaupt erst mal ausreichend? Ich denke, wir kommen zu der Feststellung, bei dem, was bisher gelaufen ist, ist das nicht der Fall. Es stellt sich die Frage: Was sollten wir als Parlament tun, was wird die CDU-Fraktion hier auf den Weg bringen wollen, um diese Zielstellung, kinder- und familienfreundliches Land Mecklenburg-Vorpommern, zu realisieren?

Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, hier einen landesweiten Aktionsplan auf den Weg zu bringen, ein Leitbild für Kinder- und Familienfreundlichkeit in diesem Lande zu entwickeln und ein Familienprogramm auf die Beine zu stellen. Und das beinhaltet natürlich eine Kampagne, eine Kampagne für Kinder- und Familienfreundlichkeit in diesem Lande. Das ist der Ansatz der CDU-Fraktion, der von mir jetzt im Einzelnen unter setzt wird. Aber ich will auch sehr deutlich an dieser Stelle sagen, Einzelmaßnahmen aus einem Gesamtpaket, so, wie Sie im Moment agieren, zum Beispiel beim Zuschuss für Erholung von Familien, was wir sicherlich unterstützen, solche Einzelmaßnahmen springen zu kurz. Das müssen wir an dieser Stelle deutlich sagen. Und Ihre Ausrede, dass Familienpolitik Querschnittsaufgabe ist, bringt uns hier auch keinen Schritt weiter. Wir fordern Sie auf, hier ein Gesamtpaket zu schnüren, bestehend aus vielen einzelnen Mosaiksteinchen, um auf dem Weg der Familienpolitik in Mecklenburg-Vorpommern voranzukommen.

Und da will ich Ihnen aus unserer Sicht auch die beiden entscheidenden Punkte nennen, die wir nicht außer Acht lassen dürfen. Priorität Nummer eins hat in diesem Lande und auch in ganz Deutschland immer wieder – es ist ja das Zukunftsthema der Bundes-CDU auch im Wahlkampf gewesen – Vorfahrt für Arbeit. Jedem muss klar sein, wir können nicht über den Bereich der Sozialpolitik nur diskutieren, sondern wichtigste Voraussetzung für nachhaltige Familienpolitik ist die Schaffung von Arbeitskräften unter dem Motto: „Vorfahrt für Arbeit“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Eine zweite entscheidende Voraussetzung, die ich in den letzten Reden auch immer wieder angemahnt habe – ich habe den Eindruck, ich habe Sie in dem Sinne noch nicht erreicht, aber ich lasse in diesem Punkt nicht nach –, ist folgende: Es wird darauf ankommen, sozusagen eine

Revolution in den Köpfen, eine Wende in den Köpfen hin zum Kind, zur These „Ja zum Kind“ zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

An dieser Stelle möchte ich Bischof Hubert zitieren: „Wir müssen in diesem Land ein Klima entwickeln, in dem es ernsthaft ist, dass wir einen Perspektivwechsel zugunsten von Kindern vollziehen wollen.“ Oder auch der von mir geachtete Kardinal Josef Frings sagt: „Die Zukunft des Volkes hängt nicht von der Zahl der Kraftwagen ab, sondern von der Zahl der Kinderwagen.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Wende in den Köpfen müssen wir erreichen. Und da stellt sich natürlich die Frage: Wie wollen wir das tun? Ich will Ihnen mal ein, zwei konkrete Beispiele genau an dieser Stelle nennen, Beispiele, die sicherlich nicht allzu viel Geld kosten, aber die wir anpacken müssen. Wenn wir die Problematik lokale Bündnisse für Familien in Deutschland nehmen, dann werden hier zwar Konferenzen durchgeführt, wo die Ministerin auftritt und in einem 20-minütigen Statement sich 15 Minuten feiern lässt zu ihrem KiföG. Ich denke, das ist der falsche Ansatz. Wir müssen auch von dieser Stelle aus organisieren, dass diese lokalen Bündnisse für Familien auf den Weg gebracht werden.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und da ist der Zustand, den wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, unzureichend. Wenn wir in Deutschland weit über 200 Bündnisse auf den Weg gebracht haben, in Mecklenburg-Vorpommern aber nur vier beziehungsweise fünf – eins ist noch in der Gründung –, dann ist das zu wenig. Und wir sollen an dieser Stelle ruhig sagen, Kommunalpolitiker vor Ort der CDU, auch in Güstrow, bringen solche Bündnisse auf den Weg, und zwar mit Hilfe aller gesellschaftlichen Kräfte.

(Ute Schildt, SPD: Die SPD auch. – Zuruf von Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS)

Und ich sage Ihnen, das, was Sie hier tun, ist zu wenig. Wenn Sie mit einem Ansatz kommen von 1 Million Euro im Bereich der Familienpolitik im Haushaltsansatz, dann sage ich Ihnen, das springt zu kurz. Damit können Sie nicht punkten.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Sie müssen sich davon trennen, dass Familienpolitik Ganztagschule ist, KiföG, dass das Ihre Schwerpunkte sind. Sie müssen ein Gesamtpaket schnüren. Und da ist so ein lokales Bündnis eine erste Maßnahme, wo man zum Beispiel sagt, wenn Sie unserem Antrag folgen, wir wollen in den Haushalt 1,5 Millionen Euro für so ein Aktionsprogramm einstellen, dann lassen Sie uns doch von Landesseite hier sagen,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das ist überhaupt nicht unter setzt.)

wir unterstützen lokale Bündnisse vor Ort zum Beispiel mit einer Summe von 100.000 Euro. Wir müssen das in das Bewusstsein der Menschen tragen. Sie müssen nämlich die Menschen vor Ort mitnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Sie müssen diese Revolution in den Köpfen vollziehen, von der ich gesprochen habe. Ich will Ihnen auch einen

weiteren Punkt sagen. Die Durchführung eines landesweiten Familientages ist so ein Punkt, der nicht viel Geld kostet, der aber die Menschen mitnimmt. Wenn wir es nicht schaffen, dieses Brennen in den Menschen zu entwickeln für eine Sache, um sie mitzunehmen, dann werden wir im Bereich der Familienpolitik nicht erfolgreich sein.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich werde unser Konzept im Nachgang noch weiter untersetzen. – Ich bedanke mich im ersten Schritt für die Aufmerksamkeit. Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ums Wort gebeten hat jetzt die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Dr. Linke.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Was ist denn jetzt wieder los?! Es sprechen
immer erst die drei Fraktionen. – Zuruf

von Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Norma-
lerweise sprechen immer erst die einzelnen Frak-
tionen. – Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS:
In der Aktuellen Stunde waren wir uns dazu einig.)

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mecklenburg-Vorpommern, ein kinder- und familienfreundliches Land – das ist die Zielstellung von SPD und Linkspartei.PDS. Das ist unsere gemeinsame Zielstellung. Familienpolitik gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb brauchen die Familien gerade in diesen Tagen in Berlin eine starke Lobby. Es geht in diesen Tagen in Berlin um die Akzentsetzung in der Steuerpolitik, beim Erziehungsgeld.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Hier geht es um
Landespolitik, Frau Ministerin, um Landespolitik.)

Es geht um das Gesundheitswesen in der Perspektive, um Rentenversicherung, um Pflegeversicherung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber Sie
sprechen doch für die Landesregierung?!)

Kurzum, es geht um eine familienfreundliche Akzentsetzung in der Bundespolitik.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sind wir
uns denn schon einig geworden bei der Gesund-
heitspolitik?! Sind wir uns ja wohl nicht, ne?)

Sie erinnern sich sicherlich: Die Weltbank hat im vergangenen Jahr relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit festgestellt, dass in Deutschland 8,7 Kinder je 1.000 Einwohner geboren werden. Damit steht Deutschland an 185. Stelle von 190 analysierten Ländern. Wir wissen, in Mecklenburg-Vorpommern hat sich die demografische Entwicklung in den letzten Jahren recht dramatisch gestaltet. Sind im Jahr 1990 noch 23.500 Kinder geboren worden, so waren es im Jahr 2004 13.000 Kinder. Das ist ein sozialpolitischer Einbruch, den wir konkret in unserem Land spüren, sei es bei der Auslastung der Kindergärten, sei es im Schulwesen, sei es beim Werben um qualifizierten Nachwuchs für die Betriebe oder eben bei der Gestaltung der sozialen Infrastruktur des Landes.

Sie wissen – da sind wir uns alle einig –, nur mit entschlossenem Handeln kann dieser Entwicklung langfristig

Einhalt geboten werden. Hier müssen Politik und Wirtschaft gemeinsame Akzente setzen, denn Kinder, Familien sind eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft, für Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Kinder und ihre Eltern brauchen soziale Sicherheit. Soziale Sicherheit, das sind vor allem Arbeitsplätze. Die Bundesregierung hat für die Wirtschaft in den letzten Jahren massiv steuerliche Entlastungen geschaffen. Hierbei ist der Staat in Vorleistung gegangen. Die Gegenleistung allerdings, Schaffung von Arbeitsplätzen, ist bisher ausgeblieben. Stattdessen sind in den vergangenen Jahren 60 Milliarden Steuerentlastungen seit der großen Steuerreform gekommen

(Michael Ankermann, CDU: Bei
welchem Thema sind Sie jetzt?)

und mehr als eine Million sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen.

(Torsten Renz, CDU: Machen Sie jetzt die
SPD auf Bundesebene dafür verantwortlich?)

Gerade hier geht es darum, eine Neuausrichtung in diesen Fragen der Steuerpolitik zu schaffen. Andere Länder machen es uns vor, Steuerpolitik und Familienpolitik bilden eine Einheit. Schauen wir nach Frankreich, dort gibt es ein Kindersplitting statt eines Ehegattensplittings. Deutschland hält vielmehr fest am Ehegattensplitting, obgleich es nennenswerte familienpolitische, familienfördernde Effekte in diesem Zusammenhang überhaupt nicht gibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

43 Prozent aller Ehen, die vom Ehegattensplitting profitieren, sind kinderlos. Unverheiratete Eltern, allein erziehende Frauen und Mütter profitieren überhaupt nicht vom Ehegattensplitting, Alleinverdiener, Ehen ohne Kinder hingegen überproportional.

Das Steuerrecht in Deutschland zementiert ein völlig veraltetes Familienbild: Der Mann als Ernährer verlässt täglich das Haus und die Mutter als Gebärerin hütet die Kinder und den heimischen Herd.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Das glauben Sie doch
wohl alleine nicht, was Sie da sagen?!)

Mit dieser Zielvorstellung wurde das Ehegattensplitting einst von den Nazis eingeführt.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sagen Sie
doch mal was zu den Sachen von Herrn Renz!
Sagen Sie doch mal was dazu! Sprechen Sie mal
dazu! Das sind alles landespolitische Themen.)

Es wurde von den konservativen Kräften der alten Bundesrepublik kultiviert. Wir vertreten heute eine andere Auffassung.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, ansonsten
könnten wir das Sozialministerium abschaffen.)

Wir sind der Meinung, wenn etwas für Familien, wenn etwas für Kinder in dieser Bundesrepublik und damit auch in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig getan werden muss, dann muss man sich von dieser Seite der Steuerpolitik trennen.

(Egbert Liskow, CDU: Zum Thema bitte!)

Man sollte sich Beispiele in Frankreich zum Vorbild machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, propagiert die Union eine neue Steuerwaffe,

(Torsten Renz, CDU: Der Wahlkampf ist vorbei!)

die Erhöhung der Mehrwertsteuer,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes! Sprechen Sie zur Landespolitik, Frau Ministerin! – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

und damit einhergehend will man die Lohnnebenkosten senken. Das ist, ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Wir sind nicht auf dem SPD-Parteitag! – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Fortsetzung des neoliberalen Irrweges und würde vor allem in unserem Land,

(Unruhe bei Rainer Prachtl, CDU, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

gerade in Mecklenburg-Vorpommern, wo wir eine Bevölkerung mit den geringsten Nettoeinkommen innerhalb der Bundesrepublik haben, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner in starkem Maße belasten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Es ist Augenauswischerei, dass mit einer Senkung der Lohnnebenkosten um ein oder zwei Prozent neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das zeigte, wie gesagt, bereits die große Steuerreform.

Diese Auffassung, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, vertrete nicht nur ich hier in diesem Raum, sondern auch sozial verantwortliche Unternehmer. Schauen Sie in die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5. November! Dort finden Sie einen Offenen Brief abgedruckt an Frau Merkel. Ich darf ausnahmsweise auch einmal in dieser Aktuellen Stunde etwas zitieren. Hier heißt es: „Wenn Sie die Massenkaukraft stärken wollen, wenn Sie Arbeitsplätze schaffen wollen, dann schaffen Sie das Steuerparadies für wirklich Reiche in Deutschland ab und“

(Torsten Renz, CDU: Das Thema heißt „Familienland Mecklenburg-Vorpommern“!)

„sorgen Sie für eine gerechte Besteuerung! ... Es ist ein Skandal, dass Deutschland im internationalen Vergleich die niedrigste Besteuerung für Vermögensbestände hat“.

(Zurufe von Rainer Prachtl, CDU, und Torsten Renz, CDU)

„Deutschland braucht“ – und hier sind wir wieder beim Thema „Familie und Kinder“ –

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

„exzellente Lehrer, bessere Schulen ... gute Kinderbetreuung.“

(Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU: Und einen besseren Minister! – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

„Belasten Sie die Vermögenden statt den Arbeitnehmern und Rentnern weitere Opfer abzuverlangen!“ So weit das Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und einen besseren Minister brauchen wir, Frau Ministerin! Einen besseren Minister!)

Die Landtagsfraktion der CDU hat nun das Thema Familienpolitik hier heute auf die Tagesordnung gebracht.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Schön, dass Sie das auch schon merken!)

Sehr verehrter Herr Renz, ich konnte kein Konzept hierbei erkennen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Nee?!)

Die Landesregierung hingegen hat eine langfristige, eine tragfähige Strategie in den letzten Jahren entwickelt und kann gerade auf diesem Gebiet auf eine beachtliche Bilanz verweisen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Rainer Prachtl, CDU: Ja. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

122 Millionen Euro gibt mein Haus allein

(Egbert Liskow, CDU: Gibt der Landtag aus!)

in diesem Jahr für familienpolitische Leistungen aus.

(Harry Glawe, CDU: Davon 86 Millionen für Kita.)

Allein für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe werden 16,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bei der Sportförderung, Sportinvestitionen – etwas, was ja gerade unserer jungen Generation zugute kommt –, sind es 15 Millionen Euro im Jahr.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Stiftung „Hilfen für Frauen und Familien“ unterstützt das Land jährlich mit 1,1 Millionen Euro. 5.500 Frauen haben allein im vergangenen Jahr diese Leistungen in Anspruch genommen. Das waren etwa 44 Prozent der im vergangenen Jahr geborenen Kinder.

Das neue Kindertagesförderungsgesetz ist, Herr Renz, Sie haben es erwähnt, eine durch und durch landespolitisch wichtige, aber in kommunaler Verantwortung umzusetzende Aufgabe.

(Harry Glawe, CDU: Oh ja!)

Es bringt Effekte, die Sie in der vergangenen Woche bei der Kindergesundheitskonferenz hätten beobachten können.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Leider war Ihre Fraktion nicht vertreten.

(Harry Glawe, CDU: Wir wurden ja nicht eingeladen.)

Dort wurden die Leistungen der Bildung und Erziehung im vorschulischen Bereich von Vertretern aus anderen Bundesländern gewürdigt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Ich darf hier noch einmal die Zahlen sagen: Das Land hat im Jahr 2003 76 Millionen Euro für Kindertagesförderung ausgegeben, in diesem Jahr sind es bereits 86 Millionen Euro.

(Harry Glawe, CDU: Habe ich doch gesagt!)

Ich denke, allein an diesen beiden Zahlen wird deutlich, welchen Stellenwert vorschulische Bildung und Erziehung im Bereich der Kindertagesförderung für die Landesregierung hat.

Das Ganztagschulprogramm ist eine weitere wichtige Säule im familienpolitischen Konzept, die durch die Landesinitiative der Jugend- und Schulsozialarbeiter ergänzt wird. Sie wissen, wir haben 630 Jugend- und Schulsozialarbeiter im Land. Dafür gibt das Land 7,5 Millionen Euro aus.

(Torsten Renz, CDU: Wie hoch ist denn der Ansatz für 2007 im Haushalt?! Nämlich null!)

Ich denke, das ist gerade für den Freizeitbereich, für die Förderung von Kindern und Jugendlichen, damit sie in der Lage sind, ihre schöpferischen Potenziale zu entfalten, eine ganz wichtige Aufgabe.

(Torsten Renz, CDU:
Haushaltsansatz für 2007, null!)

Herr Renz, Sie haben die Familienbündnisse angesprochen.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich spreche Sie jetzt erneut als Kommunalpolitiker an, denn wir haben die ersten hervorragenden Familienbündnisse auf der Insel Rügen, in Rostock, im Landkreis Uecker-Randow, in der Region Westmecklenburg. Hier sei vor allem auch das Engagement der IHK genannt.

(Beate Schlupp, CDU: Der wurde doch gerade erst gegründet, vor einem Monat.)

Wir haben Bündnisse in Gründung in Neubrandenburg, Demmin, Güstrow – ich hoffe, Sie sind da besonders aktiv, Herr Renz –,

(Torsten Renz, CDU: Ich habe den Antrag gestellt.)

wir haben sie in Parchim, wir haben weitere Netzwerke zwischen Familien und Vertretern von Vereinen und Verbänden und Vertretern der Wirtschaft. Und diese Bündnisse, meine Damen und Herren, sind von außerordentlicher Bedeutung. Aber wir sind nicht mehr bei sozialistischen staatstragenden Vorgaben,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Höre ich da ein leichtes Bedauern?!)

sondern diese Bündnisse entwickeln sich gerade durch das Engagement der Frauen und Männer vor Ort, die diese Aufgabe zu einer zentralen eigenen Aufgabe gemacht haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es geht hierbei um flexible Arbeitszeiten, um flexible Betreuungszeiten, um das gesamte Spiel- und Freizeitumfeld der Kinder, um kinderfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, um die soziokulturellen Zentren,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

die sowohl von Kindern und Jugendlichen, aber auch von unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern genutzt werden können. Diese große Akzeptanz, die wir bereits hier erfahren haben, zeigt das gestiegene Problembewusstsein der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Für Vereine und Verbände, die hier intensiv mitwirken, stellen wir in diesem Jahr 560.000 Euro zur Verfügung. Ich möchte sagen, dass gerade der Erhalt dieses sozialen Netzes der Landesregierung außerordentlich am Herzen liegt.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Es geht mit diesem sozialen Netz wirklich um die Entfaltung der schöpferischen Potenziale unserer Kinder und Jugendlichen, es geht um eine soziale Stabilisierung der Kinder und Jugendlichen und damit auch um den Erhalt demokratischer Strukturen. Das ist eine große Aufgabe, die wir mit unserer Arbeit hier gestalten. Seit 1992 stehen uns 24 multifunktionale Familienzentren zur Seite, die ein breit gefächertes Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebot für Familien leisten. Auch sie werden finanziell mit 145.000 Euro jährlich unterstützt.

Die Entscheidung für Kinder und Jugendliche, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt eine zutiefst eigene Entscheidung. Dass diese eigene Entscheidung aber Rahmenbedingungen bedarf, das hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern erkannt, das setzt sie um, das gestaltet sie. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir diese Gegenwarts- und diese Zukunftsaufgabe gemeinsam gestalten und uns hier nicht in zermürbenden Diskussionen gegenseitig die Kräfte rauben, sondern Mecklenburg-Vorpommern das kinder- und familienfreundlichste Land der Bundesrepublik Deutschland wird. Das ist ein würdiges Projekt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Linke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Dr. Backhaus.

Dr. Till Backhaus, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich bekenne, dass ich sehr glücklich bin, an diesem Tag vor dem Landtag sprechen zu dürfen. Der 9. November 1989 bedeutet für mich, der aus dem Landkreis Ludwigslust kommt, direkt an der Elbe gelebt und den Blick auf den Zaun über lange Zeit gehabt hat, eine besondere Freude und Genugtuung für das, was wir in der Wendezeit erreicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, da darf man auch einmal in sich gehen.

Und selbstverständlich sind meine Gedanken – jedenfalls in den letzten Tagen –, wenn wir auf Familienpolitik und Jugendpolitik kommen, in Frankreich. Ich bin vor kurzem in Frankreich gewesen, in Lyon und in Paris, und habe mir Unternehmen angesehen. Für mich ist es schon eine Tragödie, was dort in den Vorstädten abläuft. Ich glaube, wir sind alle gut beraten, diese Sorgen der jungen Menschen auch in unserem Land aufzunehmen. Und ich nehme ausdrücklich zur Kenntnis, dass wir in den letzten Jahren gemeinsam einiges im positiven Sinne für die Jugendarbeit in Mecklenburg-Vorpommern vorangebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Für uns als Sozialdemokraten ist dort Familienpolitik richtig und gut, wo Kinder sich wohl fühlen. Das ist die entscheidende Aussage aus der Sicht der Sozialdemokraten. Wo Kinder sich wohl fühlen, ist die Familie intakt und die Gesellschaft in Ordnung. Und ich glaube, die beste Familienpolitik, die wir leisten können, ist erstens, den Zusammenhalt in der Familie zu stärken, für Arbeit zu sorgen und dafür zu sorgen, dass insbesondere Gleichstellungsarbeit und damit Jugendarbeit kontinuierlich weitergeführt wird. Das muss das gemeinsame Ziel sein.

Mit Blick auf das, was in Berlin zurzeit abläuft – ich will das nur am Rande erwähnen –, hoffe ich jedenfalls für uns, für meine Fraktion, wenn ich das so sagen darf, dass wir mit den beiden Volksparteien sehr schnell zu Ergebnissen kommen, nämlich dass die beiden großen Volksparteien signalisieren und wirklich aufzeigen, in den nächsten Jahren dafür zu sorgen, dass Deutschland insgesamt familienfreundlicher wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dass es dort Defizite gibt, wissen wir alle. Im Übrigen – auch das gehört, glaube ich, dazu – wird dieses von beiden Seiten immer wieder betont, also sollte es wohl hoffentlich gelingen.

Ich meine, wenn wir uns die Zahlen in Mecklenburg-Vorpommern anschauen, dann muss man noch einmal festhalten, was hier auch in Zeiten knapper Kassen in den letzten Jahren geleistet worden ist. Wenn es mir denn richtig berichtet worden ist, dann hat der Landesjugendring, den wir sehr schätzen, gerade in den Haushaltsberatungen erklärt, dass man mit der Mittelausstattung für die Verbände insgesamt zufrieden ist. Ich glaube, das ist eine hervorragende Aussage und dafür bedanke ich mich ausdrücklich beim Landesjugendring. Ich glaube, wenn wir uns anschauen – die Sozialministerin hat eben darauf hingewiesen –, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile über 80 Millionen Euro für die Kita-Betreuung aufbringt, dann ist es so, Herr Renz, und Sie wissen es wirklich ganz genau, dass wir sehr differenzierte Entwicklungen bei den Gebühren der Kita-Einrichtungen haben.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich habe es das letzte Mal schon gesagt: Wenn wir uns einmal ansehen und wenn man die Aussagen des Landkreistages ernst nimmt, und wir tun das, Sie sind ja an der Anhörung beteiligt gewesen, dann hätten Sie auch wissen müssen, dass der Landkreistag erklärt hat, dass die eine oder andere Kommune zulasten der Kita-Gebühren tatsächlich die Elternbeiträge erhöht hat. Ich will das an dieser Stelle betonen, ich unterstütze, wir unterstützen dieses ausdrücklich nicht.

(Egbert Liskow, CDU: Und warum haben sie das gemacht?)

Wenn wir uns dann anschauen, und das gehört doch dazu, ob wir ein kinderfreundliches Land sind, dann nehmen wir auch gemeinsam zur Kenntnis – und darüber sind wir nach wie vor froh –, dass 95 Prozent der Kinder Kita-Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern besuchen. Damit sind wir an der Spitze in Deutschland. Das darf man doch einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Linkspartei.PDS)

Oder wenn wir uns den Krippenbereich ansehen, hier haben wir 38 Prozent, und wenn wir uns die Hortversorgung anschauen, dann liegen wir in Mecklenburg-Vorpommern bei 43 Prozent.

Aber ich will ausdrücklich auch noch einmal die differenzierte Aussage zu den Kita-Gebühren und den Elternbeiträgen ansprechen. Wenn wir uns – und das habe ich das letzte Mal schon gesagt – den Riems anschauen, also die Regierung Greifswald, dann liegen wir auf dem Riems bei Krippen bei 288 Euro oder in einer anderen Kita-Einrichtung im Umfeld von Greifswald bei 140 Euro. Das muss doch jedem auffallen, dass es hier nicht daran liegt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich mehr Geld, Herr Glawe, in das System hineingibt, kann es doch nicht an dem Land liegen, dass die Kita-Gebühren angestiegen sind. Das kann doch wohl so nicht gelten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will natürlich auf weitere Dinge eingehen in dieser Aktuellen Stunde. Die Sozialdemokraten wollen ausdrücklich, dass junge Menschen, junge Familien sich ihren Kinderwunsch erfüllen können, und zwar ohne Angst und ohne Gefahr zu laufen, dass sie in Armut verfallen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist eine der entscheidenden Aussagen, die wir im nächsten Jahr zu beantworten haben. Wir wollen nach wie vor eine bessere Kindertagesbetreuung und eine effizientere Geldleistung für Familien. Ich sage auch ausdrücklich, dass wir das Elterngeld wollen und uns dafür als Sozialdemokraten in den letzten Jahren immer wieder stark gemacht haben. Wir wollen Kinderfreundlichkeit zu einem gesellschaftlichen Wert der Anerkennung führen und damit auch deutlich machen, hier geht es wirklich um eine Politik, die der Staat allein nicht leisten kann, sondern dass Kommunen, Familien, Wirtschaft und die lokalen Akteure natürlich genauso mit eingebunden sein müssen.

Ich hoffe und wünsche mir, dass trotz aller Haushaltslöcher und Reformzwänge gute familienpolitische Rahmenbedingungen in Berlin und in Schwerin weiterentwickelt werden können. Das ist für uns das höchste Gut. Kinder sind unsere Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Im Übrigen müssen wir auf den Beschlüssen aufbauend die Familienpolitik und die Kinderfreundlichkeit weiter umsetzen, denn für uns muss doch klar sein, aufbauend auf dieser Politik aus Berlin herunter auf der Landespolitik müssen wir agieren und nicht umgekehrt. Ich stehe zu dem Ziel und Sie haben es angesprochen, Herr Renz:

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir stehen als Sozialdemokraten dazu, wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zum kinder- und familienfreundlichsten Land oder der Region Deutschlands machen, ohne ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, ja, ich denke, ich habe die Taten schon angedeutet. Ich komme aber gleich auf weitere Dinge. Das ist ein sehr

hoher Anspruch, gar keine Frage. Gemessen an der derzeitigen Situation des Landes nehme ich das auch ausdrücklich zur Kenntnis.

Im Familienatlas 2005, für den unter anderem das Wirtschaftsinstitut Prognos 439 Kreise und kreisfreie Städte nach 16 verschiedenen Indikatoren der Familienfreundlichkeit untersucht hat, wird Mecklenburg-Vorpommern im Übrigen leider, betone ich, gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, Nordbrandenburg und auch Teilen von Berlin in die Kategorie „Fehlende Perspektiven für Familien“ eingeordnet. Das hat Ursachen und die erste Ursache sind natürlich die fehlenden Arbeitsplätze.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Da blicke ich auch auf die Anfänge der 90er Jahre zurück und den Vorwurf kann ich niemandem ersparen, am Anfang der 90er Jahre hat es eine Deindustrialisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegeben und daraus folgend sind eigentlich diese gravierenden Probleme in besonderem Maße entstanden. Das gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS)

Die Studie macht im Übrigen auch deutlich, dass es tatsächlich keine Wundermittel für Kinder und Familienfreundlichkeit gibt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Die Stärke unserer exzellenten Betreuungsangebote für Kinder und auch für Jugendliche wird in großen Teilen durch die wirtschaftliche Schwäche komplett aufgebraucht, leider, betone ich. Aber auch Großstädte wie Berlin und Hamburg sind für Familien zu teuer, zu unsicher. Darum versingen im Übrigen diese Regionen zunehmend.

An dieser Stelle weise ich ausdrücklich noch einmal auf unser gemeinsames Programm der Sozialdemokraten in Bund und Ländern der Ganztagschule hin. Auch da, Herr Renz, hätte ich mir gewünscht, wenn Sie darauf einmal eingegangen wären. Leider haben Sie das Ganztagschulprogramm im Wesentlichen in der Vergangenheit durch die CDU im Bund maßgeblich blockiert, so dass wir hier insgesamt ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Was?!)

Frau Fiedler-Wilhelm, ich schätze Sie und ich glaube, dass Sie auch nicht zu denjenigen gehören, die das blockieren würden.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Ich glaube es tatsächlich, aber auf Bundesebene – das haben wir gerade aus der Föderalismusdiskussion und -debatte wieder gehört – ist für Sie das Bildungsthema kein Thema.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und für mich sowie für uns Sozialdemokraten ist das nicht gut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, man muss noch einmal sagen, zur ganzen Wahrheit gehört aus meiner Sicht auch, dass wir feststellen, dass nirgendwo – und das ist heute schon einmal angedeutet worden – in Europa mehr Frauen bislang kinderlos bleiben als in Deutschland.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Männer auch.)

Ich habe die wunderbare rote Lampe gesehen und komme auch gleich zum Schluss.

Nirgendwo in Deutschland ist es tatsächlich so, dass so viele Familien oder Frauen kinderlos bleiben. Es wächst also eine Generation junger Frauen heran, von denen sich jede vierte, vielleicht sogar jede dritte für ein Leben ohne Kinder entschieden hat. Das ist aus meiner Sicht tatsächlich nicht gut. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Deutschland insgesamt, dass Mecklenburg-Vorpommern zum kinderfreundlichen und familienfreundlichen Land wird. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Backhaus.

Das Wort hat jetzt die Vorsitzende der Fraktion der Linkspartei.PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, vielleicht ist das Thema „Familienland Mecklenburg-Vorpommern“ doch für die Aktuelle Stunde nicht geeignet.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben anlässlich der Aktuellen Stunde der CDU im April zur Frage Familienpolitik als Fraktion der Linkspartei.PDS bereits ein Bündnis zur Zusammenarbeit von Kommunen, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, den Kirchen, von Familien und auch der Politik angeregt. Wir haben schon sehr viel darüber gehört, was wir getan haben, aber man muss auch sagen, die Politik kann nur Rahmenbedingungen setzen, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ich will aber hinzufügen, Herr Backhaus: Für uns ist Familie nicht nur da, wo Kinder sind.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD, und
Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Till Backhaus, SPD: Ich bin zu meinem
anderem Teil nicht mehr gekommen,
Frau Gramkow, leider.)

Familie ist da, wo Nähe ist. Familie ist da, wo Menschen von sich einfach sagen, dass sie eine Familie haben, und das kann auch ohne Kinder sein. Deshalb will ich dieses Thema nutzen, um zur Gesamtperspektive etwas zu sagen.

Es ist doch nicht die Politik, sondern es ist die Gesellschaft im Ganzen, die darüber entscheidet, mit ihren Werten, mit dem Grundgefühl, mit dem Wohlfühlen. Sie entscheidet darüber, wie wir zusammen leben wollen, ob wir alleine oder zusammen leben wollen und ob wir Kinder haben. Es ist die Frage, anerkennt, unterstützt, aktiviert und achtet die Gesellschaft diejenigen, die mit Kindern leben? Tun wir alles, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu ermöglichen, ja, eigentlich zu verbessern? Fördert die Gesellschaft diejenigen, die Menschen pflegen? Sichern wir Arbeit und Ausbil-

dung, so dass jeder seine Arbeitsleistung erarbeiten und davon leben kann, oder – trotz aller guten Maßnahmen in Bund und Ländern – herrschen Angst, das Gefühl von Betroffenheit, Zukunftsnot und Unsicherheit doch vor? Will unsere Gesellschaft das Zusammenleben mit Kindern wirklich oder macht uns nur die demografische Falle Sorgen? Die Worte der Kirchen – gerade wieder in der letzten Woche –, sie mahnen uns. Ich sage klar: Das geht nicht nur mit Geld. Geld ist manchmal das Geringste, was wir aufwenden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Ministerin Sigrid Keler: Tja.)

Wie sehen die Realitäten in Mecklenburg-Vorpommern aus? Herr Renz, Sie mahnen eine Wende in den Köpfen an. Ich habe 1990 eine Wende in Köpfen zu dieser Frage erlebt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es gab offensichtlich eine Zeit, in der man gerne Kinder bekommen hat, in der man sich sicher war, sie großziehen zu können im Interesse des eigenen Wohlfühls. Ein bisschen von dieser Zeit haben wir doch verloren.

(Torsten Renz, CDU: Da haben aber
doch andere Faktoren eine Rolle gespielt.)

Wir haben heute in Mecklenburg-Vorpommern 493.000 Familien. Davon leben 285.000 mit Kindern, aber 202.000 Menschen sind allein stehend. Davon sind 111.500 Alleinerziehende mit Kindern. Von diesen Alleinerziehenden sind 76 Prozent Frauen, 25,5 Prozent sind dabei erwerbslos und 17,8 Prozent der allein erziehenden Frauen haben ein monatliches Einkommen unter 700 Euro. Die zunehmende Lebensform bei uns im Land für viele Ältere, aber auch für viele Jüngere ist das Alleinleben. Seit 1991 bis 2004 haben wir einen Zuwachs der 1-Personen-Haushalte von 53 Prozent, der 2-Personen-Haushalte von 40,8 Prozent und der 3-Personen-Haushalte minus 10 Prozent. Herr Renz, wir beide gehören zu einem Haushalt von vier Personen, wenn ich mich richtig erinnere.

(Torsten Renz, CDU: Das
haben Sie gut recherchiert.)

Wir haben 46 Prozent der Haushalte mit vier Personen verloren in den letzten 15 Jahren und 52 Prozent der 5-Personen-Haushalte. 425.300 Kinder haben wir. 35 Prozent werden von Alleinerziehenden erzogen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Unsere Geburten stagnieren bei etwa 11.000, Eheschließungen allerdings nehmen erfreulicherweise zu.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Die Situation in Mecklenburg-Vorpommern hat etwas damit zu tun, dass auch Armut Familien belastet. Wir haben 150.000 Bedarfsgemeinschaften, die zurzeit der Situation um Hartz IV ausgesetzt sind. 160.000 Menschen sind arbeitslos. 26,3 Prozent der Kinder in unserem Land unterliegen dem Sozialgeldbezug. Im europäischen Maßstab heißt das Armut. Wir unterliegen einer Stigmatisierung derjenigen, die die Hartz-Gesetzgebung ausnutzen, weil es das Gesetz ermöglicht. Paare, Liebende ziehen auseinander, Jugendliche nehmen eine eigene Wohnung, was ich immer als Vorteil im Gegensatz zu einer Situation in der DDR angesehen habe.

(Beifall Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Missbrauch wird groß geschrieben, Stigmatisierung legal per Gesetz. Und die Antwort, Herr Renz, ist ein Antrag Ihrer Fraktion hier im Parlament. Die Antwort der Politik heißt doch zu dieser Frage von Armutsbelastung Umkehr der Beweislast bei Bedarfsgemeinschaften, sie heißt Unterhaltsrückgriff für Jugendliche und damit Belastung der Eltern von Jugendlichen bis 25 Jahre. Sie heißt keine Wohnungsausstattung für betroffene Jugendliche bis 25 Jahre mehr, sondern Leben weiterhin bei den Eltern. Ihre Antwort heißt, wir sparen 4 Milliarden Euro mal schnell bei der Betroffenheit von Hartz IV.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Sie haben die Anrechnung des Kindergeldes nicht verändert. Und wo bleibt Ihre Antwort zur Schaffung von Arbeitsplätzen?

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Der entsprechende Antrag wurde im Ombudsrat gestellt, Frau Gramkow. Das haben Sie jetzt nicht gesagt!)

Von der Frage der Gleichstellung kann man in bundespolitischer Sicht doch überhaupt nicht mehr reden. Wo sind Ihre Versprechen für die Familienfreundlichkeit? Wo sind die Forderungen von 50 Euro Rentenbeitrag pro Kind, 8.000 Euro Existenzminimum pro Kind? Meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU, auch dafür sind Sie gewählt worden in der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wo sind die Ankündigungen von Kostenfreiheit für Kitas?

(Torsten Renz, CDU: Wir werden auf Bundesebene mit der SPD schon einen Familienpakt schnüren, Frau Gramkow. Da brauchen Sie jetzt nicht ...)

Ja, ich fände es toll, Herr Backhaus, wenn die SPD es schaffen würde, das Elterngeld durchzusetzen. Lieber wäre es mir allerdings nicht erst 2008 und ohne Haushaltsvorbehalt, weil ich weiß, was das bedeutet.

Die Antwort der großen Koalition Familien gegenüber heißt Mehrwertsteuererhöhung und sie wird immer vor uns hergetragen. Mehrwertsteuererhöhung für Strom, Gas und Licht, Kinderbekleidung, Schulranzen und alles, was zum Leben dazugehört.

(Torsten Renz, CDU: Sprechen Sie
doch mal über Ihre Zukunftspläne!)

Ihre Antwort heißt Kürzung der Pendlerpauschale.

(Torsten Renz, CDU: Sprechen Sie
doch mal über Ihre Zukunftspläne!)

Für die Arbeitenden in Mecklenburg-Vorpommern kommt sie erst ab 20 Kilometern

(Torsten Renz, CDU: Was will die PDS
noch in diesem Jahr für die Familien tun?)

und Sie wissen ganz genau, dass 85 Prozent der Pendler unter 20 Kilometer letztendlich die gegenwärtige Entfernungspauschale nutzen. Ihre Antwort sind Studiengebühren für Familien. Ihre Antwort heißt eigentlich Familienunfreundlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Renz, CDU: Oh, oh, oh!)

Ich sage das nicht mit Häme, sondern ich sage das, weil ich ernsthaft die Gefahr sehe für alle familienpolitischen Ansätze, wo wir ja eigentlich gar nicht unterschiedlicher Auffassung sind, sondern die Nuancen und Wertigkeiten eigentlich differenzieren. Wir sind eigentlich bemüht im Land Mecklenburg-Vorpommern, mehr und bessere Bedingungen für die Familien zu schaffen. Warum machen Sie das Mehr und Besser durch derartige bundespolitische Entscheidungen wieder kaputt?

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Dr. Dr. Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Familie hat vielfältige Gestalt. Welche Gestalt Familie annimmt und wie diese kleinste Lebensgemeinschaft, Liebesgemeinschaft, soziale Gemeinschaft in unserer Gesellschaft ihr Glück sucht und ihr Glück findet, ist Privatsache. So vielfältig die Gestalt der Familie ist, so vielfältig sind auch die Wünsche, die Bedürfnisse, die Ziele von Familien. Aber ein Wunsch, ein Ziel eint alle Familien mit Kindern, und das ist der Wunsch nach guter Schule, nach Bildungschancen und Bildungsfreiheit.

Die PISA-Studie hat uns gerade in den letzten Tagen wieder ein Problem gezeigt, das Problem, dass zu viele Familien ihren Kindern zu wenig Bildungschancen und Bildungsfreiheit geben können. Ein Konzept in diesem Zusammenhang, ein Konzept für gute Schule heißt Ganztagschule, Chancengleichheit, Anregung für alle, Stoff zum Lernen über den Unterricht hinaus, vormittags Unterricht, mittags zusammen essen, nachmittags gemeinsame Schularbeiten statt einsamer Hausaufgaben und danach eine Freizeitgestaltung für alle, unabhängig von den Möglichkeiten und Stärken der jeweiligen Familien.

Dieses Ganztagschulprogramm ist ein Erfolgsprogramm schon quantitativ. In unserem Bundesland haben sich in den letzten sechs Jahren aus 34 Ganztagschulen 192 Ganztagschulen entwickelt. Dieses Ganztagschulprogramm ist ein qualitativ großer Schritt hin zu einer anderen Lernkultur und damit auch Lebenskultur, die Einbeziehung von Partnern in die Schule, die Einbeziehung von Partnern in der Region, in der Stadt, in der Gemeinschaft, Partnern aus Sport, aus Musik, aus Kirche, aus Kultur. Vor allen Dingen aber ist diese Schulform in der Lage, dieses innere Dreieck zusammenzufügen, in dem Schule wirklich lebt, dieses Dreieck von Kindern, Eltern und Lehrern.

Welche Rolle spielt Politik dabei? Politik hat zum einen dafür zu sorgen, dass wir Freiräume schaffen, rechtlich, und dass wir Schulräume schaffen, bausubstanziell. In diesem Jahr sind inzwischen in dem Bauprogramm Ganztagschule nahezu 43 Millionen Euro verbaut worden. Mit unseren Möglichkeiten müssen wir den richtigen Partnern helfen, in die Schule hineinzuwirken, wie zum Beispiel die deutsche Kinder- und Jugendstiftung mit ihrem Programm „Schule Plus“ oder den Landessportbund mit seinen Möglichkeiten, über Rahmenverträge Sportvereine in die Schule zu integrieren, oder über den Musikschulverband die musischen Angebote zu integrieren, die Jugendkunstschulen zu integrieren, die Bertelsmann-Stiftung mit

einem großen Projekt „Gesunde Schule – Anschub.de“ oder – nur noch ein Beispiel – „Die Zeit“-Stiftung mit ihrem Projekt „Unterricht und Unternehmen“ in besonderer Weise zu verbinden. Politik ist an dieser Stelle wichtig als Stütze des Landes in einer so überaus privaten Angelegenheit, wie sie Familie für mich darstellt. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! „Familienland Mecklenburg-Vorpommern“, das ist eine Zukunftsaufgabe, der sich alle Fraktionen, Parteien und gesellschaftlichen Kräfte in diesem Land stellen sollten. Deswegen ist es wichtig, dass wir darauf zurückschauen, dass wir am 9. November vor 16 Jahren den Mauerfall hatten. Was war dort geschehen? Der Todesstreifen wurde abgeschafft, die Meinungsfreiheit wurde zugelassen, Demokratie und Wahlrecht sowie Pressefreiheit wurden eingeführt und vor allen Dingen, meine Damen und Herren, wurde die Zusammenführung von Familien wieder zugelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich meine schon, dass das ein denkwürdiger Tag heute hier in diesem Hohen Hause ist. Deswegen haben wir uns unter anderem entschlossen, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Das, was Kolleginnen und Kollegen vorgetragen haben, ist in gewisser Weise richtig, aber teilweise entspricht es nicht in allen Intentionen unseren Vorstellungen, denn die Frage, die wir zu beantworten haben, ist: Wollen wir Familie? Und wenn wir diese Frage mit Ja beantworten, dann müssen wir auch die Frage beantworten: Was können wir in unserem Land für Familien, für Kinder und Eltern sowie für die ältere Generation tun? Und da hilft es wenig, wenn die PDS

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:
Linkspartei.PDS.)

nur darauf reitet, was der Bund macht, und wir darüber nachdenken, was wir nicht machen wollen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der CDU – Zuruf von
Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS)

denn Familie braucht eine intakte Infrastruktur, sie braucht materielle Sicherheit, sie braucht aber auch soziale Absicherung.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist richtig. Da sind wir uns völlig einig.)

Ich denke, das ist völlig klar.

Meine Damen und Herren, aber das, was Sie an sozialpolitischen Leistungen in den letzten Jahren hervorgebracht haben, ist nun nicht das rühmlichste Blatt, womit Sie sich schmücken können.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ja, das kann sich wirklich sehen lassen. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, Frau Gramkow, und da ist die Frage: Wie sehe ich es denn überhaupt, wenn ich das Landeserziehungsgeld, das auf dem Grundsatz des Bundeserziehungsgeldes aufsetzt, abschaffe? Das ist doch keine familienfreundliche Leistung, das ist doch eine Fehlleistung dieser Koalition.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das müssen Sie doch wohl zumindest zugeben. Sie haben es ja nun mit dem letzten Haushalt geschafft, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen. Das ist eine Tatsache.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Meine Damen und Herren, Sie haben es auch geschafft, die Diskussion zu den Familienberatungsstellen in Gang zu setzen und die Frage zu beantworten: Wollen wir sie oder wollen wir sie nicht?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wir haben sie beantwortet. Wir wollen sie.)

In einer ellenlangen Diskussion ist es jetzt gelungen, die 21 Familienberatungsstellen im Land zu sichern. Aber warum? Weil die Koalition auf Anraten der CDU – das muss man nun auch sagen – es verstanden hat, dass die Familienberatungsstellen für Familien im Land wichtig sind,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

und dass es nicht darum geht, nur den Arbeitslosenverband in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. Ich denke, das ist wichtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wie wäre es denn, wenn wir beides
machen würden, Herr Glawe?)

Herr Kollege Backhaus, ein Wort an Ihre Person. Sie sagen, dass es in besonderer Weise viele Verbände und Vereine gibt, die zufrieden sind. Es gibt aber auch sehr viele andere. Und da will ich Sie mal auf den Haushaltstitel 1005, Maßnahmegruppe 62 – das ist die Frage der Wohlfahrtsverbände und deren Leistungen – hinweisen.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Dort haben Sie in diesem Jahr eine Absenkung von 440.000 Euro vor und das geht in besonderer Weise zulasten von Beratungslandschaften, zulasten von Familien, zulasten von Kindern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig!)

Herr Kollege Backhaus – und, Frau Ministerin, Sie sollten vielleicht auch mal zuhören in dieser Frage –,

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

da hilft es eben nicht, den Rotstift anzusetzen.

Ja, ich habe die Ministerin angesprochen,

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

die wahrscheinlich gerade mit dem Kollegen Arbeitsminister über das Wahlversprechen, was 1998 gegeben worden ist, gesprochen hat bezüglich der Frage,

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

dass man die Arbeitslosenzahlen in den ersten vier Jahren um 20.000 senken wollte und dann um weitere 20.000 bis zum Jahre 2006.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Haben
Sie sie nun gesenkt oder nicht?)

Sie sind als Arbeitsminister, Herr Holter, von diesem Ziel sehr, sehr weit entfernt. Ich glaube schon, dass die Konzepte, die Sie hier vorlegen, nicht mehr greifen werden, und Sie werden Ihre arbeitsmarktpolitische Bilanz nicht schönen können, indem Sie jetzt immer auf dem Punkt rumreiten, sondern Sie werden hier im Land Ihre Fehler oder auch Ihre Missleistungen, die Sie in den letzten Jahren getätigt haben, noch verantworten müssen. Dafür werden wir sorgen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Die Frage Elterngeld ist eine ganz wichtige, die auf Bundesebene diskutiert wird. Sie kennen die Zahl, dass bis zu 1.800 Euro gezahlt werden sollen ab dem ersten Lebensjahr ab dem Jahr 2008, wenn die Finanzlage es zulässt. Ich bin jetzt kein Hellseher, ich weiß nicht, was bis Sonnabend im Koalitionsvertrag steht. Auf alle Fälle haben beide Parteien, CDU wie SPD, den Willen, ein Elterngeld einzuführen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ein toller
Sinneswandel! Vor einigen Tagen
wurde noch etwas anderes erzählt.)

Und, Frau Ministerin, es hilft überhaupt nichts, wenn Sie hier immer auf den Bund verweisen und sagen, was er tun sollte. Sie selbst müssen für Familien in diesem Land etwas tun, und zwar im Rahmen Ihrer Möglichkeiten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und diese Möglichkeiten schöpfen Sie bei Weitem nicht aus.

Noch ein Wort zu den Kitas. Da werden immerhin 179 Millionen Euro als Festbetrag für die Inanspruchnahme von Plätzen ausgegeben. Aber was heißt das? Je mehr in Ansprunahmen getätigt werden, je geringer wird der Landeszuschuss an die Gemeinden, an die Träger. Und was passiert dann? Es steigen Sozialhilfeanträge, es steigen die Belastungen der Gemeinden, es steigen die Belastungen der Eltern. Das ist die Realität in der Praxis und nicht umgedreht. Was wir brauchen, ist ein Bildungsangebot für Dreijährige und Ältere und nicht nur ab fünf Jahren, am besten sogar schon im Krippenbereich. Aber so weit will ich jetzt gar nicht gehen.

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Schade, Herr Glawe! – Zuruf von
Rudolf Borchert, SPD)

Entscheidend ist, dass das Bildungsangebot verbessert werden muss. Auch die PISA-Studie hat gezeigt, dass in diesem Bereich weitere Möglichkeiten bestehen müssen, um für dieses Land Mecklenburg-Vorpommern

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig!)

die Bildungsangebote, die Lebenschancen für unsere Kinder zu verbessern.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ein weiteres Beispiel sei mir noch gestattet. Wir müssen uns auch darum kümmern, dass wir die Lebensqualität der älteren Generation sichern. Die Pflege wird eine der entscheidenden gesellschaftlichen Botschaften und Aufgaben für die Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, dass wir in diesem Bereich noch Erhebliches leisten müssen. Das fängt an bei der Bereitstellung von Wohnraum, das geht über die Fragen: Wer pflegt wen? Sind die Familien auf Dauer dazu in der Lage? Brauchen wir andere Betreuungssysteme? Alle diese Fragen stehen im Mittelpunkt der nächsten Jahre. Und Sie wissen es, ein Drittel aller Bürgerinnen und Bürger sind heute älter als 50 Jahre, und darauf müssen wir uns auch im Interesse der Familien einstellen.

Das Thema, was Sie hier weitestgehend überhaupt noch nicht betrachtet haben, ist die Frage der Abwanderung. Wer verlässt denn dieses Land Mecklenburg-Vorpommern? Es ist die Jugend.

(Reinhard Dankert, SPD: Nicht nur dieses Land.)

Es sind die, die keine Lehrstellen bekommen, die hier keine Perspektive sehen. Wir müssen dafür sorgen, dass Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern entstehen und nicht Abwanderung sozusagen favorisiert wird. Die Rückholagenturen von Herrn Holter haben nach meiner Meinung nicht viel gebracht, sie werden auch nicht viel bringen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wir sollten mal mitgehen, wir sollten uns
das mal angucken bei der Evangelischen
Jugend, Herr Glawe.)

Wir brauchen Konzepte, um Arbeitsplätze, Teilzeitangebote für Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, um Zukunftsperspektiven für die Bürgerinnen und Bürger und für die jungen Menschen hier im Land zu schaffen. Dazu sind Sie nach sieben Jahren oder später in acht Jahren wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen. Das wird Ihre Bilanz sein.

(Reinhard Dankert, SPD: Wir sollten mit
Sachsen-Anhalt zusammenarbeiten,
mit Thüringen und Sachsen-Anhalt.)

Ja, Sie sind groß angetreten, Sie wollten alles besser machen, die soziale Gerechtigkeit haben Sie auf Ihre Fahne geschrieben.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Aber sozial gerecht sind Sie nicht geworden. Das sind alles nur Fahnensprüche, die Sie sozusagen vor Ihren Parteitagen ablassen, die den Bürgern in diesem Land aber nicht helfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Dr. Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war sehr gespannt, wie Sie die Kurve zum Thema der Aktuellen Stunde kriegen würden. Sicherlich, der 9. November bietet sich hinsichtlich der Familienzusammenführung an. Aber worüber wir eigentlich hier diskutieren immer wieder auf Ihre Anträge hin, ist doch nicht das Problem Familie, Förderung von Familie, sondern das Problem, was bei dieser Diskussion immer im Vordergrund steht, ist die Bevölkerungsentwicklung. Ich finde es äußerst bedauerlich – Frau Gram-

kow hat schon darauf hingewiesen –, dass wir offensichtlich nicht in der Lage sind, uns mit der ganzen Komplexität der Förderung von Familien, der Familienproblematik auseinander zu setzen, sondern sehr kurzschlüssig in der Politik seit etlichen Jahren Diskussionen zur Bevölkerungsentwicklung mit Diskussionen zur Familienpolitik verwechseln. Ich habe in Vorbereitung auf die Aktuelle Stunde auf die Internetseite des zuständigen Bundesministeriums geguckt. Da gibt es mittlerweile 13 Einträge über Studien zur Familienpolitik innerhalb von drei Jahren, also von 2003 bis 2005. Aber eigentlich meinten auch diese Studien Bevölkerungsentwicklung und nicht Familienpolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch Allensbach und Forsa haben sich mit dieser Problematik beschäftigt und haben herausgefunden, dass für fast 90 Prozent der Deutschen die Familie an erster Stelle der persönlichen Prioritäten steht, Familie aber im umfassenden Sinne. Wichtige Motive für zu beklagende Kinderlosigkeit werden dann in folgender Form benannt, und zwar zum einen das Fehlen eines geeigneten Partners, das hat die höchste Priorität, nämlich 44 Prozent, zum anderen die Sorge um den Arbeitsplatz mit 39 Prozent. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über finanzielle Transferleistungen diskutieren, dann muss man sich natürlich bei dieser Untersuchung fragen, wie es kommt, dass nur 24 Prozent der Befragten ein höheres Kindergeld fordern. Also ist doch offensichtlich die Diskussion nicht so, wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU, es uns hier versuchen zu verdeutlichen, dass fehlende finanzielle Mittel allein nicht das Problem sind – damit sage ich nicht, dass Familien nicht entsprechend finanziell ausgestattet werden müssen –,

(Torsten Renz, CDU: Wer hat das gesagt? –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

sondern es fehlen entsprechende Rahmenbedingungen.

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren und vor allem Sie, Frau Präsidentin, dass ich jetzt wörtlich aus einer Studie vorlese, und zwar vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, das in seiner Untersuchung zu folgender Schlussfolgerung gekommen ist: „Der Rückgang der Geburtenraten auf niedrige Werte wie in Spanien, Griechenland oder Deutschland folgt keinem Naturgesetz. Er ist die Konsequenz einer gesellschaftlichen Entwicklung, bei der die Emanzipation der Frauen eine wichtige Rolle spielt. Der Rückgang ist dort am stärksten ausgeprägt, wo Frauen weitgehend emanzipiert sind, wo der Rest der Gesellschaft aber noch auf einem vergleichsweise traditionellen Entwicklungsstand verharrt. Gesellschaften, in denen die neue Rolle der Frauen anerkannt und unterstützt wird, zeichnen sich hingegen durch relativ hohe Kinderzahlen aus. Den Daten zufolge streben westeuropäische Frauen mehrheitlich nach eigener beruflicher Entwicklung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Unter diesen Bedingungen erscheint es logisch, dass ein Festhalten an der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern die Kinderzahlen eher noch weiter sinken lassen würde.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und deshalb sage ich hier an dieser Stelle, ich hatte es in einer der letzten Debatten auch schon betont: Voraussetzung für eine nachhaltige Familienpolitik ist eine zukunftsweisende Frauen- und Gleichstellungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Es wurde hier schon mehrfach auf einige Zahlen hingewiesen. Ich möchte sie nicht alle wiederholen. Aber man möchte sich einmal verinnerlichen, dass 30 Prozent aller Frauen in Deutschland mittlerweile kinderlos sind. Allerdings sind noch mehr Männer als Frauen ohne Kinder, auch das sollten wir uns in der Diskussion vergegenwärtigen. Während in Irland zum Beispiel 90 Prozent aller Frauen erwerbstätig sind und es dem dortigen Arbeitsmarkt im Übrigen auch nicht schadet, geben in Deutschland 44 Prozent aller Mütter, wenn sie das erste Kind bekommen, ihren Beruf auf. Der Gegensatz ist, in Deutschland haben wir 1,3 Kinder pro Frau, in Irland haben wir zum Beispiel 1,93 Kinder pro Frau.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Entwicklung wird noch komplizierter, wenn man sich höher qualifizierte Frauen anguckt. Frauen zwischen 35 bis 39 Jahren mit Hochschulausbildung sind in den alten Bundesländern zu 44,3 Prozent kinderlos, in den neuen Bundesländern zu 16,2 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist doch in anderen europäischen Ländern wie zum Beispiel in Schweden oder in Frankreich anders. Die Ursache liegt meines Erachtens – und ich glaube, da müssen wir anfangen – zum einen in den sozialen Sicherungssystemen, denn diese haben immer noch die Funktion, dass Frauen als Zuverdienerinnen betrachtet werden, in den abgeleiteten Ansprüchen aus der Familienversicherung und – darauf ist hier heute schon einmal hingewiesen worden – im Ehegattensplitting. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Geburtenrate nicht eine Angelegenheit der Frauen alleine ist,

(Torsten Renz, CDU: Da haben Sie Recht. –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

sondern vor allen Dingen ...

Herr Glawe, nicht auf dem Niveau, auf dem jetzt Ihr Lächeln beruht.

... auch eine Angelegenheit der Männer, indem entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Deshalb appelliere ich noch einmal auch in Richtung Bund, dass man im Zusammenhang mit Familienpolitik die Gleichstellung von Frauen und Männern stärker wieder in den Vordergrund hebt, die Abschaffung von finanziellen Privilegien für die Institution Ehe, solange sie die Abhängigkeit der Partner voneinander fördern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verstärken, und zwar auch mit dem Fokus auf Frauen und Männer. Es kann nicht sein, dass Teilzeitbeschäftigung nach wie vor in Deutschland nur in Bezug auf die Betätigung von Frauen diskutiert wird, wo wir ohnehin schon wissen, dass Frauen weniger verdienen und sie dadurch vor allen Dingen mit Kindern in die Armutsgrenze fallen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Und wir brauchen ein insgesamt kinderfreundlicheres gesellschaftliches Umfeld, meine sehr geehrten Damen und Herren. Politik kann alleine nicht alles regeln. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus meinem eigenen Wahlkreis benennen. Dort wurde in einem neu gebauten Wohngebiet

solange Theater gemacht, weil die Kinder vor der Tür gespielt haben, bis die Familie mit Kindern weggezogen ist. So etwas kann der Staat nicht regeln, so etwas kann die Verwaltung nicht regeln, sondern so etwas ist einfach das Denken der Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, Linkspartei.PDS und
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU –
Torsten Renz, CDU: Deshalb
eine Wende in den Köpfen.)

Herr Glawe und Herr Renz, zum Schluss noch ein Wort zum Landeserziehungsgeld. Sie heben das Landeserziehungsgeld immer so als Fahne für Familienfreundlichkeit hervor. Wenn Sie sich mit den wissenschaftlichen Untersuchungen, die ich hier vorhin schon benannt habe, beschäftigt hätten, dann würden Sie wissen, dass gerade das Erziehungsgeld in der Zeitdauer, wie es in den letzten Jahren gezahlt worden ist, zur Falle für viele Familien geworden ist, vor allen Dingen zur Falle für Frauen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Genauso ist es!)

Und das wissen die Menschen in der Zwischenzeit auch. Ganz viele Frauen sind nämlich bemüht,

(Harry Glawe, CDU: Dann haben Sie
wohl die ganzen Anhörungen nicht gelesen,
sonst würden Sie das Ganze nicht sagen.)

ganz viele Mütter sind bemüht, bereits spätestens nach einem Jahr wieder ihre berufliche Tätigkeit aufzunehmen,

(Volker Schlotmann, SPD: Richtig.)

weil ansonsten der Vorwurf der Dequalifizierung sie vom Arbeitsmarkt total fernhält. Deshalb halte ich es für richtig, dass darüber diskutiert wird, das Erziehungsgeld in ein Elterngeld umzuwandeln

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

mit höheren finanziellen Mitteln und verkürzt. Ich halte es auch für richtig, dass die SPD-PDS-Koalition schon seit Jahren über das ASP-Programm das Projekt „Modulare Qualifizierung in der Elternzeit“ finanziert,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

das übrigens sehr gut in Anspruch genommen wird.

Ich freue mich natürlich, Herr Glawe, dass in der Zwischenzeit auch bei der CDU auf Bundesebene

(Harry Glawe, CDU: Oh!)

ein Sinneswandel zum Elterngeld eingetreten ist. Wir hatten im Juni in Schwerin die Frauen- und Gleichstellungsministerinnenkonferenz und von unserer Seite war gemeinsam mit Berlin, soweit ich mich erinnere, ein Antrag zum Elterngeld eingebracht worden. Dieser ist von den CDU-geführten Ländern abgelehnt worden. Insofern bringt Ihnen vielleicht die große Koalition dann auch einen Schub

(Harry Glawe, CDU: Gut, dass wir
gemeinsam gesprochen haben.)

in Richtung Familienfreundlichkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schmidt von der Fraktion Linkspartei.PDS.

Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über Rahmenbedingungen ist eine Menge gesagt worden, zu denen ich kurz eine Bemerkung machen möchte.

Die Familie wird leider hier vordergründig nur an Erwachsenen und Kindern festgemacht. Viele andere Ausführungen sind gemacht worden, wie wir Familie verstehen. Nichtsdestotrotz hat dieses Familienbild mit Kindern auch etwas mit Schwangerschaftsabbrüchen – und das ist Ihre Anfrage vom 07.09.2005 – in unserem Land zu tun, die hier dargestellt sind. Die Gründe, nach denen gefragt worden ist, gelten nicht nur für dieses Land. Die Studie, von der hier schon die Rede war, trifft insgesamt für die Bundesrepublik zu. Es ist eine Steigerung bei Zukunftsangst als Begründung für die Abbrüche von 2002 bei 24 Prozent und 2004 28 Prozent zu verzeichnen. Die finanzielle Situation verdeutlicht eine Steigerung von 47 Prozent im Jahr 2002 auf 55 Prozent im Jahr 2004. Die finanzielle Situation hängt natürlich – und das haben Sie hier sehr ausführlich dargestellt von Seiten der CDU – auch zusammen mit dem, was ich ganz privat finanziell zu Hause in meinem Portmonee habe. Demzufolge – und das war das Thema im April – spielt Vereinbarkeit von Familie und Beruf natürlich eine ganz wichtige Rolle.

Im Jahr 2002 hat die Fraktion der PDS mit der Drucksache 14/2759 dazu einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der lautete: „Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung für Frauen und Männer“. Dieser sollte Rahmenbedingungen schaffen, damit genau das, was Sie gesagt haben, Herr Glawe, zum Beispiel verkürzte Arbeitszeiten, rechtlich abgesichert wird. Und Sie wissen ganz genau, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern kein Glockenprinzip haben, wo wir das für uns hier regeln könnten, sondern dass wir dieses bundesdeutsch tun müssen. Ihre Partei war damals in der Opposition. Mich hat schon interessiert, wie sich Ihre Partei dazu verhalten hat, wenn man so auf Familienfreundlichkeit aus ist und genau dieses will. Sie haben diesen Antrag unserer Fraktion im Bundestag damals abgelehnt, vor allen Dingen mit der Begründung, dass man in die freie Wirtschaft so nicht eingreifen könne.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS:
Aha! Aha! – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Was nun?!)

Wir werden diesen Antrag in den neuen Bundestag als Linkspartei.PDS wieder einbringen. Ich bin gespannt, wie die CDU sich dazu verhalten wird und wie zukunfts-freundlich und revolutionär – wir hatten das tolle Wort hier heute – Sie dann mit einem solchen Antrag umgehen wird. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schmidt.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU. – Ich höre gerade, Herr Renz, Sie haben keine Redezeit mehr.

(Zurufe aus dem Plenum: Ooooh!)

Die Redezeit ist ausgeschöpft.

(Heiterkeit bei
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Wir wollten doch nur die Antwort wissen, wie
die Fraktion sich verhält. – Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Ich schließe die Aussprache, weil die beschlossene Redezeit beendet ist.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Landesverwaltung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Drucksache 4/1735, hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Sonderausschusses für Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform, Drucksache 4/1920.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Landesverwaltung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 4/1735 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Sonderausschusses für Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform
– Drucksache 4/1920 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Heinz Müller.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat uns seinerzeit vier Gesetze, die sich auf die Organisation oberer Landesbehörden beziehen, überwiesen. Eines dieser vier Gesetze liegt uns heute in Zweiter Lesung zur Beschlussfassung vor, die drei anderen nicht. Wenn Sie daraus schlussfolgern, dass dieses eine etwas weniger mit Problemen, etwas weniger mit Diskussionsbedarf beladen ist

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Dann ist dem nicht so.)

als die drei anderen, dann schlussfolgern Sie absolut richtig. Zumindest bei uns im Sonderausschuss war dieses ein Gesetz, das einvernehmlich und ohne Gegenstimme Ihnen zur Beschlussfassung empfohlen worden ist.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Aber
nicht ohne Kritik! Aber nicht ohne Kritik!)

Ich weiß, dass es in den mitberatenden Ausschüssen sehr wohl differenzierte Voten gegeben hat. Aus unserer Sicht als Sonderausschuss allerdings haben wir beschlossen, Ihnen einstimmig dieses Gesetz zur Annahme zu empfehlen. Ich will noch hinzufügen, dass dies ohne Aussprache und auch ohne den Bedarf einer Anhörung geschehen ist. Wir halten dieses Gesetz für vernünftig und empfehlen Ihnen die Annahme. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Dr. Dr. Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Land steht mit Blick auf die Bevölkerungs- und Finanzentwicklung vor großen strukturellen Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, hat sich das Kabinett am 21.01.2003 für die Einleitung einer umfassenden Verwaltungsreform entschieden. Ein wesentlicher Eckpunkt dieser Reform liegt in der Straffung der Landesverwaltung mit dem Ziel einer kostengünstigen und effektiven Aufgabenerledigung.

Für den Kulturbereich ist vorgesehen, dass die Landesämter für Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege, das Archäologische Landesmuseum sowie die Landesbibliothek, das Landeshauptarchiv und das Landesarchiv Greifswald zu einem Landesamt zusammengelegt werden. Diese genannten Behörden wurden nicht durch ein Gesetz errichtet, so dass die Landesregierung die Fusion auf der Grundlage von Paragraph 8 Landesorganisationsgesetz durch Verordnung regeln konnte. Allerdings war hier ein Vorbehalt hinsichtlich der Änderung des Landesarchivgesetzes als auch des Denkmalschutzgesetzes erforderlich, weil erstens im Landesarchivgesetz, hier Paragraph 4, festgelegt ist, dass das Land für die Erfüllung der staatlichen Archivaufgaben das Landeshauptarchiv Schwerin und das Landesarchiv Greifswald als obere Landesbehörden unterhält. Damit hat der Gesetzgeber ausdrücklich die organisatorische Festlegung getroffen, dass die beiden Archive als selbstständige und obere Landesbehörden vom Land unterhalten werden. Und zweitens war es erforderlich, weil im Denkmalschutzgesetz, hier ebenfalls Paragraph 4, die Landesämter für Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege ausdrücklich erwähnt werden. Dieses hat zwar auf den ersten Blick rein deklaratorischen Charakter und wäre somit lediglich im Wege der Rechtsbereinigung zu ändern. Da die Begründung zum Denkmalschutzgesetz jedoch ausdrücklich davon spricht, dass die Trennung dieser beiden Bereiche gewollt war, ist auch hier eine gesetzliche Änderung notwendig.

Nun soll mit der entsprechenden Änderung dieser Regelung die letzte Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass das die bisherigen Behörden zusammenfassende Landesamt für Kultur und Denkmalpflege am 01.01.2006 errichtet werden und seine Aufgaben wahrnehmen kann. Mit Blick auf die oben skizzierten Ziele der Strukturreform sollen durch die Fusion der bisherigen Behörden sowohl im Verwaltungs- als auch im technischen Bereich Synergieeffekte geschaffen werden. Diesen Zielen entsprechen auch die bisherigen Vorbereitungen, mit denen zum 1. Januar 2006 zunächst eine funktionsfähige gemeinsame Verwaltung organisiert wird und die Abläufe der Werkstätten, technischen Bereiche sowie Fotolaboratorien abgestimmt werden. Hierbei sind mit Blick auf die Belange der beteiligten Beschäftigten von Anfang an die zuständigen Personal- und Schwerbehindertenvertretungen sowie die Gleichstellungsbeauftragten beteiligt, wie das selbstverständlich ist. Auf dieser Grundlage wird dann die im Rahmen der Strukturreform erforderliche Aufgabenkritik erfolgen, um die weiteren Vorgaben aus dem Landespersonal-konzept erfüllen zu können. Diese Arbeiten sollen parallel in allen Ressorts im Jahr 2006 durchgeführt und abgeschlossen sowie schließlich parallel neben der konkreten Organisations- und Strukturumstellung die Unterbringung

des Landesamtes im Zuge dieses Programmes optimiert werden, um den künftigen fachlichen Anforderungen auch langfristig Rechnung tragen zu können.

Zum Schluss noch dies: Der jetzt schon erreichte Sachstand über die konstruktive Beteiligung der bisherigen Behörden und Interessenvertretungen ist aus meiner Sicht eine gute Grundlage für den angestrebten nahtlosen Übergang zum Landesamt für Kultur und Denkmalpflege. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Fiedler-Wilhelm von der Fraktion der CDU.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum vorliegenden Gesetzentwurf haben wir die wesentlichen Gedanken schon in der Landtagssitzung am 23. Juni dieses Jahres ausgetauscht. Ich möchte an dieser Stelle auch die Entscheidung der CDU-Fraktion zu diesem Gesetzentwurf vorwegnehmen: Wir werden heute diesem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen.

Wie schon bei unserem Gesetzentwurf zur Errichtung einer Stiftung für das Staatliche Museum haben wir gezeigt, dass wir unseren verfassungsrechtlichen Auftrag als Opposition ernst nehmen. Es geht uns um sachorientierte Entscheidungen. Manchmal soll es sich auch lohnen, Anregungen und Kritiken der Opposition ernst zu nehmen, um sich dann selbst vielleicht im Nachhinein eventuelle Verfassungsgerichtsurteile zu ersparen. Aber das nur als kleine Bemerkung am Rande.

Unsere Zustimmung zur Reform der Landesverwaltung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist aber keinesfalls zu verallgemeinern. In den anderen Politikbereichen – es sind drei weitere, die Herr Müller schon ansprach, in der Pipeline, die mit ähnlichen strukturellen Veränderungen, also mit der Bildung von Großämtern befasst sind – behalten wir uns von Fall zu Fall diese sachorientierten Entscheidungen vor. Trotz unserer Zustimmung halten wir Teile unserer Kritik aus der Ersten Lesung aufrecht. Es muss also die Aufgabe des Bildungsausschusses sein, die Bildung des Landesamtes konstruktiv zu begleiten. Für die CDU, für unsere Fraktion ist es wichtig, dass die Reform der Landesverwaltung, die Deregulierung, die hier jeder will, das Landespersonal-konzept und die Bildung der Großämter miteinander verzahnt werden. Dabei dürfen Landesregierung und Koalitionsfraktionen aber nicht den Überblick verlieren, wie unlängst das Denkmalschutzgesetz gezeigt hat, das sowohl im Deregulierungsgesetz als auch im Verwaltungsmodernisierungsgesetz mit fast identischem Wortlaut geändert wurde. Wir haben das auch im Ausschuss angesprochen.

Uns geht es darum, dass wir dem Landtag sagen – aus dem Haushaltsentwurf geht das nämlich nicht hervor –, wo es Einsparungen gibt, wo Synergieeffekte auftreten, wo Entscheidungen effizienter getroffen werden können und vor allem, wo im Ministerium selbst die entsprechenden Fachreferate wegfallen können, weil diese Arbeiten vom Landesamt erledigt werden können, da dort die zusammengefasste kulturpolitische Kompetenz künftig in einer Behörde arbeitet. Wenn für den künftigen Behör-

denleiter eine B-5-Stelle geschaffen wird, dann muss diese aus den erhofften Effizienzgewinnen erwirtschaftet werden können.

Diese ungeklärte Frage, meine Damen und Herren, muss auch den Finanzausschuss in seiner Stellungnahme umgetrieben haben, denn die mehrheitliche Empfehlung, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen, wurde unter den Vorbehalt personal- und hauswirtschaftlicher Konsequenzen gestellt. Die lapidare Aussage der Landesregierung, dass sich durch die Zusammenlegung der allgemeinen Verwaltung in den angestrebten Großämtern auch kostengünstige Aufgabenerledigung realisieren lasse, reicht uns natürlich an dieser Stelle nicht aus. Klar muss daher werden, wie beispielsweise die Landesarchive mit dem Abbau der entsprechenden Personalstellen durch das Personalkonzept weiter die bestehenden Aufgaben erfüllen können. Das führt zu einer Kernkritik am Personalkonzept. Und damit wiederhole ich sinngemäß meine Ausführungen vom 23. Juni: Es wird Personal abgebaut, ohne den Personalbedarf anhand der vorhandenen Aufgaben zu ermitteln beziehungsweise die Aufgaben dem vorhandenen Personal anzupassen. Das wird garantiert die Umsetzung des Personalkonzeptes vor schwierige Aufgaben stellen. Hier zeigt sich, dass wir Reformen haben, die leider nicht aus einem Guss sind.

Viele Fragen, meine Kollegen, sind ungeklärt. Gewünscht hätten wir uns ein ganz qualifiziertes Prozessmanagement, das bisher leider nur in der Schaffung neuer hoch dotierter Stellen reibungslos geklappt hat. Alles andere ist offen und fängt erst jetzt an. Das Gesetz, wie es der Minister schon sagte, soll zum 01.01.2006 in Kraft treten. Die noch zu erledigenden Aufgaben hat sich die Landesregierung selbst unter der Nummer „5. Kosten“ im Gesetzentwurf ins Stammbuch geschrieben. Synergieeffekte im Verwaltungs- und technischen Bereich, die Definition entsprechender Kernaufgaben zur Realisierung des Personalkonzeptes 2004, die Überwindung fachlicher Überschneidungen, die Überprüfung aller gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen im Sinne von Deregulierung, die Auswirkungen und eventuelle Kostenersparnis sollen aber erst noch ermittelt und gegebenenfalls neue Schritte eingeleitet werden. Neue Stellenpläne, Organigramme oder Geschäftsverteilungspläne, die wir bis heute nicht kennen, wären für eine gründliche Befassung mit dem Gesetz notwendig gewesen.

Noch einmal: Es geht uns bei der Bildung von Großämtern wie auch in den anderen Politikbereichen um sachorientierte Entscheidungen. In diesem Fall erkennen wir die sachliche Begründung für die Bildung eines Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege an, da inhaltliche Bezüge und Verbindungen zwischen den Aufgabenbereichen nicht nur zu erkennen sind, sie existieren oder können hergestellt werden. Eine Begleitung im Fachausschuss ist für uns daher unabdingbar. Wir wollen unseren Beitrag leisten, damit sich hier eine schlanke, aber auch leistungsfähige Struktur entwickelt, die sich der Geschichte unseres Landes annimmt, ein wesentliches Stück kultureller Identität bewahrt und erschließt. An dieser Zielrichtung wollen wir dieses neue Landesamt messen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Fiedler-Wilhelm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das neu zu errichtende Landesamt für Kultur und Denkmalpflege vereint zukünftig unter seinem Dach verschiedene Fachrichtungen, die bereits seit langem interdisziplinär und kollegial zusammenarbeiten. Insofern ist die Zusammenführung zu einem Landesamt nicht nur konsequent, sondern auch ausgesprochen sinnvoll. Deshalb war wohl auch das parlamentarische Verfahren, das den heutigen Beschluss ermöglicht, relativ streitfrei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die SPD-Fraktion darf ich feststellen, dass wir dem Gesetz zustimmen werden, dies besonders gern unter dem Gesichtspunkt, dass das neue Landesamt den ersten konkreten Umsetzungsschritt des Landesorganisationsgesetzes darstellt, das vor wenigen Monaten in diesem Hohen Haus beschlossen wurde und mit dazu beitragen wird, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern eine moderne, effiziente und zukunftsfähige Landesverwaltung formieren können.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, abschließend noch eine persönliche Anmerkung zum neuen Amt, das mir aufgrund meiner beruflichen Herkunft sehr am Herzen liegt. Mit der Archäologie, der Bau- und Kunstdenkmalpflege, den Archiven und der Landesbibliothek verwaltet das neue Landesamt für Kultur und Denkmalpflege einen Großteil unserer Kulturgeschichte. Die Kulturgüter, die weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt sind, locken jedes Jahr unzählige Touristen nach Mecklenburg-Vorpommern und stellen einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Beate Mahr, SPD: Richtig.)

Diese einzigartigen Zeugnisse unserer Geschichte wirken nicht nur identitätsstiftend nach innen, sondern sind auch eine hervorragende Werbung für unser Land. Deshalb erwarte ich von der Landesregierung bei der Besetzung der Leitungsstelle, dass der neue Chef nicht nur besoldungstechnisch, sondern vor allem fachlich in der Lage ist, die Kulturgeschichte unseres Landes angemessen zu repräsentieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS, und
Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Nieszery.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schmidt von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wir, die Fraktion Die Linkspartei.PDS, werden uns dem Gesetzentwurf anschließen und Zustimmung erteilen, insbesondere deshalb – was ich schon in der Landtagssitzung im Juni darstellte –, weil der Gesetzesinhalt zum Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, so, wie es Herr Dr. Nieszery gerade auch noch einmal sagte, die inhaltliche Bedeutsamkeit der Kulturfragen unserer Meinung nach hervorhebt und weshalb wir uns für diese namentliche Benennung eindeutig so positionieren.

Das, was hier vorhin dargestellt worden ist – die offenen Fragen der Aufgabenkritik, die im Jahr 2006 stattfinden soll –, war auch übergreifend in den Ausschüssen die Auffassung. Ich kann den Herrn Minister dabei nur unterstüt-

zen, dass wir dieses dann nächstes Jahr begleitend im Ausschuss und gegebenenfalls vielleicht noch einmal hier im Landtag miteinander besprechen, ob die von uns gedachten Effizienzergebnisse zum einen verwaltungsmäßig, aber eben auch inhaltlich stimmen, denn ich möchte diese beiden Dinge dahingehend trennen, da sie zwei verschiedene Sachen sind, die dann aber natürlich irgendwo wieder zusammenkommen sollen. Wir sollten uns noch einmal damit befassen, inwieweit diese Dinge wirklich so hervorragend geklappt haben, wovon ich ausgehe, wenn wir es als Landtag im nächsten Jahr begleiten, um uns auch genau die anderen drei Umstrukturierungen anschauen zu können, von denen Frau Fiedler-Wilhelm schon gesprochen hat, inwieweit es machbar sein wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Beate Mahr, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schmidt.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Landesverwaltung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf Drucksache 4/1735. Der Sonderausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1920 unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 4 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 1 bis 4 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 4/1735 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/1735 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/1910.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Schulgesetzes für das
Land Mecklenburg-Vorpommern
(Schulgesetz – SchulG M-V)**
(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/1910** –

Das Wort zur Einbringung hat der Herr Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Professor Dr. Dr. Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Warum befassen wir uns mit dem Schulgesetz?

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, das ist eine kluge Frage. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Fürsorge des Landes für Schülerinnen und Schüler, für Eltern, Schulträger und Lehrkräfte gebietet es, jeden möglichen verfassungsrechtlichen Zweifel an den Regelungen des Schulgesetzes auszuräumen. Mit seinem Urteil vom 7. Juli 2005 hatte das Landesverfassungsgericht das Haushaltsrechtsgesetz 2004/2005 in wesentlichen Teilen für nichtig erklärt. Das Gericht hatte einen Verstoß gegen Artikel 55 Absatz 2 der Landesverfassung angenommen, wonach ein Gesetzesbeschluss des Landtages eine Grundsatzberatung und eine Einzelberatung voraussetzt. Änderungen, die so wesentlich sind, dass sie einer Grundsatzberatung bedürften, dürfen nicht durch einen Ausschuss vorgenommen werden. Darüber hinaus hatte das Gericht einen Verstoß gegen das zeitliche Bepackungsverbot angenommen. Obwohl sich das Gericht mit seinen Ausführungen insbesondere zu den Fragen des Gesetzgebungsverfahrens auf das von ihm zu prüfende Haushaltsgesetzgebungsverfahren bezieht, ist es zur Gewährleistung einer über jeden Zweifel erhabenen Rechtslage erforderlich, das gesamte Schulgesetz einer erneuten Grundsatzberatung in Erster Lesung und einer erneuten Beschlussfassung in Zweiter Lesung zuzuführen. Damit werden Zweifel ausgeräumt, die sich aus früheren Änderungen des Schulgesetzes im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung ergeben könnten.

Der Gesetzentwurf des Neunten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes vom 4. November 2004 enthielt im Wesentlichen Änderungen zu den Regelungen zur gymnasialen Oberstufe sowie zu den Schülermindestzahlen und der Mindestzügigkeit in der Eingangsklasse. Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung und des Berichtes des Bildungsausschusses hat der Landtag am 22. Juni 2005 das Änderungsgesetz in Zweiter Lesung mit weiteren substantiellen Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzesentwurf verabschiedet. Zahlreiche Regelungen, die eine qualitative Schulentwicklung betreffen, sind nicht Gegenstand einer Grundsatzberatung im Sinne von Artikel 55 Absatz 2 der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern gewesen.

Bereits durch Artikel 3 des Haushaltsrechtsgesetzes 2000 vom 21. Dezember 1999 sind die noch geltenden Regelungen zur Privatschulfinanzierung geändert worden. Die Höhe der zu gewährenden Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft wurde abgesenkt. Eingeführt wurde des Weiteren eine Wartefrist für den Förderungsbeginn. Da es sich auch bei dem Haushaltsrechtsgesetz 2000 um ein so genanntes Mantelgesetz gehandelt hat, das in einzelnen Artikeln das Haushaltsgesetz und begleitende Gesetze zusammenfasst, könnte auch hier vor dem Hintergrund der Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes ein Verstoß gegen das festgeschriebene zeitliche Bepackungsverbot gegeben sein. Das Obergericht Mecklenburg-Vorpommern hat jüngst in einem verwaltungsgerichtlichen Rechtsstreit auf die mögliche Unvereinbarkeit des Artikels 3 HRG 2000 mit der Landesverfassung hingewiesen und angekündigt, diese Frage dem Landesverfassungsgericht im Wege einer konkreten Normenkontrolle zur Überprüfung vorzulegen.

Meine Damen und Herren, die besondere Fürsorge des Landes für Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulträger und Lehrkräfte gebietet es, vorsorglich verfassungsrechtliche Zweifel an den Regelungen des Schulgesetzes aus-

zuräumen. Aus Gründen der Rechtssicherheit ist deshalb eine Neufassung des Schulgesetzes anzustreben. Die betroffenen Regelungsbereiche des Schulgesetzes, wie zum Beispiel die Regelung zur Klassenbildung, zum Schullastenausgleich oder zur Privatschulfinanzierung,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

sind in der Vergangenheit häufig Gegenstände verwaltungsgerichtlicher Verfahren gewesen. Auch im Rahmen der Vorbereitung der Bildung von Eingangsklassen zum Schuljahr 2006/2007 sind gerichtliche Auseinandersetzungen natürlich nicht auszuschließen.

Inhaltliche Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen des Schulgesetzes sind in diesem Gesetzentwurf nicht enthalten. Der Entwurfstext ist im Hinblick auf Verweisungen innerhalb und außerhalb dieses Gesetzes wie in rechtsförmlicher Hinsicht redaktionell überarbeitet worden.

Meine Damen und Herren, mit dem Schulgesetz ergeben sich wichtige Weichenstellungen für die zukünftige Ausgestaltung der Schulen. Diese Vorgaben sind nötig, mit Blick auf die allerjüngsten Auswertungen der PISA-Studie ganz besonders. Die Umsetzung der Reformen darf nicht in Zweifel geraten. Die Schülerinnen und die Schüler sowie die Eltern müssen rechtzeitig wissen, unter welchen Bedingungen ihr Unterricht über das laufende Schuljahr hinaus erteilt wird. Die Träger der Schulentwicklungsplanung benötigen rechtlich abgesicherte Vorgaben zur Bildung von Eingangsklassen. Die Lehrkräfte befassen sich bereits intensiv mit den inhaltlichen Reformen ab dem Schuljahr 2006/2007, dem längeren gemeinsamen Lernen in der Jahrgangsstufe 5, der gymnasialen Oberstufe, der Schulprogrammarbeit. Diese Reformen haben in den Schulen viel Engagement freigesetzt und die Vorbereitung für das kommende Schuljahr läuft auf Hochtouren. Diese Arbeit soll nicht durch die Möglichkeit eines Zweifels an der Rechtssicherheit des Schulgesetzes beeinträchtigt werden.

Lassen Sie mich zu den Zielen der Schulpolitik an dieser Stelle kommen. Der vor einigen Tagen vorgelegte ausführliche Bericht zum zweiten Ländervergleich PISA 2003 gibt einen umfassenden Überblick zum Leistungsstand der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die Landeskinder in vielen Bereichen – in der Mathematik, in den Naturwissenschaften, in der Problemlösungskompetenz – bemerkenswerte und bemerkte Fortschritte erzielt haben. Diese Entwicklung zeigt ebenfalls, dass Anstrengungen im Bildungssystem auch dann zum Erfolg führen, wenn sie unter ungünstigen demografischen und ökonomischen Voraussetzungen vorgenommen werden müssen. Aber neben den positiven Entwicklungen werden auch eine Reihe von Arbeitsaufgaben und zentralen Herausforderungen verdeutlicht.

Die Studie hat den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung nicht nur bestätigt, sie hat eine Vergrößerung des Leistungsrückstandes von Kindern aus unterschiedlichen Schichten aufgedeckt. Der internationale Vergleich zeigt, dass für Deutschland eine enge Kopplung zwischen sozialer Herkunft und mathematischer Kompetenz besteht und insbesondere die Chance, ein Gymnasium zu besuchen, in hohem Maße von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler abhängt. Auch wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern in dieser Frage im Vergleich zum Bundesdurchschnitt nicht zu den

ausgesprochenen Problemländern gehören, werden die Reduktionen der erwiesenen sozialen Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten und die qualitative Weiterentwicklung von Schule für uns die größten Herausforderungen der kommenden Jahre bleiben.

Zwei zentralen Fragen müssen wir uns widmen. Die erste Frage: Wie gelingt es uns in der Zukunft, die Beteiligungen unserer Kinder unabhängig vom Wohnort, vom Geschlecht, von der familiären Herkunft so zu fördern, dass noch mehr Schüler als bisher gute Bildungsabschlüsse erreichen? Und die zweite Frage: Wie schaffen wir es, die Qualität von Bildung und Erziehung in der Schule kontinuierlich weiterzuentwickeln, so dass die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, lebenslang – sei es in der beruflichen Bildung, sei es in der Hochschule, sei es in anderen Weiterbildungseinrichtungen – erfolgreich zu lernen und darüber hinaus aktiv am Leben dieses Landes teilhaben zu können?

Nun zu den Bausteinen des Schulgesetzes. Da sind zum Ersten die Regelungen zur Bildung von Eingangsklassen mit dem Gebot der Effizienz und Effektivität in der Nutzung der Ressourcen. Unser vorrangiges Bemühen gilt der Absicherung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems im Land. Das ist doch selbstverständlich. Und jedes Kind und jeder Jugendliche soll unabhängig von seinem Wohnort Zugang zu guten Bildungseinrichtungen haben. Die schulgesetzlichen Regelungen zur Bildung von Eingangsklassen sichern das Schulangebot im Land. Jeder Schüler muss auch künftig in Wohnortnähe die Möglichkeit haben, bei entsprechender Eignung jeden möglichen Bildungsgang aufzunehmen. Das ist eine Grundvoraussetzung für Bildungsgerechtigkeit auch in unserem Lande und bei den uns allen bekannten demografischen Veränderungen in unserem Lande eine ganz besondere Herausforderung.

Die Konzentration der Schulen folgt dem Gebot der Effizienz und Effektivität. Und dieses Ziel ist nur erreichbar, nur realisierbar, wenn Konzentrationen im Schulsystem vorgenommen werden, wenn Schulen kooperieren, wenn Schulzentren entstehen. Diese Schulen haben aus pädagogischer Sicht eine Mindestgröße, um effektiv arbeiten zu können. Sie verfügen dann auch über ein breiteres Angebot an Wahlpflichtfächern, an Arbeitsgemeinschaften. Der Vertretungsunterricht ist fachlich leichter abzusichern, der Austausch zwischen mehreren Fachkolleginnen und -kollegen kann hier wirksam werden.

Im Hinblick auf die Qualität der pädagogischen Arbeit wollen wir nicht zu kleine Schulen und in Zeiten der Haushaltskonsolidierung, das dürfen wir nicht einfach negieren, können wir uns zu kleine Schulen auch gar nicht leisten. In Schulverbünden, Gesamtschulen und größeren Schulen in der Region, sei es ein Gymnasium oder eine Regionale Schule, ist eine höhere Effizienz in diesem Bereich zu erreichen und die Arbeit der einzelnen Lehrkräfte kommt mehr Schülern zugute. Auch die sächlichen Mittel, sei es für die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln, die Nutzung der Fachräume, Turnhallen, Theaterbühnen, Bibliotheken, können besser genutzt werden.

Ein zweiter Baustein sind die Ganztagschulen. Schule befindet sich, wie wir immer wieder im Vergleich mit anderen Ländern sehen, überall in einem grundlegenden Wandel. Vom mehr oder weniger ausschließlichen Lernort entwickelt sie sich zu einer Einrichtung, in der Bildung und

Erziehung und Betreuung als ganzheitlicher Prozess gesehen werden. Und wenn wir den zusammenbringen, politisch, juristisch, gesellschaftlich in der Lebenswirklichkeit, dann haben wir einen Weg, auf dem wir einiges besser machen können. Ganztagschulen gehören bereits seit über zehn Jahren zur Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind heute so gefragt wie nie. Diese zukunftsweisende Schulform bietet nicht nur neue Öffnungszeiten, sondern sie ist der Raum für neue pädagogische Konzepte und individuelle Förderung, für weiterentwickelte Konzepte. Soziale Herkunft, mangelnde Betreuung in der Familie, veränderte und geschrumpfte Räume für soziale Beziehungen sollen nicht über den schulischen Werdegang und Bildungserfolg unserer Kinder entscheiden. Deshalb ist eine Antwort auf PISA der weitere Ausbau von Ganztagschulen im Land.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Die gebundenen Formen schaffen bessere Voraussetzungen für die Realisierung der Ziele der Ganztagschulen. Qualitative Veränderungen können hier effizienter umgesetzt werden. Die Definition der Ganztagschule durch die Kultusministerkonferenz, nach der diese Form einen für alle Schülerinnen und Schüler verbindlichen Aufenthalt in der Schule an mindestens drei Wochentagen mit mindestens sieben Zeitstunden am Tag vorsieht, soll in unserem Land den Mindeststand bestimmen.

Viele Schulen des Landes haben das Potenzial der Ganztagschule in voll gebundener Form erkannt und richten gegenwärtig ihre Schulprogramme an diesem Konzept aus. Die Ganztagschule stellt sich als bedürfnisorientierte Schule dar. Sie ist kein Ersatz eines Betreuungsdefizites, sondern sie ist für Schüler ein Angebot mit einer neuen inhaltlichen Qualität. In der Ganztagschule stehen größere Zeiträume zur unterschiedlichen Nutzung zur Verfügung. So ergibt sich die Möglichkeit erweiterter Bildungs- und Fördermöglichkeiten sowohl für die benachteiligten und leistungsschwächeren als auch für die hoch begabten Schülerinnen und Schüler.

Mit dem neuen Schulgesetz wird den Schulkonferenzen und Schulträgern die Möglichkeit gegeben, über die bislang auf freiwillige Teilnahme der Schüler angewiesenen Ganztagschulprojekte hinaus selbst am Standort die gebundene Ganztagschule einzuführen. Das wissenschaftliche, das bildungsadministrative, das bildungspolitische und das allgemeine öffentliche Interesse an Bildung und Erziehung hat sich aufgrund verstärkter einzelschulischer Autonomie immer deutlicher auf Qualitätsentwicklung von Schule konzentriert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, in regelmäßigen Abständen das Erreichen pädagogischer Ziele und die Umsetzung ganztagspezifischer Arbeitsschwerpunkte zu überprüfen.

Die Verpflichtung der Einzelschule, nicht nur Ganztagschule, sondern auch kontinuierlich qualitätsgeprüfte Ganztagschule zu sein, schlägt sich nieder im Schulgesetz in den Passagen zur internen und externen Evaluation, schulart- und schulübergreifenden Vergleichen sowie zentralen Schulleistungsuntersuchungen, wie in vielen Schulen darüber hinaus, das müssen wir festhalten, auch im Schulalltag. Mit Beginn des Schuljahres 2004/2005 wurde eine Evaluation von Ganztagschulen auf Landesebene unter Berücksichtigung der für Mecklenburg-Vorpommern spezifischen Indikatoren begonnen. Wir beteiligen uns mit zwei Stichproben an der Bundesstudie zur Entwicklung von Ganztagschule, die sich mit den laufen-

den Länderaktivitäten an dieser Stelle abstimmt. Das Interesse an der Entwicklung der einzelnen Schulen am individuellen Standort ist groß und dabei geht es dann auch um die Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Schulentwicklung.

Ich bin beim dritten Baustein, dem längeren gemeinsamen Lernen. Das längere gemeinsame Lernen in den Jahrgangsstufen 5 und 6 soll im Schuljahr 2006/2007 beginnend mit der 5. Klasse eingeführt werden. Ziele und Inhalte des längeren gemeinsamen Lernens sind mit dem Konzept der Ganztagschule eng verbunden. Die Elemente, die dort verknüpft werden sollen, heißen individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, Entwicklung einer neuen Unterrichtskultur, Entwicklung einer neuen Schulkultur, Kooperation mit außerschulischen Partnern, Verbesserung der Chancengleichheit. Das ist ein erweiterter Anspruch an die inhaltlichen und pädagogischen Zusammenhänge, eine Verknüpfung zwischen längerem gemeinsamen Lernen und Ganztagschule.

Das wird bestimmt durch eine Anzahl organisatorischer Maßnahmen, eine komplizierte Verflechtung dieser Maßnahmen, Gebäudebelegung, Stundentafeln, abgestimmte Lehrwerke, Lehrereinsatz, Zusammenspiel der Strukturen im Kollegium und in Förderkursen. Und dies alles könnte dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler je nach schulischer Binnenorganisation das Anspruchsniveau wechseln und eine gezielte Förderung oder Hilfe bei erkannten Schwächen erfahren. Die Verbindung einer längeren gemeinsamen Schulzeit mit einer verbesserten individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler ist notwendig, um die vielfältigen Begabungen gerecht aufzeigen zu können, Schwächen zu minimieren, individuelle Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen zu entwickeln.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, brauchen wir eine neue Lernkultur, die die individuelle und bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt der schulischen Arbeit stellt. Neben der Wissensvermittlung ist dann auch der Erwerb von methodischen Kompetenzen wichtig. Das Lernen zu lernen ist eine wichtige Voraussetzung für das lebenslange Lernen in unserer Informationsgesellschaft. Unsere Kinder können unter der Berücksichtigung des individuellen Lerntyps, des Lernrhythmus, der Lernvoraussetzungen in sozialer, musisch-kultureller und in kognitiver Hinsicht besser geführt werden. Und die Lehrkräfte sind darauf ausgerichtet, individuelle Begabungen früh zu erkennen oder gleichermaßen zu fordern und zu fördern. Den Erfolg der Schule müssen wir dann daran messen, inwieweit es gelingt, sowohl Defizite auszugleichen als auch auf der anderen Seite Talente zu finden und zu fördern.

Erfahrungen aus ganz Europa zeigen, dass durch gemeinsames Lernen von Schülern unterschiedlicher Leistungsniveaus die Interessen und Neigungen wachsen sowie die schulischen Leistungen insgesamt steigen. Leitmodell einer zukünftigen Unterrichtskultur ist die Veränderung der methodischen und didaktischen Unterrichtseinheiten, die auf einem rhythmisierten Schulalltag beruhen, sprich einem Wechsel von gelenkten und ungelenkten Lernphasen mit offenen Aktivitäten, lehrgangsorientiertem Unterricht, fächerübergreifendem Lernen, Projektgruppen, Einzelarbeit, Spiel und Freizeit, Neigungsangeboten und dem Einbinden der Funktion von Hausaufgaben. Gute schulische Leistungen und die Entwicklung sozialer Kompetenzen hängen entscheidend ab von der

Atmosphäre in den Schulen und schon allein aus diesem Grunde brauchen wir eine neue Schulkultur.

Ich komme zum vierten Baustein, mehr Selbstständigkeit für Schulen. In direktem Zusammenhang mit der inhaltlichen Ausgestaltung von Ganztagschulen, dem Strukturwandel durch das längere gemeinsame Lernen, ist das Modellvorhaben, mehr Selbstständigkeit für Schule zu sehen, das im Schuljahr 2004/2005 an 20 Schulen startete. Dieses Modellvorhaben ist eine Konsequenz aus den PISA-Studien. Schulen in erfolgreichen Ländern haben diese größere Selbstständigkeit in der Schulgestaltung. Sie üben sie aus und übernehmen damit auch eine größere Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit. Nach dem ersten Jahr des Modellvorhabens mit 20 Schulen sind erste Ergebnisse sichtbar. Die Arbeit der Schulen wird von Lehrern der 20 Schulen, den Schulleitern der Schulen und den zuständigen Schulräten als insgesamt besonders motiviert und engagiert eingeschätzt. Die Lehrer können mehr Initiative und Veränderungsbereitschaft entwickeln. Die Identifikation mit der Schule wirkt sich positiv aus auf die Leitbildfindung und das Erstellen von schulinternen Qualitätsstandards. Ein umfassendes und substanzielles Qualitätsmanagement hat an allen 20 Schulen begonnen. Durch das Übertragen von Entscheidungsbefugnissen auf die Lehrkräfte entwickelte sich eine erhöhte Verantwortungsübernahme und daraus Arbeitsbereitschaft.

Diese ersten Ergebnisse sollen schrittweise schon jetzt auf unsere Schulen übertragen werden. So ist im Juli 2005 allen Schulen die Befugnis erteilt worden, Neueinstellungen selbstständig vorzunehmen. Dieses ist ein erster Schritt, dem weitere folgen sollen. Größere Ergebnisverantwortung erfordert einen größeren Handlungsspielraum. Die Selbstständigkeit der Schulen soll erhöht werden, damit sie nach ihren örtlichen Verhältnissen die Voraussetzungen für gute Schule schaffen können. Die Schulen planen und gestalten den Unterricht, die Erziehung und die Organisation ihrer inneren Angelegenheiten eigenverantwortlich und ihnen soll Verantwortung für Personal und Sachbedarfsfragen übergeben werden. Das Land und die Schulträger sind in dem neuen Schulgesetz verpflichtet, die Schulen in ihrer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung zu fördern und zu unterstützen. Angesichts der Zuständigkeiten der Schulträger und deren Rechte auf kommunale Selbstverwaltung sowie der Regelung des Lehrpersonalkonzeptes zum Lehrkräfteeinsatz gilt es hier, noch eine ganze Reihe von Klärungen herbeizuführen.

Ein fünfter Baustein betrifft Qualitätsentwicklung, Qualitätsmanagement und Schulprogrammarbeit. Zentrale Bedeutung im Rahmen der Änderungen des Schulgesetzes hat die Einführung von Regelungen zur Qualitätsentwicklung und zum Qualitätsmanagement sowie zu einer intensiveren Schulprogrammarbeit. In der Folge von PISA 2000 sind von der Kultusministerkonferenz bundesweit Veränderungen bei der Steuerung des Systems Schule und bei der Qualitätssicherung verabredet worden. Wesentliche Ansätze sind zum einen die Veränderung von einer Eingabensteuerung zu einer Ergebnissteuerung und zum anderen eine größere Selbstständigkeit der Schulen, aber auch eine größere Verantwortung für die Ergebnisse schulischer Arbeit.

Mit den Bildungsstandards, die von der Kultusministerkonferenz erarbeitet worden und in Mecklenburg-Vorpommern bereits eingeführt worden sind, wird festgelegt,

welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler bis zu einer bestimmten Jahrgangsstufe in inhaltlich wesentlichen Bereichen erlangt haben sollen. Das Schulgesetz soll nun die Schulen und die Schulaufsichtsbehörden ausdrücklich zu kontinuierlicher Qualitätssicherung verpflichten. Die Qualitätssicherung schulischer Arbeit erstreckt sich auf die gesamte Unterrichts- und Erziehungstätigkeit, die Organisation der Schule, das Schulleben sowie die außerschulischen Kooperationsbeziehungen. Bei der Qualitätsüberprüfung sollen Methoden der empirischen Sozialforschung angewandt werden. Hierzu zählen insbesondere die interne und externe Evaluation, schul- und schulartenübergreifende Vergleiche sowie zentrale Schulleistungsuntersuchungen. Und im Schulprogramm legt dann jede einzelne Schule dar, wie sie den Bildungs- und Erziehungsauftrag sowie die Grundsätze seiner Verwirklichung ausfüllen will. Dieses Schulprogramm muss Auskunft geben, welche Entwicklungsziele und Leitideen die Planung der pädagogischen Arbeiten und Aktivitäten der Schule bestimmen. Die Handlungen der in der Schule tätigen Personen müssen in diesem Programm koordiniert sein und die Ergebnisse der internen und externen Evaluation müssen dann bei der Fortschreibung des Schulprogramms berücksichtigt werden.

Ich komme zum sechsten Baustein, Abitur in der Wissensgesellschaft. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Änderung des Schulgesetzes ist die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe. Die Schüler der Jahrgangsstufe 10 des Schuljahres 2005/2006 werden die Ersten sein, die im Frühjahr 2008 wieder nach zwölf Schuljahren das Abitur ablegen. Hochschulen kritisieren seit Jahren die unzureichende Studierfähigkeit der Abiturienten. Den Grund sehen die Wissenschaftler in der starken Spezialisierung, die zulasten einer breiten, hoch entwickelten Allgemeinbildung geht. Daher stärkt die neue Oberstufe wieder das Ziel der allgemeinen Hochschulreife. Sie stärkt die Kernfächer Mathematik, Deutsch, eine Weltsprache, eine Naturwissenschaft, Geschichte und politische Bildung.

Die Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 10 wird wie bisher im Klassenverband unterrichtet und danach geht es in eine Qualifikationsphase, die in wesentlichen Bestandteilen das Kurssystem durch Hauptfächer und Fächer ablösen kann. Und das bewährte Zentralabitur wird selbstverständlich beibehalten, jetzt allerdings mit den Pflichtfächern Deutsch, Mathematik, einer Weltsprache, Geschichte, Politische Bildung und einer Naturwissenschaft. Wir haben die Diskussion um eine bundesweite Zentralabiturprüfung in der Kultusministerkonferenz angestoßen.

Ich komme zum Abschluss, sehr geehrte Damen und Herren. Die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern befinden sich bereits in einer guten Entwicklung, die uns die PISA-Ergebnisse andeuten. Das Schulgesetz soll für alle Beteiligten Wegweisung sein. Es soll Aufträge erteilen, es soll Möglichkeiten für eine umfassende Schulentwicklung schaffen. Ich bin mir sicher, dass diese Reformen auch Grundlage für eine umfassende Qualitätssteigerung sein können. Allerdings wissen wir, Erfolge im Bildungsbereich brauchen Zeit. Die Ergebnisse können erst nach Jahren eingesammelt werden und für diese Entwicklungen benötigen wir die notwendige Konsequenz in der Umsetzung des Schulgesetzes sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten. Und wir brauchen ein Schulgesetz, das über jeden verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben ist. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kultusminister, wer Ihnen zugehört hat, hat am Anfang geglaubt, Sie sprechen zu einer gänzlich neuen Materie.

(Harry Glawe, CDU: Richtig. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Wer Ihnen gefolgt ist, hat gemerkt, dass dies eine Rede war, die Sie möglicherweise aus den Versatzstücken Ihrer Diskussionsbeiträge zur Schulgesetzänderung der Vergangenheit wieder aufgewärmt haben. Und da sind wir heute gerade.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es wird diesem Landtag zugemutet, sich mit einem Gesetzentwurf zu befassen, weil eine Landesregierung offenbar in sich gegangen ist und sich zugesteht, dass sie möglicherweise etwas schlampig mit der Verfassung umgegangen ist bei der Beratung von Gesetzen. Immer war im Rechtsausschuss der Herr Justizminister dabei. Grundlage ist ein Urteil zu einer Verfassungsklage und damit ein Urteil des Landesverfassungsgerichts, das für die meisten von uns nicht überraschend war, weil es die geltende Rechtslage eigentlich nur deutlich wiedergegeben hat.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU:
Richtig, sehr richtig.)

Manchmal, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, habe ich den Eindruck, dass man jetzt am Schulgesetz aus lauter Trotz darlegen will, so ist es, wenn das Landesverfassungsgericht uns auf die Finger klopft. Das ist aber nicht die richtige Verfahrensweise.

(Reinhard Dankert, SPD: Der Eindruck ist falsch.)

Ich hoffe, er ist falsch, Herr Kollege Dankert. Ich hoffe es.

Was ich zu der Rede des Kultusministers Herrn Professor Metelmann feststellen möchte – ich bedanke mich noch einmal, und das ist ganz offen gemeint, dass Sie gestern zu uns in die Fraktion gekommen sind, ich bedanke mich bei dem Herrn Justizminister, dass er uns seinen Staatssekretär Herrn Dr. Litten geschickt hat, und ich bedanke mich natürlich bei der Landtagsverwaltung, dass der Direktor bei uns war. Was sich dann aus dem Nebel eines Gesetzes, welches das gar nicht so deutlich sagt, ergeben hat, war Folgendes: Dieses Urteil des Landesverfassungsgerichts, das dankenswerterweise auch der Herr Kultusminister zitiert hat – übrigens gibt es zwei –, hat sich, was das Schulgesetz angeht, mit einem Sonderfall befasst. Im Übrigen ist für jeden erkennbar und aus dem Tatbestand des Urteils ersichtlich: Das Gericht hat für verfassungswidrig erkannt, dass die Finanzministerin mitten

in den Ausschussberatungen noch die Artikel 5 bis 8 eingebracht hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Und die Besonderheit – das war damals strittig, Frau Finanzministerin, Sie haben eine andere Auffassung vertreten als wir, aber dafür gibt es ja Gerichte – waren neue im ursprünglichen Haushaltsrechtsgesetz nicht schon enthaltene materielle Gesetzesinhalte, also unjuristisch ausgedrückt einige ganz neue Änderungsgesetze, insbesondere auch eine Novelle zum Schulgesetz. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder und Sie, die Koalitionsfraktionen, haben dann im Plenum dieses Gesetz beschlossen und dazu gehörte schließlich dieser Artikel 7, den ich eben ansprach. Da war es in der Tat so, dass das Verfassungsgericht – wie wir glauben, mit Recht und ich hoffe, Sie tun das auch – die Umgehung des Landtages nämlich mit der Ersten Lesung beanstandet hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wohl.)

Für die etwas kundigen Thebaner war das nicht so ungewöhnlich, dass eine Erste Lesung stattfinden muss. Das steht alles in dem Urteil, warum das so ist. Diesen Mangel haben wir gemeinschaftlich bereinigt. Wir haben diese achte Änderung des Schulgesetzes dann noch einmal miteinander beraten und ordnungsgemäß mit einer Mehrheit dieses Landtages beschlossen. Erst diese Gespräche zeigten, wo Sie Ihre Bedenken haben. Das ist gar nicht diese Änderung, die Sie in verfassungswidriger Weise so eingebracht haben, sondern Sie haben die neunte Änderung im Visier. Und da haben Sie auf einmal ein schlechtes Gewissen. Manchmal wünscht man sich, dass die Einsicht in parlamentarische Gepflogenheiten etwas früher käme, nämlich während der Beratung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Es ist richtig, wie der Herr Kultusminister bei uns gestern noch viel ausführlicher und absolut zutreffend vorgebracht hat, dass von der Parlamentsmehrheit relativ überraschend, meine Damen und Herren, neue Regelungsinhalte in die schon laufende Diskussion der Änderung des Schulgesetzes eingebracht worden sind. Aber, meine Damen und Herren, jetzt wird es doch ein bisschen peinlich, wenn zum Beispiel jemand, der uns dort etwas vorträgt, nicht weiß, dass der Ausschuss, dem ich dafür ein besonderes Kompliment aussprechen muss, nachdem diese Änderungen mit eingebracht worden sind ins Gesetzgebungsverfahren, noch eine weitere Anhörung durchgeführt hat.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Zwei Tage.)

Ja, insgesamt zwei Tage.

Möglicherweise hat der Ausschuss das geheilt, was nicht so ganz in Ordnung war. Da muss ich fragen: Was hat denn eigentlich in der Landesregierung zu diesem eigenartigen Gesetzentwurf eines Heilungsgesetzes stattgefunden? Keine Abstimmung, meine Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, was uns empört, was mich auch persönlich sehr stört, ist der Verlauf dieses heutigen Tages. Die Landesregierung ist ganz offenbar davon ausgegangen, machen wir doch mal einen Rundumschlag. Alle Gesetzesänderungen des Schulgesetzes seit 1996 fassen wir zusammen und schreiben hinten hin-

ein, wann sie im Einzelnen in Kraft treten. Also es war eine richtige Fleißarbeit, Herr Justizminister, und der Landtag wird das alles schön mitmachen, er wird nicht diskutieren. Wenn man die Rede des Kultusministers hier gehört hat, dann ist eine Diskussion auch nicht erwünscht, denn das, was er erzählt hat, ist ein Status quo, den er schildert. Er will gar nichts verändern, sondern – das ist dankenswert – er will endlich in seinem Ressort Rechtsicherheit haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Aber, Herr Kultusminister, ich muss Sie enttäuschen, die bekommen Sie eben gerade nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben nämlich mittlerweile festgestellt, was uns der Staatssekretär auch so bestätigt hat, der bei uns war, Sie waren auch dabei, dass dies kein normales Gesetz ist. Das stimmt, ich habe noch nie so ein Gesetz gesehen wie dieses. Da teile ich seine Auffassung. Aber dann war ich entsetzt, dann hat er gesagt, diese Formalien – die Geschäftsordnung der Landesregierung, Herr Ministerpräsident, halte ich schon für einen wichtigen Grundsatz – haben wir nicht eingehalten. Ob wir da eine Anhörung der Verbände durchgeführt haben, kann ich jetzt nicht so sagen.

(Lorenz Caffier, CDU: Das können die Fraktionen heilen.)

Ja, richtig.

Herr Kultusminister, das, was Sie sich wünschen, bekommen Sie gerade durch das Gesetz, das hier eingebracht worden ist. Übrigens, ich sage noch einmal, wir hätten uns sehr gewünscht, dass es von der Tagesordnung runtergenommen worden wäre, man die Möglichkeit gehabt hätte, miteinander zu diskutieren, wo die Probleme liegen, und dann hätten wir dabei geholfen. So sind wir ja nun auch nicht. Aber das haben Sie gar nicht gewollt. Sie haben das ganze Gesetz hingelegt nach dem Motto: Vogel friss oder stirb! Herr Minister, Herr Ministerpräsident, so geht man mit einem Landtag nicht um, dagegen verahre ich mich!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn innerhalb der Landesregierung kein geordnetes Verfahren stattgefunden hat, dann ist Ihnen, Herr Ministerpräsident, etwas durchgerutscht. Und ich hätte von Ihnen eigentlich erwartet, nachdem bekannt wurde, dass zumindest eine Fraktion in diesem Landtag erhebliche Bedenken anmeldet, dass Sie das noch einmal überprüft hätten. Davon habe ich kein Wort gehört. Die Rechtssicherheit, die wir Schülern und Eltern dringend gönnen, die wir uns wünschen für Schule, ist wichtig. Diese dauernden Änderungen, rein in die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln, ist für alle Beteiligten unerträglich. Diese bekommen Sie so nicht weg und Sie bekommen eins nicht weg, meine Damen und Herren, nämlich den Rechtsstaat.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Wenn nur eine Privatschule unabhängig von Ihren formellen Bedenken klagt und inhaltliche Mängel geltend macht, dann haben Sie das gleiche Desaster wie vorher. Dann sollten Sie, wenn Sie die Bedenken jetzt nachträglich haben und sich sehr eng an die Verfassung halten wollen, dies auch inhaltlich tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das erwarten wir auch von Ihnen.

Meine Damen und Herren, Sie erreichen beim besten Willen – den unterstelle ich – nicht das, was Sie sich und uns hier als Ziel gesetzt haben. Über das Ziel sind wir uns einig, wir brauchen Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Ich fange jetzt da an, wo es am wichtigsten für mich ist, nämlich bei den Schülern. Ich möchte aber auch gern, dass Eltern wissen, was denn nun im Schulgesetz gilt und was nicht, was getan wird und was nicht. Ich wünsche mir, dass Lehrer die Chance bekommen, ihren Beruf so auszuüben, wie sie ihn einmal selbst aus Berufung ausgewählt haben. All das bringt diese Änderung, die gar keine ist, überhaupt nicht.

Und, meine Damen und Herren, was ich sehr bedauere, Sie haben sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, den Fehler, den Sie erkannt zu haben glauben, zu umschreiben. Dass es diese Änderung des Schulgesetzes gibt, mit der wesentliche Inhalte in den Parlamentsberatungen eingebracht worden sind, bei der Sie Bedenken haben, setze ich mal voraus. Obwohl ich dabei meine Zweifel habe, ob es da wirklich Bedenken gibt, meine Damen und Herren. Die Artikel 54 und 55 der Landesverfassung gab es auch schon zu diesem Zeitpunkt. Dass Sie die plötzlich entdeckt haben, können Sie mir nicht erzählen. Dass erst das Landesverfassungsgericht Sie darauf hinweisen musste, dass es die gibt, und Sie diese möglicherweise nicht richtig verstanden haben, das nehme ich Ihnen nun wieder ab.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Zumindest fände ich es doch bedauerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und deswegen, meine Damen und Herren, ein Angebot zur Güte: Wir sollten dieses Gesetz nicht in die Ausschüsse überweisen. Gehen wir zurück auf den Punkt null. Legen Sie ein Gesetz vor, das Rechtssicherheit bringt! Herr Ministerpräsident, diesmal achten Sie bitte darauf, dass Ihre Geschäftsordnung eingehalten wird! Wir haben die herzliche Bitte: Legen Sie ein Gesetz vor, in dem der Casus knacksus umschrieben ist! Das ist zulässig, wenn man feststellt, dass man an einem Punkt einen Fehler gemacht hat. Wir haben in diesem Landtag schon andere Heilungsgesetze beschlossen. Aber bitte nicht das gesamte Schulgesetz mit der Änderung von 1996 heute auf den Prüfstand stellen, meine Damen und Herren! Das gibt keine Rechtssicherheit, das gibt bei den Betroffenen erst richtige Unsicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie wissen nämlich nicht mehr, was dann wirklich gilt.

Herr Kultusminister, natürlich juckt es mir in den Fingern, zu den inhaltlichen Fragen Stellung zu nehmen, die Sie hier angesprochen haben. Aber erstens haben wir in unserer Fraktion erstklassige Schulpolitiker und denen vertraue ich, dass sie das in den weiteren Beratungen dieses Jahres tun werden, und zweitens traue ich Ihnen einfach nicht zu, dass das, was Sie uns hier erzählt haben, wirklich von Ihnen durchgesetzt wird. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Das ist kein persönliches, sondern mehr ein institutionelles Misstrauen. Wir haben Ihre Unterstützung für unsere Anträge sehr vermisst. Wir wollten den Schulen in den Haushaltsberatungen etwas Gutes tun. Wir haben zum Beispiel die Anhebung der Mittel für die Weiterbildung von Lehrern und Mitarbeitern der Schulaufsicht auf insgesamt 1,5 Millionen Euro beantragt.

Warum haben wir das getan? Weil wir wissen, dass Schule auch Weiterbildung für die Beteiligten heißt, dass

Schule nicht ein statischer Prozess ist, sondern Weiterbildung heißt Qualifizierung, und das kommt unseren Kindern zugute. Da haben wir von Ihrer Unterstützung überhaupt nichts gehört. Und das Zweite war, wir sind der dringenden Überzeugung, dass der Förderunterricht nach der Entscheidung der Schulen verstärkt werden muss. Die Lehrer an den Schulen können das viel besser beurteilen als irgendeine Schulaufsicht oder jemand im Kultusministerium. Ich habe hohen Respekt vor Ihren Mitarbeitern, aber die Lehrer sind mir ehrlich gesagt eher qualifiziert, weil sie vor Ort sind. Wir haben 8 Millionen Euro beantragt, das ist viel Geld.

Aber, meine Damen und Herren, wer Bildung in diesem Land voranbringen will, der muss auch Schwerpunkte setzen. Da hätten wir Ihre Unterstützung gebraucht. Und, meine Damen und Herren, machen Sie sich keine Illusionen, diese Themen, die echten Themen, die diesen Schulalltag bewegen, werden wir weiter mit Ihnen diskutieren. Wir können dieses Verfahren nicht gutheißen und wir werden deshalb auch der Überweisung nicht zustimmen können. Meine herzliche Bitte ist: Bitte nicht trotzig sein gegenüber einem Landesverfassungsgericht! Das wirkt ein bisschen so nach dem Motto: Wir nehmen jetzt einen ganz überspitzten Fall und sagen, das kommt dabei heraus. Tun Sie es nicht! Gehen Sie mit uns den Weg von mehr Rechtssicherheit! Ich erkläre mich hier persönlich bereit, und das darf ich für meine ganze Fraktion sagen: Wenn Sie einen vernünftigen Gesetzentwurf einbringen, der den Fehler heilt, den Sie sehen, dann reden wir darüber und werden uns auch einigen können. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Justizminister Herr Selling.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der steht auf meiner Liste nicht drauf. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Minister Erwin Selling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Völlig zu Recht bemerkt Herr Riemann, dass ich nicht auf der Rednerliste stehe. Aber nach dem Beitrag von Herrn Dr. Jäger geht es nicht mehr nur um schulrechtliche Fragen, sondern es geht offenbar auch um verfassungsrechtliche Fragen. Deshalb melde ich mich gerne zu Wort.

Vielleicht eines vorab: Herr Dr. Jäger, Ihre würdige Zusammenfassung der Geschehnisse würde ich nicht für schlampig halten, das ist nicht meine Wortwahl, sondern das haben Sie uns in einem anderen Zusammenhang vorgeworfen. Aber ich würde schon sagen, sie ist sehr stark von der oppositionellen Brille geprägt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, überhaupt nicht. Das ist ja nachweisbar!)

Sie haben uns vorgeworfen, dass die Landesregierung die Geschäftsordnung nicht eingehalten hätte.

(Dr. Ulrich Born, CDU, und
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist gesagt worden, dass mein Staatssekretär das gestern gesagt oder sozusagen zugestanden hätte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist absolut korrekt. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, das ist korrekt.)

Ich habe mit Herrn Dr. Litten geredet. Dr. Litten ist ein sehr zurückhaltender Mann. Er hat mich gebeten, Ihnen seine herzliche Bitte zu übermitteln, ihm nicht das Wort im Munde umzudrehen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee! Dafür gibt es Zeugen! – Dr. Ulrich Born, CDU:
Da waren ja auch Mitglieder des Landtages dabei. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Es ist außerdem gesagt worden, wir würden beim Schulgesetz nicht das normale Verfahren einhalten.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Deutschlandweit einmalig!)

Natürlich nicht!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja!)

Wir setzen mit dem Gesetzentwurf, der Ihnen allen allzu vertraut ist, Vorgaben, Forderungen aus dem verfassungsgerichtlichen Urteil um.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Am Ende, Herr Dr. Born.

Das ist zum Glück nicht der Normalfall.

Zur Lage: Das Schulgesetz gilt und ist anzuwenden! Aber die Diskussion nach der Verkündung des Gesetzes hat doch gezeigt, dass verfassungsrechtliche Unsicherheiten bestehen. Das Landesverfassungsgericht könnte, wenn es angerufen wird, sagen, dieses Gesetz ist von Anfang an nichtig.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben beim Landesverfassungsgericht ein Urteil erstritten,

(Lorenz Caffier, CDU: Da haben Sie Recht. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das war nötig.)

das sagt: Unabhängig von inhaltlichen Regelungen und Festlegungen, an denen hier beim Schulgesetz keinerlei Zweifel bestehen, bei niemandem, kann ein Gesetz allein aus formellen Gründen verfassungswidrig sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

wenn der ursprüngliche Entwurf im Laufe des Verfahrens im Parlament wesentliche Änderungen erfahren hat. Das Verfassungsgericht sagt dazu Folgendes: Die Abgeordneten, vor allem die Opposition, müssen die Möglichkeit haben, alles, was sie zum Gesetz sagen wollen – was Sie, meine Damen und Herren von der CDU, ja auch in den Ausschüssen gesagt haben –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich.)

auch öffentlich hier im Plenum zu sagen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das ist das, was das Urteil sagt. Sie sagen nun, meine Damen und Herren von der CDU, das brauchen wir nicht mehr, das haben wir alles schon getan.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich finde, das ist ein sehr interessanter Kommentar zu dem Urteil, das Sie selbst erstritten haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

mit dem die Richter in diesem einen Punkt auch neue Wege beschritten haben. Offensichtlich haben Ihnen die Richter da mehr gegeben als Sie wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso denn das?! –
Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie, dass ich auf die Frage, die Sie aufgeworfen haben, auch so eingehe, dass Sie es vielleicht zur Kenntnis nehmen können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Vielen Dank!

Ich möchte weder das Urteil noch Ihren Kommentar dazu kommentieren. Ich sage aber, die Konsequenz dieses Urteils ist, dass eine verfassungsrechtliche Unsicherheit besteht, die wir nicht bestehen lassen dürfen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Da bin ich ja mal gespannt, wie!)

Herr Riemann, Sie sagen nun, diese Unsicherheit gibt es nicht. Offenbar hat die rechtliche Prüfung der CDU ergeben, das Schulgesetz ist nicht nur inhaltlich über jeden Zweifel erhaben, ...

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das haben wir nie gesagt! Niemals! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, da sind wir offenbar auf einer Seite.

... sondern Sie sagen außerdem, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und
Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Jetzt reden Sie aber unter Ihrem Niveau! –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sie drehen anderen
das Wort im Munde um! – Zurufe von
Heike Polzin, SPD, und Rainer Prachtl, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, einen Moment bitte.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja
wohl das Gegenteil von seriös!)

Meine Damen und Herren Abgeordneten von der CDU-Fraktion, ich bitte doch jetzt ...

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Minister Erwin Sellering: Ich entnehme Ihrer Reaktion, dass ich da etwas überinterpretiert habe.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, bitte.

Minister Erwin Sellering: Okay.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, bitte beruhigen Sie sich!

Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja
wohl das Gegenteil von seriös!)

Minister Erwin Sellering: Wir sind offenbar bei der verfassungsrechtlichen Frage unterschiedlicher Meinung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nicht nur da. –
Beate Schlupp, CDU: Genau.)

Verfassungsrechtliche Fragen können natürlich sehr trefflich mit unterschiedlichem Ergebnis diskutiert werden. Ich glaube, in kaum einem anderen Bereich lassen sich so viele lukrative Gutachten erstellen, die nicht immer zum gleichen Ergebnis kommen, im Gegenteil.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und
Rainer Prachtl, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, das haben wir gesehen.)

Deshalb kann man ganz deutlich eines sagen: Sicherheit gibt es in verfassungsrechtlichen Fragen erst, wenn die zuständigen Richter entschieden haben.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Alle klugen Gutachten, auch die klugen Gutachten der CDU, spielen dabei keinerlei Rolle.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist auch gut so.
Da sind wir uns einig. Das muss sein! –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

In dem sensiblen Schulbereich meine ich, dass wir alle gut beraten sind, keinerlei Risiko einzugehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir fangen
jetzt erst mit dem KiföG an.)

Deshalb: Sie haben eben einen Vorschlag gemacht, ich mache Ihnen auch einen. Mein Vorschlag an Sie, meine Damen und Herren von der CDU: Wenn Sie sagen, es ist alles ausdiskutiert, dann verzichten wir doch auf eine weitere inhaltliche Diskussion und tun dem Urteil nur in formeller Hinsicht Genüge.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nicht, nein!
Das heißt, die Entmündigung des Parlaments. –
Lorenz Caffier, CDU: Genau das haben Sie
ja in der Landesregierung gemacht, indem
Sie schludrig gehandelt haben!)

Wenn wir das täten, Herr Glawe, hätten Sie weniger Zeit, die Debatte mit Ihrem Lacher zu bereichern, das ist schon richtig. Lassen Sie uns doch mit dem geringstmöglichen Aufwand

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

größtmögliche Sicherheit für alle Betroffenen herstellen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nee! So kann
man mit dem Parlament nicht umgehen.)

Sie sagen, ...

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie erteilen
diesem Gesetz die Generalabsolution!)

Moment! Moment! Sie sagen – und jetzt kommen wir zu einem ganz wichtigen Punkt –, das ist nicht nötig, denn wir, die CDU, sind nicht dieser Auffassung, wir werden nicht ans Landesverfassungsgericht gehen, wir werden nicht sagen, dass das nicht ordnungsgemäß ist.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Dazu möchte ich Ihnen, nachdem uns Herr Riemann neulich lateinisch gekommen ist, da war irgendwie vom Ochsen die Rede,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

mit einem französischen Spruch antworten: „Honi soit qui mal y pense.“ Das steht auf dem Hosenbandorden und das heißt: „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, können nicht nur Sie das Verfassungsgericht anrufen, sondern alle mit Ihnen freundschaftlich verbundenen Menschen, die durch das Schulgesetz betroffen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Ministerin Sigrid Keler – Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich, das habe ich doch eben gesagt.)

Deshalb sage ich noch einmal: Lassen Sie uns doch gemeinsam für Sicherheit sorgen! Damit bin ich mit der Rede am Ende.

Herr Dr. Born, wenn Sie noch eine Frage haben, würde ich sie gerne beantworten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Dr. Born, fragen Sie bitte.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, können Sie hier vor dem Landtag bestätigen, dass das Gesetzgebungsverfahren des heute vorliegenden Gesetzes unter Beachtung der Geschäftsordnung der Landesregierung ordnungsgemäß durchgeführt worden ist, insbesondere die vorgesehene Anhörung der Verbände und anderer Beteiligten ordnungsgemäß stattgefunden hat? Können Sie uns bitte in diesem Zusammenhang sagen, wie Sie zu der Aussage kommen, wir sollten nicht die Worte des Staatssekretärs, die er vor rund 20 Mitgliedern des Landtages gestern gebraucht hat, hier verdrehen?

Minister Erwin Sellering: Wie bereits gesagt, war gestern mein Staatssekretär zu dieser Frage bei Ihnen und hat Ihnen vorgetragen, was seine Prüfung ergeben hat. Ich habe eben mit ihm telefoniert und habe gesagt, hier wird gesagt, dass er gesagt hätte, dass hinsichtlich der Frage, ob wir die Geschäftsordnung eingehalten haben, zugestanden worden sei, dass das nicht der Fall sei. Daraufhin hat er mir gesagt, so war das nicht,

(Heiterkeit bei Lorenz Caffier, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

sondern er ist gefragt worden: Wie ist das denn, wenn die Geschäftsordnung nicht eingehalten ist? Er hat mir geschildert, dass er daraufhin dargestellt hat, dass, selbst wenn die Geschäftsordnung nicht eingehalten worden wäre, es keine negativen Folgen hätte, dass die Diskussion weitergegangen und dann klar geworden ist, dass nach seiner Würdigung die Geschäftsordnung eingehalten worden ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Was ist denn das für eine Pirouette?! – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Und was stimmt jetzt nicht?!)

Ich gebe hier die Würdigung des Staatssekretärs wieder. Wenn Sie mit mir persönlich in eine vertiefte Diskussion darüber eintreten wollen, würde ich das gerne bei gegebener Gelegenheit machen. Ich gebe zu, dass sich bisher der Staatssekretär in erster Linie eingearbeitet hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine weitere Anfrage des Abgeordneten?

Minister Erwin Sellering: Ja, natürlich.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, da Sie gerade gesagt haben, dass Sie bereit sind, mit uns in die Diskussion einzutreten, wären Sie bereit, den ersten Teil meiner Frage zu beantworten, ob die Geschäftsordnung der Landesregierung bei diesem Gesetzgebungsverfahren eingehalten worden ist?

Minister Erwin Sellering: Nach dem, was mir der Staatssekretär als Ergebnis seiner Prüfung gesagt hat, gehe ich davon aus, dass das so ist.

(Zuruf von der CDU: Aua! Aua!)

Ich gehe im zweiten Teil davon aus, dass es nicht darauf ankommt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, jetzt haben wir was fürs Protokoll!)

Wie gesagt, wir können gerne darüber diskutieren.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born?

Minister Erwin Sellering: Bitte.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, ich frage Sie als Mitglied der Landesregierung, Sie werden mir sicherlich zugestehen, dass der Staatssekretär nicht Mitglied der Landesregierung ist, ob die Geschäftsordnung der Landesregierung aus der Sicht des für die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zuständigen Ministers eingehalten worden ist? Ich gehe davon aus, dass Sie diese Frage beantworten können, ohne dass Sie das weiter überprüfen müssen, denn Sie sind bei dem Gesetzgebungsverfahren sicherlich ordnungsgemäß beteiligt gewesen.

Minister Erwin Sellering: Das Ministerium ist beteiligt gewesen. Wir haben an dem Verfahren im Ergebnis keine Zweifel daran, dass wir als Landesregierung das Gesetz so in den Landtag einbringen können. Was immer es an Besonderheiten im Verfahren gibt, ist selbstverständlich dadurch bedingt, dass das Verfassungsgericht uns mit diesem Urteil Vorgaben gemacht hat, wo wir sagen, da müssen wir nachträglich etwas machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Dass das nicht der normale Ablauf eines Gesetzgebungsverfahrens ist, ist doch selbstverständlich, weil wir etwas reparieren wollen. Das, glaube ich, ist klar.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt noch eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Caffier?

(Reinhard Dankert, SPD: Es ist nur eine Nachfrage gestattet!)

Minister Erwin Sellering: Gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Caffier, fragen Sie.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Nachfrage zur Frage des Gesetzgebungsverfahrens: Ihre regierungstragende Fraktion, die Regierung, hat uns ja mitgeteilt, dass wir ein neues Gesetz erhalten haben. Jedenfalls sind Sie dabei, uns das verständlich zu machen. Ist Ihnen als Mitglied der Landesregierung bekannt, dass Sie für ein neues Gesetz, welches Sie dem Landtag zuleiten, auch die dementsprechenden Anhörungen durchführen müssen? Ja oder nein?

Minister Erwin Selling: Ich habe, glaube ich, mit meinem Beitrag doch deutlich gemacht –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein!)

das hat auch der Bildungsminister deutlich gemacht, dass es uns darum geht –, dass wir ein sehr gutes Schulgesetz verabschiedet haben, das bereits in Kraft getreten ist, und dass wir natürlich zu diesem Gesetz stehen. Ich habe deutlich gemacht, dass es aber eine Entscheidung des Landesverfassungsgerichts gibt, die uns Anlass gibt zu prüfen, ob dieses Gesetz so zu Stande gekommen ist, dass es einer verfassungsgerichtlichen Überprüfung standhält. Deswegen sagen wir, wir werden dieses Gesetz sicherheitshalber neu beschließen, um diese verfassungsrechtlichen Fragen zu klären. Daraus erklären sich alle Besonderheiten des Verfahrens. Ich meine, dass wir hier im Landtag vielleicht nicht in eine detaillierte rechtliche Diskussion eintreten sollten. Dazu hat gestern der Staatssekretär zur Verfügung gestanden und dazu stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine weitere Anfrage des Abgeordneten Caffier?

Minister Erwin Selling: Ja, solange wir uns jetzt nicht zu sehr verzetteln.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Minister, ich verspreche, es ist die letzte Nachfrage. Die Abgeordneten haben ja auch eine Problematik, wir müssen uns auch mit dem Deckblatt des Gesetzes befassen. Auf dem Deckblatt des Gesetzes steht, dass wir ein neues Schulgesetz erhalten und dass die Rechtssicherheit gegeben werden soll. Wenn für Sie Rechtssicherheit über allem steht, gilt die Rechtssicherheit sowohl für die Abläufe im Parlament als auch für die Abläufe in der Landesregierung?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Und deswegen die ganz klare Frage von der Fraktion: Sind die Abläufe innerhalb der Landesregierung, die für eine Gesetzgebung, und zwar unabhängig davon, ob man das Gesetz jetzt zum fünften Mal neu einbringt oder zum zweiten Mal, eingehalten worden?

Minister Erwin Selling: Ich sehe bei den Abläufen innerhalb der Landesregierung keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass wir mit dem neu beschlossenen Gesetz, wenn es denn hier durchgelaufen ist, Schwierigkeiten beim Landesverfassungsgericht bekommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Mešt'an, Die Linkspartei.PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wieder keine Aussage. Jetzt ist Schluss!
Also die Eierei geht nicht!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Die CDU-Fraktion hat um eine Unterbrechung wegen Beratungsbedarf gebeten. Ich unterbreche die Landtags-sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung: 12.43 Uhr

Wiederbeginn: 12.57 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und wir werden in der Aussprache fortfahren.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD. Bitte, Frau Polzin.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich räume ein, heute geht mein zweitschlimmster Alptraum in Erfüllung. Der heißt, dass nach den Mühen des Gesetzgebungsverfahrens, das wir alle mehr oder weniger eng miterlebt haben, das ganze Thema noch einmal aufgemacht werden muss. Ich räume ein, das habe ich mir mit Sicherheit nicht so gewünscht. Ich war der Auffassung, dass wir nach den gemeinsamen Anstrengungen und den umfassenden tagelangen Anhörungen von Betroffenen ein Paket schnüren, das zwar nicht inhaltlich zu 100 Prozent fraktionsübergreifend getragen wurde, aber in wesentlichen Teilen. Rund die Hälfte der Anträge sind von der CDU mitgetragen worden, gerade im Hinblick auf Selbstständigkeit von Schule und so weiter. Ich bin davon ausgegangen, weil wir – und das muss ich jetzt einfach auch einmal sagen – das Risiko dieses ungewöhnlichen Gesetzgebungsverfahrens während der Beratungen sehr wohl gesehen haben. Das hat sich unter anderem daran festgemacht, dass wir im Ausschuss immer wieder offen gehalten haben, dass es eventuell eine Dritte Lesung geben müsste, denn uns allen war klar, dass nach der Ersten Lesung und der ersten Anhörung die daraus entstehenden wesentlichen Änderungen schon eine Besonderheit darstellen. Wir wollten damit gesetzeskonform umgehen. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Beratung, wo wir auf gleicher Augenhöhe mit allen drei Fraktionen davon überzeugt waren, dass wir den rechtlich richtigen Weg gehen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Und nun nicht mehr?!)

Das war bis zum Schluss der Beratungen am 22. Juni immer noch so, was mit dem 07.07., also der Urteilssprechung des Landesverfassungsgerichts, schon ein bisschen in die Verunsicherung gesteuert wurde, und zwar gerade in dem Punkt, was bei wesentlichen Änderungen eines parlamentarischen Verfahrens passieren muss.

Die erneute Grundsatzdebatte ist genau der Punkt, bei dem wir heute sagen müssen, wir sind zwar davon ausgegangen, dass das über die öffentlichen Anhörungen in Ordnung war, nichtsdestotrotz würde ich mich nicht hier hinstellen und sagen wollen: Und jetzt sind wir sicher. Ich bedanke mich zwar dafür, dass wir als Parlamentarier schon ein bisschen das Gefühl haben, dass weniger Spielräume vorhanden sind, als wir es eigentlich gewöhnt sind, aber ich meine auch, Recht haben und Recht bekommen sind zweierlei Dinge. Ich weiß nicht, ob es für uns so wesentlich ist, dass unsere persönlichen Befindlichkeiten hier eine Rolle spielen, oder ob für uns nicht wirklich eins Vorrang haben muss: die Sicherheit für den nächsten Schuljahresbeginn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich räume ganz offen ein, ich habe nie die Gefahr gesehen, dass die CDU wegen des Schulgesetzes vor das Landesverfassungsgericht zieht. Es gab immer Absprachen, auf die ich vorhin verwies. Niemand in diesem Raum kann garantieren, dass das passieren wird zu Beginn des nächsten Schuljahres, was eigentlich immer passiert: Eltern und Schulträger klagen vor dem Verwaltungsgericht und fordern, dass ihre 5-, 6-Schüler-Klassen weiterhin vorgehalten werden.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das wird sich aber trotzdem nicht verändern.)

Erinnern wir uns bitte, wie auch im Zusammenhang mit dem Verfassungsurteil Verwaltungsgerichte urteilen. Sie haben im Grunde immer den Status quo aufrechterhalten und immer dafür gesorgt, dass im Hinblick auf eine ausstehende Urteilsfällung Dinge nicht in Gang gekommen sind. Ich sage an dieser Stelle, auch wenn das heute mein zweitschlimmster Alptraum ist:

(Torsten Renz, CDU: Welches ist denn der schlimmste?)

Dass wir das ganze Verfahren noch einmal aufmachen müssen, ist mein allerschlimmster, dass wir diesen Weg nicht gehen im guten Vertrauen darauf, dass wir richtig gehandelt haben.

Und genau das passiert zum nächsten Schuljahresbeginn: Eltern melden ihre Schüler an einem Gymnasium Klasse 5 an,

(Minister Dr. Till Backhaus: Das will die CDU ja! Das wollen sie ja!)

weil sie der Auffassung sind, dass das Gesetz irgendwo seine Lücken hat. Klassen mit 5, 6 Schülern werden wiederum eingeklagt, Schulen in freier Trägerschaft versuchen wieder, andere Regelungen durchzuziehen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das werden sie trotzdem tun! Das werden sie trotzdem tun! Es gibt ein ... – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

weil das Schulgesetz in Frage gestellt wird. Mit anderen Worten: Wir könnten da draußen ein Chaos organisieren. Das ist für mich der größte Alptraum und den würde ich gerne verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Torsten Renz, CDU: Wieso eigentlich Alptraum?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Urteilsprechung des Landesverfassungsgerichtes zum Doppelhaushalt hat ein paar Auswirkungen, die wir uns in der Tat noch einmal als Parlament und an geeigneter Stelle – ich sehe da vor allem auch in Selbstbefassung den Rechtsausschuss mit all seinen zusätzlichen Funktionen – ansehen müssen. Wir müssen in der Tat gucken, was darf das Parlament. Wir müssen uns auch das ansehen, was wir vielleicht jahrelang gar nicht so sehr ernst genommen haben, aber das Urteil stößt uns darauf. Unsere Verfassung ist eine besondere. Es gibt nur zwei Bundesländer – also eins außer uns –, die schon in der Verfassung festgeschrieben haben, wie ein Gesetzesverfahren abzulaufen hat. Andere regeln das über ihre Geschäftsordnung und sind vor Gericht dann, denke ich, sattelfester als wir.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Dieses ist alles eigentlich lange bekannt. Aber die Diskussion, dass das einmalig in der Bundesrepublik ist, hat natürlich auch etwas damit zu tun. Wenn wir uns hier im Parlament einig sind, dass Rechtssicherheit, Sicherheit für Schüler, für Eltern, für Lehrer, für Träger vor Ort, oberste Priorität hat, kann ich Sie nur eindringlich bitten: Versuchen Sie, mit uns gemeinsam diesen formalen Akt zu vollziehen!

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Wir vollziehen keine formalen Akte.)

Wir haben es selbst in der Hand, wie schwer wir uns damit gegenseitig tun. Wir tun es nur deshalb, weil wir diese Rechtssicherheit wollen, denn ich, das sage ich ganz offen, habe an dieser Stelle keine Lust mehr, all die Inhalte, all die Konsequenzen des Schulgesetzes zu diskutieren. Uns kann es doch vielmehr nur darauf ankommen, dass wir das nächste Schuljahr vernünftig vorbereiten, das heißt, dass die Qualifikation der Lehrer erfolgt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Natürlich, das wollen wir auch.)

die schon auf gutem Weg ist, dass die Umsetzung der Förderstunden auf der richtigen Bahn ist, dass die finanziellen Voraussetzungen sitzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, das wollen wir auch.)

Das ist das, was mich im Moment bewegt, und das andere ist ein notwendiges, ein wirklich notwendiges Übel.

Ich beantrage für die SPD-Fraktion die Überweisung in die Fachausschüsse gemäß Drucksache und kann Sie nur bitten, dass Sie diesen Weg mit uns kollegial gehen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es reizt mich natürlich, zu einer sowohl umfänglichen bildungspolitischen Grundsatzrede wie auch zu einer verfassungsrechtlichen Grundsatzrede anzusetzen. An der Stelle möchte ich dem Bildungsminister für seine Rede danken, der in den dargelegten Schwerpunkten noch einmal deutlich gemacht hat, warum die entsprechenden gesetzlichen Regelungen im Bildungsgesetz für die weitere Entwicklung des Schulsystems in unserem Land so wichtig sind. Selbst wenn wir in Einzelfragen unterschiedlicher Auffassung sind, so ist doch im Rahmen der Umsetzung dieser Fragen vor Ort ein großes Engagement der Lehrerinnen und Lehrer auch jetzt zu verspüren. Dafür möchte ich den vor Ort Tätigen schon an dieser Stelle danken, auch wenn sie nach wie vor viele Fragen haben und das etwas unübersichtliche Verfahren,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Unübersichtliches Verfahren!)

so will ich es jetzt einmal formulieren, wieder zu mehr Verwirrung beiträgt als zu Klarheit.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Die Situation ist allerdings so, dass wir im Interesse von Schülerinnen und Schülern, und da greife ich das Wort des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion auf, die entsprechende Sicherheit herstellen wollen und müssen. Das ist das, was das Ansinnen der Landesregierung ist und was auch im Interesse von uns Parlamentariern sein sollte. Von daher unterstützt meine Fraktion das Ansinnen, dieses in einer Ersten und einer Zweiten Lesung durchzuführen.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS war für die Einführung von längerem gemeinsamen Unterricht. Daran hat sich nichts geändert und wir werden uns auch in den nächsten Monaten darum sorgen müssen, dass die Vorbereitung des Schuljahres vernünftig erfolgt. So weit vielleicht zu dem ersten Teil.

Jetzt zum zweiten Teil, wo ich meine, dass der Anlass vielleicht auch wirklich nicht der geeignetste ist, verfassungsrechtliche Fragen wie die Grundsatzfrage, was kann denn überhaupt der frei gewählte Landtag im Rahmen seiner Entscheidungskompetenzen, seiner verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten alles tun, zu diskutieren.

Wenn ich den Paragraphen 48 der Geschäftsordnung nehme, in dem steht: „In der Ersten Lesung werden in der Regel“ – in der Regel, also auch nicht immer – „die Grundsätze des Gesetzentwurfs beraten. Änderungsanträge zu Gesetzentwürfen sind vor Schluss der ersten Beratung nicht zulässig, zu Staatsverträgen überhaupt nicht zulässig“,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, das ist so.)

taucht die verfassungsrechtliche Frage auf, wie denn überhaupt Gesetze geändert werden können. Das geht nur, indem Änderungsanträge in die entsprechenden Ausschüsse eingebracht werden. In der Ersten Lesung geht es überhaupt nicht.

Und auch das, was Änderungsanträge nach der Geschäftsordnung beinhalten, ist ziemlich weit reichend, denn da heißt es im Absatz 1 des Paragraphen 57: „Anträge, die den Wortlaut der Vorlage ändern oder ergänzen sollen“. Die Vorlage im Sinne der Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses ist ein Gesetzentwurf. Ergänzungen dieses Gesetzentwurfes sind Änderungsanträge. Von daher, denke ich, ist schon darüber zu diskutieren, ob das, was aller Orten jetzt an Interpretation dieses Verfassungsgerichtsurteils unterschiedlichster Art und Weise vollzogen wird, tatsächlich auch so haltbar und so die Sichtweise des Parlaments selbst ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Das allerdings am Schulgesetz auszutragen, halte ich vor dem Hintergrund dessen, was die Regelungsdichte und die Regelungsnotwendigkeiten betrifft, für wenig dienlich. Von daher wird wahrscheinlich eine zügige Beratung dieses vorliegenden Gesetzentwurfes der Sache eher gerecht als eine weitere Verschärfung der Unsicherheiten, so kompliziert dieses Unterfangen auch ist.

Ich will das bei Herrn Jäger und bei Frau Polzin noch einmal aufgreifen: Wir als Parlament müssen die geeigneten Formen und Bewegungsmöglichkeiten finden, um über das zu reden, was wir in Umsetzung der Landesverfassung in unserer Geschäftsordnung als für verfassungsrechtlich denkbar und lösbar halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS –

Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –

Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich will Ihnen erklären, warum wir eine Auszeit brauchten. Sie werden merken und das ist durch die beiden Redner, die jetzt gesprochen haben, sehr deutlich geworden, hier gibt es eine weite Übereinstimmung des Parlaments, dass man Sicherheit, Rechtssicherheit haben will.

Wir haben uns überlegt, wie kann man das machen. Wir müssen leider bei dem Vorschlag bleiben, den ich Ihnen gemacht habe, die Landesregierung aufzufordern, den Teil, den sie für bedenklich hält an dem gesamten Schulgesetz, zu benennen. Und das ist das, Frau Polzin, Sie haben es gesagt, was schwierig diskutiert worden ist, was aber in einer wirklichen Abstimmungsrunde in Ihrem Ausschuss gelaufen ist. Und wenn die Landesregierung Zweifel hat, dass dieses verfassungsgemäß gewesen ist, dann bitten wir darum, dass sie genau dieses beschreibt, und dann werden wir dabei sein und werden dieses Verfahren heilen.

Was jetzt stattfindet, und Herr Kollege Bluhm, das ist auch meine Meinung, ich habe so ein bisschen den Eindruck, als ob wir uns als Parlament jetzt langsam unserer Haut wehren müssen. Ich habe den Eindruck, dass die Landesregierung mit sehr viel Fleiß daran arbeitet, das Verfassungsgerichtsurteil so auszulegen, damit wir möglichst wenig Spielräume haben als Parlament. Und das geht mit uns nicht. Das geht nun wirklich mit uns nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Minister Dr. Till Backhaus: So ist
das mit den Geistern, die man rief!)

Ich glaube, wir drei, die wir hier als Abgeordnete gesprochen haben ...

(Die Abgeordnete Heike Polzin
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Darf ich das am Ende machen, weil ich sehr wenig Zeit habe?

Wir drei, die wir hier als Abgeordnete gesprochen haben, haben ein Ziel, und das heißt wirklich Rechtssicherheit und dass Schule sich weiterentwickeln kann. Und wenn die Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht hätte, hätten wir einen solchen Gesetzentwurf und dann wäre er heute in der Ersten Lesung in der Grundsatzberatung durchgesprochen worden.

Meine Damen und Herren, dass die Landesregierung es damit gar nicht so ernst meint, wird an Folgendem klar: Das, was der Kultusminister vorgetragen hat, hätte er irgendwo auf einer interessanten Lehrertagung halten können. Das war keine Grundsatzdebatte des Schulgesetzes. Das war ein Bericht, wo stehen wir, wo könnten wir stehen. Aber das war nicht das, was der eigene Gesetzentwurf der Landesregierung enthält.

Was der Justizminister geboten hat, Herr SELLERING, zeigen Sie mir, ich habe sonst häufig sehr viel Respekt vor Ihrer Arbeit, aber da hatten Sie heute wirklich einen schlechten Tag, tut mir Leid.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie wirklich glauben, dass Sie der Frage ausweichen können, ob Ihre eigene Geschäftsordnung eingehalten worden ist oder nicht, dann sind Sie, lieber Herr Justizminister, auf dem Holzweg. Das hätten Sie bis heute Morgen klären können, nachdem Ihr Staatssekretär Ihnen sicher berichtet hat, dass er gestern dazu gefragt wurde und es, das sage ich einmal deutlich, eine wie hier vorgebrachte Auskunft gegeben hat, und nichts mit Wortumdrehungen und so weiter stattgefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Als Letztes, meine Damen und Herren, werbe ich noch einmal für ein Verfahren, das Rechtssicherheit bringt. Dieses Verfahren erzeugt doch erst die Unsicherheit.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie haben hier keine Grundsatzdebatte zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung geführt, sondern Sie haben dazu geredet, dass alles beim Alten bleiben soll. Das ist okay, das kann man machen. Aber Grundsatzdebatte heißt, dass die wesentlichen Gesichtspunkte in freier Rede hier in diesem Landtag von denjenigen, die etwas davon verstehen, vorgetragen werden. Diejenigen, die vor mir gesprochen haben, haben etwas davon verstanden, das habe ich gemerkt, aber sie haben sich zur Sache gar nicht geäußert, wir haben es nicht debattiert.

Jetzt würden wir in eine Ausschussberatung gehen ohne eine erste Grundsatzberatung. Wenn der Justizminister hier Recht hätte, Herr Justizminister, dann müssten Sie jetzt den Arm heben und sagen, bitte tut das nicht, denn das wäre der Ansatz genau für die Verfassungswidrigkeit, die Sie sehen. Hier beißt sich, lieber Herr Justizminister, die Katze in den Schwanz, die Sie uns hier vorgeführt haben. Das geht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich weiß, dass da in der Landesregierung etwas schief gelaufen ist. Das haben Sie auch irgendwo eingeräumt. Aber, meine Damen und Herren, das lassen wir uns – ich bitte um Zustimmung, dass ich „wir“ sagen darf – nicht gefallen als Abgeordnete. Es gibt keine Gesetze minderer und höherer Qualität. Wenn dieser Landtag ein Gesetz diskutiert, ein Gesetz berät und endgültig beschließt, ist dies das oberste Organ. Wenn wir beschließen, sind wir Gesetzgeber. Da gibt es nicht etwas, was Sie für minder einstufen und was Sie für höher einstufen, sondern das ist Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und daran, meine Damen und Herren, so steht es im Grundgesetz, sind wir alle gebunden.

Deswegen muss ich Ihnen leider sagen, wenn Sie diesem Vorschlag, den ich Ihnen schon bei meinem ersten Beitrag unterbreitet habe und für den ich noch einmal herzlich werbe, nicht folgen können, werden wir etwas tun, was wir ungern tun, nämlich ausnahmsweise auch die Überweisung ablehnen, weil das so verkorkst ist, das können Sie in den Ausschüssen nicht mehr bereinigen. – Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Minister Dr. Till Backhaus: Hurra, hurra, hurra!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Frau Abgeordnete, fragen Sie.

Heike Polzin, SPD: Herr Dr. Jäger, wenn Ihr Vorschlag, nur die wesentlichen Änderungen zum Bestandteil der Gesetzesnovelle zu machen, so fortgesetzt wird, ist dann nicht zu befürchten, dass aufgrund der Fülle der wesentlichen Veränderungen – in Klammern: ich habe mich mit dem Thema durchaus intensiv beschäftigt, aber selbst ich könnte aus dem Ärmel nicht sagen, ob es 31 oder 35 werden – bei diesem Gesetzesverfahren eine erneute Unsicherheit schon allein dadurch auftreten könnte, dass man sich bei „wesentlich“ und „unwesentlich“ nicht sicher sein kann, was trifft überhaupt zu?

Dr. Armin Jäger, CDU: Die Frage kann ich mit einem uneingeschränkten Ja beantworten, dass Sie neue Rechtsunsicherheit bekommen. Die bekommen Sie immer, wenn Sie mit unbestimmten Rechtsbegriffen – da ist der Justizminister vom Amt besser dazu berufen als ich – umgehen, denn was wesentlich und was nicht wesentlich ist, ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der mit Leben gefüllt werden muss.

Und da sage ich, genau das werfe ich der Landesregierung vor. Sie hätte die Begriffe „wesentlich“ und „nicht wesentlich“ deutlich machen müssen, hätte danach das Gesetzgebungsverfahren überprüfen müssen und nicht diese lockere Art, mit unserer Verfassung umzugehen. Sie beginnt einfach damit, ab 1996 machen wir alles mal, die Abgeordneten werden es ja nicht merken, was wesentlich und was nicht wesentlich ist. Genau, Frau Kollegin Polzin, das ist es. Und das bedarf aber auch einer eingehenden Diskussion, Herr Ministerpräsident, in einem Kabinett. Genau darum haben wir gefragt: Ist denn das normale Kabinettsverfahren, nämlich mit erster Staatssekretärsrunde, zweiter, dann rein ins Kabinett und dazwischen die Anhörung der Verbände, durchgeführt worden? Für uns sind das keine Formalien, sondern Bausteine für die Richtigkeitsgewähr der Arbeit der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine weitere Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Frau Polzin, fragen Sie.

Heike Polzin, SPD: Herr Dr. Jäger, würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass der so genannte Ausfall einer Debatte, die Sie eben angemahnt haben, auch damit zusammenhängt, dass Sie als Opposition Ihr Recht nicht wahrgenommen haben, zur Sache zu sprechen, zum Inhalt?

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Kollegin, die Frage muss ich unbedingt beantworten, denn auch ich als ein nicht spezialisierter Politiker im Bereich Schulrecht – Sie wissen, dass meine Interessengebiete bisher etwas anders lagen, aber wir haben da auch schon gemeinsam die Klagen gekreuzt mit Herrn Bluhm, entsinnen Sie sich noch, das war so – habe mich erst einmal genau in die Materie eingearbeitet. Deswegen haben Sie von mir Ausführungen gehört, die durchaus zur Sache waren, die aber natürlich eine andere Qualität hatten. Ihre waren genau so, als hätte die Landesregierung mit Fug und Recht und Ernst gesagt, sie wolle das gesamte Gesetz zur Debatte und zur Disposition stellen.

Der Justizminister hat sehr viel deutlicher als sein eigentlicher Fachkollege gesagt, das wollten wir ja gar

nicht. Wir wollten ja keine. Und Sie wissen selbst, wie es gelaufen ist. Wenn wir zwei Tage Landtag gehabt hätten, liebe Frau Kollegin, dann wäre es so gewesen, dass Sie versucht hätten, die Ausschussberatungen noch in die Landtagssitzung zu ziehen und das Ding durchzuziehen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Natürlich nicht! Natürlich nicht! –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

So war es uns signalisiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber wie gesagt, ich teile Ihre Auffassung, wenn die Landesregierung oder Sie in Ihren Fraktionen Interesse daran gezeigt hätten, mit der Opposition noch einmal grundsätzlich die Fragen der Schulgesetznovelle zu besprechen – wir haben es jetzt präzisiert, wo offenbar aus der Sicht der Landesregierung der Fehler liegen könnte –, wenn es gewollt gewesen wäre, hätten wir dazu gerne etwas gesagt. Aber dieses war ja überhaupt nicht möglich. Ich habe es noch im Ohr, was der Justizminister gesagt hat. Deswegen sage ich, er hatte keine Sternstunde. Er hat gesagt, nun seht mal zu, dass ihr damit fertig werdet. Das würde der Justizminister so nicht sagen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

aber so habe ich es verstanden. Meine Damen und Herren, dieses „Vogel friss oder stirb“ darf nicht Marke dieses Landtages werden. Bitte nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig. Genau.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/1910 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Finanzausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Damit ist der Überweisungsvorschlag ...

(Minister Dr. Till Backhaus:
Enthaltungen fehlen noch!)

Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der Linkspartei.PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 14.20 fortgesetzt. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 13.22 Uhr

Wiederbeginn: 14.25 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf der Drucksache 4/1922 vor.

Fragestunde **– Drucksache 4/1922 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Bitte schön, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

1. Ist nach Auffassung der Landesregierung die Befahrbarkeit der Brückenbauwerke für landwirtschaftliche Großtechnik (Mährescher und Traktoren mit einer erforderlichen Breite von bis zu 3,90 Meter) im III. Bauabschnitt der A 241 gewährleistet?

Das ist die Frage 1.

Minister Dr. Otto Ebnert: Herr Abgeordneter Dr. Born, die Befahrbarkeit ist teilweise gewährleistet. Wir haben insgesamt neun Brücken, um die es geht. Vier Brücken sind breiter als 3,90 Meter. Da ist die Befahrbarkeit auf jeden Fall gewährleistet. Fünf Brücken haben eine geringere Breite als die 3,90 Meter und da gibt es die Probleme.

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich darf die zweite Frage stellen. Sie lautet:

2. Welche Berücksichtigung fanden die Schreiben des Rechtsanwaltes der Zürow-Krassow GbR vom 08.08.2005 an das Wirtschaftsministerium, des Landesbauernverbandes vom 12.08.2005 an den Wirtschaftsminister und des Landesbauernverbandes vom 02.09.2005 an den Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei in den Plänen zur Realisierung der Überführungsbauwerke und wann wurden entsprechende Antwortschreiben seitens des Wirtschaftsministeriums bzw. des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei an den Landesbauernverband versandt?

Sicherlich können Sie dann auch über den Inhalt der Schreiben gleich etwas sagen.

Minister Dr. Otto Ebnert: Herr Dr. Born, jetzt muss ich ein bisschen ausholen.

Die Straßenbauverwaltung des Landes ist beim Bau der Autobahn – und hier geht es ja um den Autobahnbau – Auftragsverwaltung des Bundes. Die Auftragsverwaltung des Bundes hat sich an das Regelwerk des Bundes zu halten, sie macht es ja im Auftrag. Da wurde die Planung für die Autobahn einschließlich dieser Brücken gemacht. Die Planung war etwa Ende des Jahres 2001 fertig und wurde November/Dezember 2001 in einem ganz normalen Verfahren öffentlich ausgelegt. Es haben sich viele gemeldet und ihre Einwände gegen diese Planungen vorgetragen. Landwirte, die den Einwand vorgetragen haben, die Brücke ist zu schmal für meine Fahrzeuge, wurden berücksichtigt. Den Einwänden wurde entsprochen, die Brücken wurden breiter gebaut.

Der Landwirt, um den es jetzt hier geht, hat damals auch Einwände vorgebracht. Die bezogen sich aber auf ganz andere Punkte, nicht auf die Breite der Brücken. Dazu hatte er keinen Einwand. Jetzt muss man als Verwaltung natürlich annehmen, dass er damit einverstanden

ist, wenn er zwar gegen etwas anderes etwas sagt, aber dieses nicht moniert.

Dann ist das Ganze ins Planfeststellungsverfahren gegangen. Am Ende des Planfeststellungsverfahrens wurde der Beschluss wieder ausgelegt, denn er ist ja öffentlich zugänglich. Er konnte wieder einsehen und feststellen, was da gemacht worden ist. Es kam wieder keine Reaktion. Dann wurde abschnittsweise zwischen Januar und April mit dem Bau dieser Brücken, um die es geht, begonnen. Es kam wieder nichts. Am 8. August des Jahres 2005 meldete sich dann der Anwalt dieses landwirtschaftlichen Betriebes und sagte, die Brücken sind zu schmal für meinen Mandanten. Die Brücken waren noch im Bau. Der Bau ist weit fortgeschritten, in ein paar Wochen werden diese fertig gestellt und übergeben. Man muss natürlich dann auch sagen, er hatte Möglichkeiten, sein Petition vorzutragen, sein Anliegen vorzutragen. Er hat alle Chancen, die er hatte, nicht genutzt. Wenn man sich meldet und die Brücke schon fast fertig ist, dann ist es irgendwann zu spät. Und genau vor dieser Situation stehen wir.

Wir haben aber öfter den Fall, diesen Fall sieht das Regelwerk des Bundes auch vor, dass es unverhältnismäßig teuer wäre für einen Landwirt, eine Brücke zu bauen. Da geht es um hunderttausende von Euro. Wenn es ein Landwirt ist, ist es kostengünstiger, ihm für den Umweg, den er fahren muss, einen finanziellen Ausgleich zu geben. Er hat dann in der Tat höhere Kosten und dafür ist ein finanzieller Ausgleich vorgesehen. Dieser finanzielle Ausgleich wurde ihm jetzt angeboten. Dieser finanzielle Ausgleich ist nach dem Regelwerk des Bundes möglich und darüber wird jetzt gesprochen.

(Siegfried Friese, SPD: Sehr gut.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine Nachfrage? (Zustimmung)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, verstehe ich Sie richtig, dass es preiswerter ist, den Ausgleich zu zahlen, und dass es sowohl technisch als auch finanziell ein unverhältnismäßiger Aufwand wäre, die Brückenverbreiterung jetzt, nachdem der Bau begonnen wurde, nachträglich noch vorzunehmen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Das ist eine große Diskrepanz, ein großer Unterschied zwischen den Beträgen, um die es hier geht. Es wäre völlig unverhältnismäßig, jetzt die Brücken noch einmal als Bauwerk in Frage zu stellen. Der Ausgleich ist wesentlich günstiger.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie noch eine weitere Nachfrage?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Eine zweite Zusatzfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die bezieht sich noch einmal auf die zweite Frage. Sie hatten mir eben erklärt, dass Sie jetzt, wenn ich das richtig verstanden habe, im Gespräch mit dem Antragsteller oder Petenten sind. Das heißt dann wohl auch, dass damit die Schreiben, die ich hier in der Anfrage zitiert habe, inzwischen beantwortet sind?

Minister Dr. Otto Ebnet: Die Schreiben sind beantwortet worden. Sie sind förmlich beantwortet worden, aber sie sind auch durch Tatsachen beantwortet worden, nämlich dadurch, dass ein Ausgleich in Aussicht gestellt

wurde. Jetzt geht es noch um die Frage, wie hoch dieser sein muss.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born
meldet sich für eine weitere Zusatzfrage.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Nein, Herr Dr. Born, es sind nur zwei Zusatzfragen möglich, es tut mir Leid.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Petters, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Andreas Petters, CDU: Grüß Gott, Herr Minister!

3. Welche fachlichen Erfordernisse machen aus Sicht der Landesregierung eine Neuorganisation der Straßen- und Verkehrsverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern notwendig?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Petters, diese Neuorganisation erfolgt im Rahmen der großen Verwaltungsreform. Die große Verwaltungsreform hat als Ziel, Verwaltungsstrukturen mit mehr Effizienz zu schaffen. Damit sollen auch Personal und Kosten eingespart werden. Für diese Verwaltungsreform gibt es einige Grundsätze. Einer dieser Grundsätze ist, dass wir Verwaltungen nur noch zweistufig haben wollen. Wir wollen von den dreistufigen Verwaltungen, die es im Land gibt, weg, hin zur Zweistufigkeit. Die Begründung dafür liegt in der größeren Leistungsfähigkeit und im Ausbau einer Zwischenstufe, die wieder Verwaltungsaufwand erfordert, Bürokratie bedeutet und Kosten verursacht.

Im Zuge dieser Zweistufigkeit findet die Neuorganisation der Straßenbauverwaltung und der Straßenverkehrsverwaltung statt. Das sind zwei verschiedene Verwaltungen. Wir haben bisher beim Straßenbau die drei Stufen Landesregierung/Wirtschaftsministerium, das Landesamt und die vier Straßenbauämter. Bei der Verkehrsverwaltung haben wir die Stufen Ministerium, Landesamt und die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Verkehrsbehörde. Wir wollen die Zwischenstufe aus den Gründen, die ich dargelegt habe, herausnehmen und damit mehr Effizienz, mehr Leistungsfähigkeit in der Verwaltung schaffen. Das sind die fachlichen Gründe.

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage? (Zustimmung)

Welche inhaltlichen Veränderungen sollen mit dem Maßnahmenpaket umgesetzt werden?

Minister Dr. Otto Ebnet: Inhaltliche Veränderungen für die Straßenbauverwaltung heißt Auflösung des Landesamtes in seiner bisherigen Form. Die vier Straßenbauämter bleiben bestehen, ein Teil der Aufgaben des Landesamtes geht an die vier existierenden Straßenbauämter, ein Teil geht an die Kreise und ein weiterer Teil wird in einer Gruppe, die beim Ministerium angesiedelt wird und die Elemente des Straßenbauamtes enthält, weiter fortgeführt.

Andreas Petters, CDU: Ich darf jetzt die Frage 4 stellen.

4. Welche konkreten Strukturveränderungen plant die Landesregierung bei der Neuorganisation der Straßen- und Verkehrsverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Petters, ich habe den Eindruck, ich habe diese Frage soeben schon auf Ihre Zusatzfrage hin beantwortet.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Das steht doch im Gesetzentwurf, Herr Petters. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Siegfried Friese, SPD: Ja, das ist so.)

Andreas Petters, CDU: Die Frage war eigentlich anders von uns beabsichtigt. Ich darf trotz dieser Antwort eine Nachfrage stellen. Ich habe jetzt zwei Möglichkeiten, vielleicht wird es dann etwas konkreter, was ich damit beabsichtige. Sollen die Aufgaben der Landesbauverwaltung, Straßenbauverwaltung eins zu eins in das Ministerium integriert werden?

Minister Dr. Otto Ebnet: Ich will die einzelnen Maßnahmen, die hier ergriffen werden sollen, noch einmal unterteilen. Die Straßenbauverwaltung des Landes hat jetzt – erlauben Sie meine grobe Unterteilung – im Wesentlichen zwei Elemente, nämlich einmal das, was die Straßenmeistereien machen, das ist der bauliche Unterhalt. Der bauliche Unterhalt soll nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung an die Kommunen gehen, also die Straßenmeistereien an die Kommunen. Dabei geht ein beträchtlicher Teil der Straßenbauverwaltung des Landes weg. Das, was verbleibt, findet bei den vier Straßenbauämtern statt, die übernehmen einen Teil der Arbeit des Landesamtes. Gruppen des Landesamtes werden beim Ministerium angesiedelt und übernehmen die anderen Tätigkeiten, soweit sie nicht kommunalisiert werden. Also da gibt es noch ein drittes Element. Das sind die drei Punkte, um die es hier geht.

Andreas Petters, CDU: Gestatten Sie noch eine weitere Nachfrage?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Zweite Zusatzfrage zu Frage 4.

Andreas Petters, CDU: Wie beurteilen Sie die Effektivitätsrendite dieser Umstrukturierungsmaßnahmen und entspricht der Strukturvorschlag des Wirtschaftsministeriums dem Grundsatz, dass die ministerielle Ebene von Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben freigehalten werden soll?

Minister Dr. Otto Ebnet: Der Grundsatz, den Sie soeben zitiert haben, wird berücksichtigt. Das entspricht diesem Grundsatz dadurch, dass wir die verbleibenden Tätigkeiten nicht im Ministerium, sondern beim Ministerium ansiedeln werden. Das ist also keine Ministerialverwaltung. Dieses ist eine Verwaltung, die verbleibende Arbeiten dann zwar beim Ministerium, aber nicht innerhalb des Ministeriums wahrnimmt.

Andreas Petters, CDU: Und zur Effektivitätsrendite?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Nein, Herr Petters.

Andreas Petters, CDU: Nein, diese Frage hatte ich gestellt, die hat er nicht beantwortet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Er hat es gefragt. Ich habe es gleich in meinen ersten Ausführungen schon beantwortet. Dadurch, dass wir eine Verwaltungsstufe herausnehmen, haben wir natürlich einen Effizienzgewinn und das ist eine Effizienzrendite. Das ist eines der wesentlichen Ziele der Verwaltungsreform.

Andreas Petters, CDU: Danke sehr.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Born. Bitte schön, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, nachdem Kollege Hans-Heinrich Jarchow eben darauf hingewiesen hat,

dass im Gesetzentwurf der Landesregierung die wesentlichen Vorstellungen Ihres Hauses enthalten sind, frage ich Sie, ob Sie an Ihren Vorschlägen festhalten, obwohl der Innenminister in seiner Stellungnahme formuliert hat: „Das vom Wirtschaftsministerium vorgeschlagene Modell, bei dem die Aufgaben des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr auf das Ministerium und die Straßenbauämter verteilt werden sollen widerspricht dagegen dem Grundsatz, dass die ministerielle Ebene von Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben gerade freigehalten werden soll.“ Deshalb die Frage: Halten Sie dennoch an Ihrem Entwurf fest?

Minister Dr. Otto Ebnet: Ich habe nicht etwas zu kommentieren, was ich nicht genau kenne, was mir hier vorgebracht wird und wozu andere sich besser äußern können. Ich verweise nur auf Paragraph 5 Absatz 1 des Gesetzentwurfes, der liegt vor: „Die Wahrnehmung der Aufgaben des Betriebsdienstes ohne die Mobilitätszentrale einschließlich der baulichen Unterhaltung der Bundesfernstraßen und der Landesstraßen werden den Kreisen übertragen.“ Das steht so im Gesetzentwurf und was da drinsteht, gilt.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Born, eine weitere Zusatzfrage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass das, was ich eben zitiert habe, offiziell dem Wirtschaftsausschuss zugeleitet worden ist, es ist eine entsprechende Ausschussdrucksache, und wären Sie bereit, sich diesen Wortlaut zugänglich zu machen, wenn er in Ihrem Haus nicht vorliegen sollte?

Minister Dr. Otto Ebnet: Ich werde mich informieren. Ich nehme das zur Kenntnis, was Sie gesagt haben, und verspreche Ihnen, dass ich mir den Wortlaut genau ansehen werde.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Ich rufe nun auf den Geschäftsbereich der Sozialministerin, hierzu die **Frage 5** der Abgeordneten Frau Strenz.

Bitte, Frau Ministerin, Frau Abgeordnete.

Karin Strenz, CDU: Herr Präsident! Frau Ministerin! Ich frage die Landesregierung:

5. Wie wirken sich die Neustrukturierung der Versorgungsverwaltung und die Errichtung eines Landesamtes für Gesundheit und Soziales mit einer Abteilung für Arbeitsmarktförderung auf die Entwicklung der Höhe der Sachkosten für diesen Bereich aus?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Verehrte Frau Strenz! Es ist vorgesehen, den nachgeordneten Bereich des Sozialministeriums neu zu gestalten, das ist richtig, das haben Sie gesagt, und 13 eigenständige Ämter in einem Landesamt für Gesundheit und Soziales zusammenzuführen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung liegt Ihnen vor, die Erste Lesung in diesem Hohen Hause hat stattgefunden, Beratungen in den Ausschüssen sind bereits erfolgt und es liegt jetzt in Ihrer Hand, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, mit dem Entwurf der Landesregierung umzugehen. Es ist Ihre Entscheidung, wie Sie die Neustrukturierung gestalten und welche Effekte daraus erwachsen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Wir sind am Ende der Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über den Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Freien Hansestadt Bremen zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“, Drucksache 4/1911.

Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über den Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Freien Hansestadt Bremen zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“
 (Erste Lesung)

– **Drucksache 4/1911** –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Viel ist die Rede von grenzüberschreitender Zusammenarbeit im neuen Norden. Staatsverträge werden unterzeichnet, die diesem neuen Norden Gestalt geben sollen. Neuerdings taucht sogar der Nordstaat wieder in politischen Absichtserklärungen auf, oft totgesagt, aber genauso oft wiederbelebt.

Von Mecklenburg-Vorpommern, so der allgemeine Eindruck, ist da eher weniger die Rede und wenn, dann eher mit dem Tenor, ihr könnt gern mitmachen, aber zu unseren Bedingungen, denn wir sind ja schon viel weiter. Landesregierung und Landesparlament wird in dem Zusammenhang meist vorgeworfen, unentschieden zu agieren, sich Norddeutschland und Brandenburg/Berlin gleichermaßen warm zu halten, und es wird die Gefahr an die Wand gemalt, dass der Zug in beide Richtungen schon bald abgefahren sein werde. Umso mehr freue ich mich, Ihnen heute eine Erfolgsgeschichte vorstellen zu können.

(Beifall Siegfried Friese, SPD, und
 Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Die Nordländer Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern werden in einem gemeinsamen Rechenzentrum ab 2007 die Steuern für jedes der Mitgliedsländer berechnen lassen und das Rechenzentrum, das die Steuern berechnen wird, liegt nicht in Hamburg, nicht in Bremen und nicht in Schleswig-Holstein, es liegt in Mecklenburg-Vorpommern, genauer gesagt in Rostock.

(Beifall Siegfried Friese, SPD: Bravo!)

Mit dem künftigen gemeinsamen Rechenzentrum in Rostock werden 62 Arbeitsplätze im IT-Bereich in Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft gesichert. Außerdem werden weitere Arbeitsplätze aus Hamburg und Schleswig-Holstein nach Rostock verlegt. Andere Arbeitsplätze werden in Schleswig-Holstein gesichert, wo künftig alle Steuerbescheide gedruckt werden, Arbeiten, die für Mecklenburg-Vorpommern zurzeit in Nürnberg erledigt werden. Zusätzlich haben die beteiligten Länder für sich

bis 2010 Minderausgaben in Höhe von 14 Millionen Euro errechnet, 7 Millionen Euro Minderausgaben allein für Mecklenburg-Vorpommern. Von dieser Kooperation haben also alle Beteiligten nur Vorteile.

Meine Damen und Herren, einige werden sich vielleicht fragen, warum wir zum Betrieb eines gemeinsamen Rechenzentrums in Rostock „Dataport“ beitreten müssen. So, wie Mecklenburg-Vorpommern seine DVZ M-V GmbH als IT-Landesdienstleister hat, so haben auch andere Länder einen IT-Landesdienstleister. Für Hamburg und Schleswig-Holstein ist dies seit 2004 „Dataport“. Die DVZ M-V GmbH ist ein privates Unternehmen, „Dataport“ ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Aus verfassungsrechtlichen Gründen darf eine Privatfirma nicht mit Aufgaben der Steuerfestsetzung betraut werden, anders eine Anstalt öffentlichen Rechts.

Wir haben bei den Beratungen zum Staatsvertrag für „Dataport“ darauf geachtet, dass die Interessen der DVZ M-V GmbH umfassend gewahrt werden.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

In den Ländern Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein wird „Dataport“ die Funktion des universellen IT-Dienstleisters wahrnehmen. In Mecklenburg-Vorpommern beschränkt sich die Tätigkeit von „Dataport“ ausschließlich auf den Bereich der Steuerverwaltung.

Die Beteiligung des Landes an „Dataport“ beläuft sich auf 3 Millionen Euro. Unsere Einlage erbringen wir nicht in Geld, sondern in Sachmitteln. Diese bestehen überwiegend aus dem Rechner des heutigen Rechenzentrums samt Inventar. Ganz besonders freue ich mich aber darüber, dass wir zukünftig nicht nur Geld sparen, sondern damit auch noch Arbeitsplätze in unserem Land sichern und weitere Arbeitsplätze – bis zu 19 – hinzugewinnen können.

Mit dem gemeinsamen Rechenzentrum für die vier norddeutschen Länder wird die Automation der Steuerverwaltung im Norden deutlich gestärkt. Bei der voraussehbaren Entwicklung der Automation wird Rostock in Zukunft zu den wenigen verbleibenden Rechenzentrumstandorten der Steuerverwaltung gehören.

Fazit: „Dataport“ bedeutet nicht nur einen weiteren erfreulichen Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung unseres Landeshaushaltes, es bedeutet auch einen weiteren wesentlichen Schritt zur norddeutschen Zusammenarbeit unter maßgeblicher Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns.

(Beifall Siegfried Friese, SPD: Bravo!)

Ich denke, der neue Norden findet wohl doch nicht ohne Mecklenburg-Vorpommern statt. Ich hoffe, dies ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit, und ich hoffe, weitere werden folgen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, unseren Gesetzentwurf in die Ausschüsse zu überweisen und möglichst schnell zu verabschieden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
 einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/1911 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie an den Sonderaus-

schuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat um eine kurze Unterbrechung gebeten. Wir unterbrechen die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 14.48 Uhr

Wiederbeginn: 14.51 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS – Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des III. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Binz vom 18. bis 20. September 2005, Drucksache 4/1913.

Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS:
Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des III. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Binz vom 18. bis 20. September 2005
– Drucksache 4/1913 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete und Präsidentin Frau Bretschneider. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt auf Drucksache 4/1913 der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS zur Umsetzung von Beschlüssen des III. Parlamentsforums Südliche Ostsee vor. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit ergreifen, diesen Antrag noch etwas näher zu erläutern, dabei die Hintergründe, die zu den Beschlüssen geführt haben, darzustellen und natürlich auf die Resolution einzugehen.

Im September war der Landtag Mecklenburg-Vorpommern Gastgeber dieses Forums und konnte Parlamentskolleginnen und -kollegen aus Schleswig-Holstein und den Woiwodschaften Westpommern und Pommern aus unserem polnischen Nachbarstaat begrüßen. Des Weiteren haben assoziierte Partner, Delegierte der Regionalparlamente der Region Skåne sowie der Gebietsduma der Kaliningrader Oblast an der Konferenz teilgenommen. Diese Konferenz befasste sich intensiv mit Fragen der Tourismuspolitik, der Jugendpolitik sowie der integrierten Meerespolitik der Europäischen Union. Darauf möchte ich jetzt im Einzelnen zu sprechen kommen.

An der Konferenz haben neben mir Frau Holznagel, Frau Borchardt, Herr Krumbholz, Herr Mohr, Herr Detlef Müller, Frau Schlupp, Frau Schwebs, Frau Skrzepski, Herr von Storch, Herr Thomas, Herr Udo Timm, Herr Walther und Frau Wien teilgenommen.

Zunächst zum Gebiet Tourismuspolitik: Lassen Sie mich kurz die Hintergründe zu diesem Resolutionsteil schildern. In den vergangenen Jahren, in den vergangenen Jahrzehnten, kann man sagen, hat sich der Ostseeraum zu einem wichtigen tourismuspolitischen Zielgebiet entwickelt. Jede statistische Darstellung belegt, dass der Ostseeraum eine attraktive touristische Region ist und auch ein großes Potenzial für die Zukunft hat.

(Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

Eine von sechs internationalen Reisen in Europa führt in eines der Länder rund um die Ostsee. Schweden, aber auch St. Petersburg gehören zu den beliebtesten Zielregionen in der Welt überhaupt. Aber sowohl in den polnischen als auch in den deutschen Ostseeregionen spielen die Gäste aus dem Ausland insgesamt leider nur eine minimale Rolle. 2,3 Millionen Ankünfte von ausländischen Gästen verzeichnete die polnische Ostseeküste, das sind etwa 15 Prozent des internationalen Tourismus in Polen überhaupt. Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern schaffen gerade mal 1,6 Millionen Übernachtungen ausländischer Touristen, das sind 4 Prozent des internationalen Tourismus in Deutschland. Das ist durchaus noch steigerungsfähig und wir haben, denke ich, auch die Kapazitäten und Angebote dazu, um den Anteil dieser ausländischen Touristen zu erhöhen.

Dies galt es auf der Tagung des Parlamentsforums Südliche Ostsee unseren internationalen Gästen deutlich zu machen. Wir haben – und das will ich an der Stelle ausdrücklich sagen – ganz bewusst Binz als Tagungsort ausgewählt, um unser wirtschaftliches Paradestück, den Tourismus, bestmöglich in Szene zu setzen. Wenn uns die internationale Zusammenarbeit wegen der Chancen für unser Land wichtig ist, müssen wir geeignete Gelegenheiten und vor allen Dingen geeignete örtliche Gegebenheiten nutzen, um auf uns aufmerksam zu machen und immer für Mecklenburg-Vorpommern zu werben.

(Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

Wie richtig wir damit lagen, haben die Reaktionen der Teilnehmer dieser Konferenz gezeigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist die Ausgangslage und wer die Bedeutung des Tourismus als wichtigen Zweig der Volkswirtschaft erkennt – und dieses ist auf dem Parlamentsforum sowohl in der Plenarveranstaltung als auch in den einzelnen Workshops noch einmal sehr deutlich geworden –, muss versuchen, im südlichen Ostseeraum durch zielgerichtete Aktivitäten die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass sich dieser Wirtschaftszweig noch besser entwickeln kann.

Eine Zielsetzung sollte sein, die in Europa gewachsene Kultur mit ihrer reichen Geschichte und die vielfältigen europäischen Landschaftsstrukturen in einer aktiven Marketingpolitik darzustellen. Dabei müssen natürlich auch die regionalen Besonderheiten und Unterschiede der einzelnen Länder, deren ökonomische und politische Situation, deren Landschaftsbilder sowie Fauna und Flora dargestellt werden. Es ist nochmals sehr deutlich geworden, dass der Kulturtourismus im Ostseeraum auch durch den EU-Beitritt Polens sowie der baltischen Staaten einen neuen Impuls bekommen hat und einen starken Beitrag zum Austausch der Nachbarstaaten im ganzen Ostseeraum leistet. Der Kreuzfahrttourismus auf der Ostsee hat an Bedeutung zugenommen, weshalb wir jetzt daran arbeiten müssen, die vorhandenen Potenziale auszubauen und eine stärkere Vernetzung des nationalen und internationalen Marketings herbeizuführen.

Ich bin überzeugt, dass wir dieses Ziel erreichen können. Ich denke, unsere Aufgabe als Politiker ist es, auf solche Zusammenhänge hinzuweisen und Ziele zu formulieren. Der Erfolg, das Ziel, eine Steigerung der Attraktivität der südlichen Ostseeregion für Touristen zu erreichen, wird sich aber nur dann einstellen, wenn noch bestehende Defizite abgebaut werden. Dazu zählen Fragen der

Infrastruktur und deshalb ist in der Resolution auch die Notwendigkeit gesehen worden, die Verkehrsinfrastruktur auszubauen.

Ein besonderes Problem ergibt sich dabei für unser Land in Bezug auf seine Grenzverbindungen zur Republik Polen. Diese Problematik ist Ihnen bekannt. Deshalb ist in den Diskussionen in den Workshops eine Passage in die Resolution eingeflossen, mit der Bitte an die Regierungen in Berlin und Warschau heranzutreten, den Belangen der Grenzübergänge in der Zukunft eine noch größere Bedeutung als bisher beizumessen, damit nicht nur Fußgänger die Grenzübergänge passieren können, sondern dort, wo es möglich und sinnvoll ist, Pkw- und Busverkehr zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein zweites wichtiges Thema des Parlamentsforums stellte die Jugendpolitik dar. Bereits traditionell haben an der Konferenz wieder Jugendliche aus den an dem Forum beteiligten Regionen teilgenommen. Das Parlamentsforum bot zum einen den Startschuss für ein EU-Hospitationsprogramm, das wir gerade auch hier im Parlament miterleben. Die jungen Leute sind jetzt hier. Zwei Jugendliche pro Region haben die Möglichkeit, zunächst bei den Politikern zu Hause im eigenen Land, dann aber auch bei einem Politiker in einer Partnerregion zu hospitieren, um hierdurch unterschiedliche Entscheidungsabläufe auf politischer Ebene kennen zu lernen und einen Eindruck davon zu erhalten, wie Demokratie funktioniert, sowie dafür zu begeistern, Demokratie selber zu leben und Demokratie selber zu praktizieren. Der Abschluss dieses Hospitationsprogramms wird das IV. Parlamentsforum in Kiel sein, das im Mai nächsten Jahres stattfindet. Deshalb ist in der Resolution die Absicht bekundet worden, nach Abschluss dieses laufenden Programms eine Evaluation durchzuführen als Grundlage für Überlegungen, ob man ein solches Projekt fortsetzen sollte und ob weitere Jugendprojekte initiiert werden unter besonderer Berücksichtigung der Anliegen des „Europäischen Pakts für die Jugend“.

Die Regionen haben des Weiteren die Notwendigkeit gesehen, gemeinsam in Brüssel eine Konferenz zur Umsetzung der Ziele des „Europäischen Pakts für die Jugend“ durchzuführen und ein Jugendforum als integralen Bestandteil des Parlamentsforums zu etablieren. Außerdem bestand Einvernehmen darüber, dass es notwendig ist, den Jugendaustausch zu intensivieren sowie die Sprachkompetenz zu entwickeln und zu fördern, denn ein gemeinsames Weiterbauen am Haus Europa lebt davon, dass die Menschen zusammenkommen, dass sie die Möglichkeit haben zu kommunizieren, sich zu verständigen, sich auszutauschen. Das ist die beste Basis, um wirklich Europa zu leben und zu gestalten.

Ein weiteres wichtiges Thema, das in Binz beraten wurde, war die integrierte Meerespolitik der Europäischen Union. Sie wissen, dass die EU-Kommission voraussichtlich in der ersten Hälfte des nächsten Jahres ein Grünbuch zu dem Thema einer allumfassenden EU-Meerespolitik vorlegen wird, weshalb es jetzt für uns wichtig ist, einen Konsultationsprozess zwischen unseren Parlamenten einzuleiten, um gemeinsame Positionen abzustimmen und diese in europäische Entscheidungsprozesse einzubringen. Gerade wir als Küstenanrainerregionen wissen, welche große ökonomische Bedeutung die Meere haben. Vom Meer sind direkt oder indirekt Millionen von Arbeitsplätzen abhängig, nicht nur in den maritimen Wirtschafts-

zweigen, im Verkehr, bei den Häfen, bei der Fischerei, sondern auch im Bereich des Tourismus oder dem Energiesektor. Wir brauchen das Meer für eine ökonomische Entwicklung, zum Erhalt und Ausbau unserer kulturellen Vielfalt und für Erholungszwecke.

Aber maritime Politik ist nicht reduziert auf eine oder wenige Komponenten. Die Tatsache, dass beispielsweise 80 Prozent der Ozeanverschmutzung auf landgestützte Wirtschaftstätigkeiten zurückgehen, macht deutlich, dass die Probleme der Meere nicht losgelöst von den Angelegenheiten auf dem Festland gesehen werden können. Uns bedrohen auch Gefahren wie Überfischung, Umweltkriminalität, die Entwicklung des Seeverkehrs schlechthin mit allen seinen Risiken. Um alle diese Komponenten angemessen und in ihren wechselseitigen Auswirkungen zu berücksichtigen, ist ein ganzheitlicher, ein integrierter Ansatz notwendig. Es gilt, die Auswirkungen von Entscheidungen in einem dieser Handlungsfelder auf alle anderen Politikfelder zu berücksichtigen.

Ich begrüße es, dass wir im Rahmen des Parlamentsforums verabredet haben, Einfluss auf diese zentrale, für uns so wichtige Frage zu nehmen. Der Sejmik der Woiwodschaft Westpommern und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern haben die Federführung für eine Arbeitsgruppe, die eine Stellungnahme vorbereitet, die auf dem IV. Parlamentsforum in Kiel beschlossen werden soll. Bereits am 28. November wird diese Arbeitsgruppe in Stettin tagen, an der ein Mitglied aus jeder Fraktion unseres Landtages teilnehmen wird. In den ersten Monaten des kommenden Jahres werden wir in unserem Land eine Anhörung durchführen, um weitere Erkenntnisse für das Parlamentsforum zu gewinnen und aufzubereiten, was dieses Politikfeld betrifft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt in unserem eigenen Interesse, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren und auszubauen. Als Region allein wird sich unser Land in Europa nur bedingt und nur schwer Gehör verschaffen können,

(Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

jedoch im Konzert mit vielen weiteren gewichtigen Stimmen ist die Chance der Einflussnahme weitaus größer. Ich denke, dass es durchaus Felder gibt, wo alle beteiligten Parteien entsprechend profitieren können. Genau diese Felder müssen wir herausfinden und dort müssen wir Kompetenzen und Kräfte bündeln.

Es ist, denke ich, richtig gewesen, über lange Jahre hinweg durch die unmittelbare Zusammenarbeit mit dem Sejmik der Woiwodschaft Westpommern zunächst Vertrauen aufzubauen, weitere Partner, wie den Landtag Schleswig-Holstein und auch den Sejmik der Woiwodschaft Pommern, einzubeziehen, um unabhängig von nationalen Klängen oder manchmal auch Missklängen durch beständige Arbeit vorwärts zu kommen und zu zeigen, dass die europäische Integration und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum nicht nur Auftrag unserer Verfassung ist, sondern vor allen Dingen gelebte Praxis. Des Weiteren bin ich der festen Überzeugung, dass es für uns als Landtag insgesamt positiv ist, solchen internationalen Aktivitäten nachzugehen. Zum einen weitet sich hierdurch unser Blick über die Landesgrenzen hinaus. Wir können von den Erfahrungen unserer Nachbarn lernen und ihnen gleichzeitig unsere Erfahrungen näher bringen und zum anderen wird dadurch das Selbstverständnis unserer parlamentarischen Arbeit gestärkt. Mecklenburg-Vorpom-

mern verschafft sich hierdurch in Europa Gehör, und zwar nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch auf der parlamentarischen Ebene.

Europa ist größer geworden. Das gilt nicht nur hinsichtlich der Anzahl der Mitgliedsstaaten, es gilt auch hinsichtlich des Umfangs der Politik- und Lebensbereiche, die zentral aus Brüssel oder Straßburg geregelt oder beeinflusst werden. Deshalb reicht es nicht mehr aus, Entwicklungen, die aus Brüssel gesteuert werden, nur zur Kenntnis zu nehmen, vielmehr müssen wir uns auf allen Ebenen aktiv einbringen. An andere Staaten – und da will ich insbesondere die Mittelmeeranrainer nennen, die machen es uns vor, die können das zurzeit in einigen Bereichen weitaus besser als wir – müssen wir uns dranhängen. Wir sind Teil des sich immer weiter entwickelnden Europas, wir dürfen diese Entwicklung nicht nur aus der Ferne beobachten, sondern müssen in stärkerem Maße selbst Motor dieser Entwicklung sein, um unsere Interessen durchzusetzen.

Wenn die ersten Jahre des Landtages geprägt waren von der Aufbauarbeit für unser Land, so müssen wir, denke ich, die kommenden Jahre intensiver nutzen, um zu überlegen, wie wir europafähiger werden können. Hierzu ist es wichtig, den Blick auch nach innen zu lenken, das heißt, zu prüfen, ob wir – ob regierungsseitig oder auch parlamentsseitig – optimal dafür organisiert sind. Wir sind gefragt, weiter Kontakte nach außen zu knüpfen, diese Kontakte zu pflegen, einerseits, wie gesagt, um Erfahrungen zu sammeln und Vergleiche ziehen zu können, aber andererseits natürlich auch, um gemeinsame Interessen zu formulieren und zu bündeln. Ich denke, dass das Parlamentsforum Südliche Ostsee dazu ein geeignetes Instrument ist. Ich bitte Sie daher alle, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Linkspartei.PDS und einzelnen
Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Bretschneider.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/1913. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/1913 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS – Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 14. Ostseeparlamentarierkonferenz in Vilnius (Litauen) am 29. und 30. August 2005, Drucksache 4/1914.

**Antrag der Fraktionen
der SPD und Linkspartei.PDS:
Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen
der 14. Ostseeparlamentarierkonferenz in
Vilnius (Litauen) am 29. und 30. August 2005
– Drucksache 4/1914 –**

Das Wort zur Begründung hat wiederum die Präsidentin, die Abgeordnete Frau Bretschneider. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, beteiligt sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit 1991 an den jährlichen Plenarversammlungen der Ostseeparlamentarierkonferenz. Was anfangs nach dem Fall des Eisernen Vorhangs noch als parlamentarischer Gedankenaustausch konzipiert war, entwickelte sich schnell zu einem Gremium der Ostseeanrainerstaaten, das mit seinen Beschlüssen zu Schwerpunktthemen seiner Konferenzen europaweit Beachtung und Gehör gefunden hat und findet.

Der Ostseeraum wird nach dem Beitritt weiterer Anrainerstaaten zur Europäischen Union im vergangenen Jahr mehr und mehr als einheitliche Region wahrgenommen. Auch verstärkt sich das Identitätsbewusstsein nach innen. Davon profitieren alle Anrainerstaaten. Für Mecklenburg-Vorpommern liegen hier besonders große Potenziale. Schließlich nimmt unser Land in der Region eine wichtige Brückenfunktion ein. Über Gremien wie die Ostseeparlamentarierkonferenz oder das Parlamentsforum Südliche Ostsee können wir unmittelbar Einfluss nehmen. Das gilt es natürlich, zum Wohle des Landes zu nutzen und auszubauen.

Als ein wichtiges Beispiel mit internationaler Ausstrahlung möchte ich an dieser Stelle das sehr erfolgreiche Wirken der Arbeitsgruppe „Maritime Sicherheit“ hervorheben, die der Landtag Mecklenburg-Vorpommern seinerzeit initiiert und federführend begleitet hat. Aus diesem Wirken hat sich letztlich auch die erfolgreiche Wahrnehmung des Beobachterstatus der Ostseeparlamentarierkonferenz bei HELCOM mit den damit verbundenen Einflussmöglichkeiten auf internationaler Ebene im Ostseeraum entwickelt.

Und ich will das an der Stelle noch mal ausdrücklich sagen: Das ist ein sehr großes Verdienst unseres ehemaligen Kollegen Herrn Dr. Henning Klostermann gewesen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf die vergangene Konferenz Ende August dieses Jahres zu sprechen kommen. Im Rahmen dieser Konferenz erörterten rund 80 Parlamentarier aus den Anrainerstaaten des Ostseeraumes sowie eine Vielzahl von Beobachtern und Gästen die Hauptthemen. Und das waren:

- Zusammenarbeit und parlamentarische Dimension
- Stabilität und Demokratie sowie
- Entwicklung der regionalen Infrastruktur

Als Teilnehmer des Landtages waren bei dieser Konferenz zugegen Frau Holznagel, Frau Schwebs und Herr Kollege Jarchow. Für Ihre und die von den anderen deutschen Delegationen gewährte Unterstützung während der Beratungen möchte ich mich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich bedanken. Es ist eine ganz wichtige Voraussetzung, wenn man dort im Redaktionskomitee sitzt, die Resolutionstexte mitbehandelt, dass man weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen, mit denen man unterwegs ist, das, was man dort vorträgt, wissen und natürlich auch ganz entscheidend mit unterstützen. Das stärkt die Verhandlungsposition. Wir haben dort auch in diesem Jahr ein sehr geschlossenes Bild der deutschen Delegationen abgeben können und das ist ein ganz wichtiger Punkt, um sich bei den Verhandlungen durchzusetzen.

In Anbetracht der ökologischen Herausforderungen überlagerte das Thema Meeresumweltschutz auch in diesem Jahr die Konferenzschwerpunkte. Das ist ein sehr interessantes Phänomen. Man hat sich jetzt schon mehrfach vorgenommen, die Schwerpunkte anders zu setzen, aber das Thema Meeresumweltschutz spielt immer wieder eine Rolle, weil es alle anderen Themen durchdringt und viele Dinge davon abhängen. Es zeigt sich sehr deutlich: Umweltpolitik kann nicht nur losgelöst betrachtet werden, Umweltpolitik durchzieht eine Vielfalt von Politikfeldern und ist ganz eng mit ihnen verwoben.

Eine besondere Bedeutung genießt in diesem Zusammenhang der Gewässer- und Meeresschutz. Annähernd 70 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Erdoberfläche sind von Meeren bedeckt. Die Ozeane bestimmen neben dem Klima und dem weltweiten Wasserkreislauf zum großen Teil den Sauerstoffgehalt in unserer Atemluft. Die Wissenschaftler schätzen – das ist, denke ich, ein sehr interessanter Fakt –, dass mehr als 50 Prozent des verfügbaren Sauerstoffs auf der Erde allein durch einzellige Algen in unseren Ozeanen produziert werden. Ich denke, das wissen viele nicht beziehungsweise wenn man es weiß, dann vergisst man dies, wenn man über die anderen wichtigen Dinge des Lebens redet und entscheidet.

Als Binnenmeer mit einem großen Einzugsgebiet ist die Ostsee in den vergangenen Jahrzehnten besonders durch industrielle und kommunale Einleitungen sowie durch die Auswirkungen der Landwirtschaft belastet worden. Vor diesem Hintergrund soll als ein Ergebnis dieser Konferenz eine parlamentarische Arbeitsgruppe unter – und das ist auch, sage ich mal, ein Novum – russischer Federführung mit dem Ziel eingesetzt werden, erstens den derzeitigen Ist-Zustand bei der Umsetzung von Maßnahmen und rechtlichen Instrumenten zur Bekämpfung der Eutrophierung zu evaluieren, zweitens das politische Bewusstsein in jedem einzelnen Anrainerstaat zu erhöhen und der nächsten Konferenz politische Handlungsempfehlungen zu unterbreiten. Ich betone das deshalb so sehr, weil die Russische Föderation der einzige Staat ist, der nicht Mitglied der Europäischen Union und an viele Regelungen per Vorgaben der Europäischen Union nicht gebunden, aber eben ein ganz wichtiger Faktor als Ostseeanrainer ist. Deswegen ist es auch so wichtig, sie einzubinden in Entscheidungen, gerade auch auf parlamentarischer Ebene. Das gelingt, glaube ich, zunehmend besser. Deshalb ist das ein wichtiger Punkt der Konferenz gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Mandatsträgerin der Ostseeparlamentarierkonferenz habe ich die Konferenz über die Ergebnisse im Rahmen der Wahrnehmung des Beobachterstatus bei HELCOM unterrichtet. Einzelheiten dazu können meinem Bericht auf Drucksache 4/1915 entnommen werden. In den Diskussionen habe ich auch die Bedeutung der bisherigen Konferenzbeschlüsse hervorgehoben. Wichtige zukünftige Aufgaben von HELCOM werden die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die Entwicklung und Umsetzung der Europäischen Meeresschutzstrategie sowie deren Einbindung in die noch zu entwickelnde Integrierte Europäische Meerespolitik sein.

In Bezug auf das Thema „Maritime Sicherheit“ wurde von den deutschen Delegationen ein Änderungsantrag zur Resolution eingebracht, mit dem die detaillierten Maßnahmenforderungen zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit entsprechend dem Beschluss unseres Landta-

ges zu Drucksache 4/1748 aufgenommen werden sollten. Dazu konnte im Redaktionsausschuss leider kein Einvernehmen erzielt werden. Entsprechende Maßnahmen wurden unter der Formulierung „in ihrem Bemühen zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee nicht nachzulassen und ergänzende Schutzmaßnahmen auf allen Ebenen vorrangig voranzutreiben“ subsumiert. Der Grund war, dass eine Reihe von Delegationen diesen Themenbereich vom Umfang her gegenüber den anderen nicht in dieser Detailliertheit ausweiten wollten. Gleichzeitig war die Auffassung vertreten worden, dass diese Formulierungen unsere spezifischen Forderungen umfassen würden. Wir hatten natürlich gehofft, dass wir das detailliert dort hineinbekommen, aber nicht immer ist man mit seinen Anliegen so erfolgreich, wie geplant.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in Vilnius ebenso eine Diskussion über das Thema „Maritime Politik im Ostseeraum“ angeschoben. Dazu hatten wir den Antrag gestellt, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um den Prozess zur Erarbeitung eines Grünbuchs zur künftigen integrierten Meerespolitik der Europäischen Union unter Berücksichtigung spezifischer Belange der Ostseeregion zu begleiten. Die Herbeiführung eines einstimmigen Beschlusses ist uns zum damaligen Zeitpunkt leider auch noch nicht gelungen. Aber: Durch die intensive Diskussion, die wir geführt haben, sind weitere Diskussionen im Ständigen Ausschuss ausgelöst worden und die haben immerhin dazu geführt, dass der Ständige Ausschuss diese Thematik in sein Jahresarbeitsprogramm aufgenommen hat. Das ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz – und das sei an dieser Stelle insbesondere an die Vertreter der skandinavischen Delegationen gerichtet – kann sich einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Thema nicht mehr verschließen. Europa fordert die Regionen – und hier betone ich, auch deren Parlamente – zu einer intensiven Beteiligung am Konsultationsprozess zur Entwicklung eines Grünbuchs auf. Das haben mittlerweile alle erkannt.

Durch Beschluss des Ständigen Ausschusses Mitte Oktober in Moskau wurden Herr Landtagspräsident Kayenburg aus Schleswig-Holstein und ich beauftragt, die Ostseeparlamentarierkonferenz im Rahmen einer Fachkonferenz zu diesem Thema in Brüssel zu vertreten.

Das neue große Interesse zeigt sich auch daran, dass dem Ständigen Ausschuss die Brüsseler Ergebnisse zur Ausgestaltung der zukünftigen maritimen Politik der Europäischen Union bereits Anfang 2006 während einer Sitzung vorgestellt werden sollen. Zu diesem Zeitpunkt wird ebenso die zukünftige Vorgehensweise auf diesem Politikfeld erörtert werden. Dazu sollen wir Vorschläge unterbreiten. Ich denke, hier ist auch das gesamte Parlament gefordert. Hier haben wir die einmalige Chance, in einem für unser Bundesland zentralen Politikfeld eigene Positionen zu entwickeln und sie auf der internationalen Ebene unmittelbar einzubringen. Deswegen appelliere ich an dieser Stelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, an Sie, an die Mitglieder der Fachausschüsse, sich mit den einzelnen Themenfeldern, insbesondere zur maritimen Politik gemäß Ziffer 3 des vorliegenden Antrages, intensiv und vertiefend auseinander zu setzen.

Ich kann aus meiner Sicht nur den Schluss ziehen, dass wir unserem Ziel, eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzurichten, einen großen Schritt näher gekommen sind.

In Verbindung mit dem Parlamentsforum Südliche Ostsee werden wir Grundlagen für unser sowie das Mitwirken der anderen deutschen Mitgliedsparlamente in einer zukünftigen Ostseeparlamentarierkonferenz-Arbeitsgruppe schaffen. Ich gehe davon aus, dass mit der geplanten Veröffentlichung des Grünbuches Mitte des Jahres 2006 die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz einen neuen fachlichen Schwerpunkt bekommen wird, der auch die Debatten bestimmen muss. Unser Ziel soll es sein, der Konferenz im Jahr 2007 – und die wird voraussichtlich vom Deutschen Bundestag in Berlin ausgerichtet werden – fundierte Handlungsempfehlungen zu unterbreiten, die in die europäischen Gremien eingespeist werden, damit Regionalspezifika des Ostseeraumes im Weißbuch gebührend berücksichtigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, breiten Raum haben während der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz auch die Diskussionen zur Änderung der Geschäftsordnung eingenommen. Trotz gegenteiliger Bestrebungen ist es den deutschen Delegationen gelungen, die gleichberechtigte Partnerschaft von National- und Regionalparlamenten in der Geschäftsordnung zu manifestieren. Das heißt, es gab den Ansatz, dass man nur noch die nationalstaatliche Ebene dort zulässt, also nur die nationalen Parlamente hätten dort noch mitwirken können. Das wäre natürlich ein großer Rückschlag für uns gewesen, weil wir im föderalen System der Bundesrepublik als Ostseeanrainer direkt als Land Mecklenburg-Vorpommern natürlich einen viel größeren Fokus und größere Prioritäten auf dieses Thema setzen, als es beispielsweise im Bund insgesamt getan wird, und damit wären uns entscheidende Einflussmöglichkeiten verloren gegangen. Es wurde festgelegt, dass Deutschland nunmehr mit einem Vertreter des Deutschen Bundestages sowie einem Vertreter aus der Mitte der deutschen Länderparlamente vertreten ist. Ich denke, das ist ein guter Kompromiss in diesem Ausschuss, und insofern haben wir unsere Einflussmöglichkeiten dort gewahrt.

Der Ständige Ausschuss selbst hat mit der neuen Geschäftsordnung ein Mandat erhalten, sich aktiv an aktuellen politischen Entwicklungen zu beteiligen. Ein Jahresarbeitsprogramm soll die Aktivitäten dieses Gremiums zukünftig transparenter gestalten. Neu ist auch die Bildung eines erweiterten ständigen Ausschusses, der Mitglieder aller Teilnehmerparlamente umfasst. Dieser wird zukünftig den Resolutionsausschuss bilden und jeweils einmal zwischen den Konferenzen tagen, um als beratendes Gremium enger in die Arbeit des Ständigen Ausschusses sowie in die Kooperation mit dem Ostseerat einbezogen zu werden. Dies bietet auch unserem Landtag unmittelbare Mitwirkungsmöglichkeiten in Sachfragen.

Bezüglich weiterer Ausführungen zu den übrigen Sachthemen der diesjährigen Konferenz möchte ich auf die ausführliche Begründung des Antrages verweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles in allem zeigt sich, dass sich die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz verstetigt und bewährt hat. Es zeigt sich auch, dass sich Arbeitseinsatz und Aufwand lohnen, wenn wir uns im Rahmen der Konferenz aktiv beteiligen. Nur dann werden wir über die Landesgrenzen hinaus wahrgenommen und nur dann können wir landesspezifische Belange in die zuständigen Gremien auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie alle wissen, sind die Interessen unseres Landes auf überre-

gionaler und internationaler Ebene leichter durchzusetzen, wenn sie einstimmig von uns getragen werden. Daher appelliere ich an Sie alle, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen, da die Inhalte der Resolution sowie die Änderungen der Geschäftsordnung auch einstimmig von den Vertretern aller Fraktionen angenommen worden sind.

Ich gebe zu, dass es für den Einzelnen nicht immer ganz einfach ist, Beschlüssen zuzustimmen, die einem nicht weitgehend genug erscheinen, die einen politischen Kompromiss im Rahmen des Möglichen darstellen, aber dennoch stellt das vorliegende Dokument die Ergebnisse intensiver Debatten und langer Hintergrundgespräche als gemeinsamen Nenner von Vilnius dar. Dass dies manchmal ein mühseliges politisches Geschäft ist und nicht immer so zügig geht, wie wir es uns partiell wünschen würden, ist die eine Seite der Medaille. Dass wir auf diesem Wege Entwicklungen positiv beeinflussen und auf internationaler Ebene dazu beitragen können, dass Fortschritte in der Sache erzielt werden, die für uns alle wichtig ist, stellt die andere Seite der Medaille dar. So hat es beispielsweise lange gedauert und zäher Verhandlungen bedurft, bis wir auf internationaler Ebene Unterstützung für unsere Forderung nach Ausweisung der gesamten Ostsee als besonders sensibles Seegebiet erreicht hatten. Nachdem der zuständige Fachausschuss der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) im Juni 2005 dem bereits zugestimmt hat, wird Ende dieses Monats die Generalversammlung voraussichtlich endgültig eine entsprechende Entscheidung treffen. Damit würde eine unserer zentralen Forderungen zum Schutz der Ostsee auf internationaler Ebene endgültig umgesetzt werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Dann wäre dieser Prozess abgeschlossen.

Ich halte es auch im Hinblick auf die politische Außenwirkung für bedeutend, dass die Beschlüsse auf internationaler Ebene ihre parlamentarische Legitimation in unserem Lande erfahren. Die Parlamente der Ostseeanrainerstaaten wollen Entscheidungen der Europäischen Union stärker beeinflussen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen: Wenn es um die Interessen der Ostseeanrainer geht, ist vornehme Zurückhaltung gegenüber Brüssel nicht angezeigt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, Dr. Ulrich Born, CDU,
und Renate Holznagel, CDU)

Andere Regionen treten deutlich fordernder auf als der Nordosten Europas, und das mit Erfolg. Auch hier nenne ich als Beispiel wieder die Mittelmeeraanrainer. Die Entscheidung, frühzeitige und offensive Lobbyarbeit in Brüssel zu betreiben, ist ein wichtiges Ergebnis der jüngsten Ostseeparlamentarierkonferenz. Wir, das heißt die Ostseeanrainerstaaten, wollen uns künftig deutlich früher und intensiver in die Diskussionen einschalten.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist sehr gut!)

Die Arbeit der Parlamente ist an dieser Stelle nicht zu unterschätzen, da wir mit allen in den Parlamenten vertretenen politischen Gruppierungen Strategien erarbeiten und verabreden, wohin sich die Ostseeregion entwickeln soll. Das stellt Vereinbarungen auf eine breite politische Basis. Die Erfahrung zeigt, dass Parlamentarier wichtige Entscheidungen vorbereiten können, die später wirklich in Regierungshandeln münden.

Eine Stärke der Diskussionen auf der Parlamentsebene, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch, dass deutlich offenere Diskussionen als beispielsweise auf Regierungsebene möglich sind. Die Langzeitwirkung solcher Beratungen darf nicht unterschätzt werden. Wie gesagt, auf der einen Seite ist es manchmal ein Nachteil, weil es lange, lange dauert, bis man zu Entscheidungen kommt, aber wenn Ergebnisse erzielt werden, haben sie langfristige und dauerhafte Auswirkungen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber wir müssen auch die personellen Voraussetzungen schaffen, dass wir die ganze Arbeit gut schaffen können.)

Das zu der vergangenen Ostseeparlamentarierkonferenz und zu dem Ihnen vorliegenden Antrag. Ich bitte Sie nochmals sehr darum, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Bretschneider.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/1914. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/1914 einstimmig angenommen.

Der Abgeordnete Brick hat dem Präsidium hier vorne gegenüber zweimal erklärt, dass er an der Abstimmung nicht teilnimmt. Gemäß Paragraph 97 der Geschäftsordnung des Landtages erteile ich ihm jetzt das Wort für eine Erklärung.

Martin Brick, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Danke für die Gelegenheit, nach der Geschäftsordnung mein Nichtabstimmen hier erklären zu dürfen.

Da in jedem Absatz der den Entschließungsanträgen, den Vorlagen zugrunde liegenden Papiere HELCOM vorkommt, gestatten Sie mir dazu ein paar Worte. HELCOM ist eine Truppe tüchtiger Leute, die Abhandlungen verschiedener Politikströme, grüner Verbände und zum Teil auch der Wissenschaft komprimiert und den Ostseeparlamentariern als Empfehlung zukommen lässt. Ein wichtiges Thema ist der Meeresumweltschutz. Dafür bin ich auch. Die Nutzer aber – wenn wir dann nun schon mit so überwiegender Mehrheit, Frau Präsidentin, mitmachen – finden keine oder wenig Berücksichtigung. Einige allerdings haben Rechte und bekommen jederzeit Ausnahmen gewährt: Offshore-Windparks, Kiesabbau, militärische Gebiete, Ölbohrungen, Ölpipelines und Verkehrstrennungslinien. Auch um die geht es ja hier. Eine Gruppe aber – die Fischerei – wirtschaftet wie im Mittelalter in Allmende, wird zunehmend Fanggebiete los, eingeengt und damit zur Intensivierung in immer kleiner werdenden Fanggründen gezwungen. Solange hier nicht mehr Lobbyismus für diese Gruppe erkennbar wird, kann ich weder als Küstenabgeordneter noch als Interessenvertreter diesen Entschließungsanträgen zustimmen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Übrigen gibt es in der Europäischen Union viel zu viele Gremien, die sich mit dem Thema „Küsten und küstennahe Meere“ befassen. Ich denke, das alleine reicht. – Danke.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1907.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Entwicklung der Abfallwirtschaft
und der Abfallwirtschaftsstrukturen
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1907 –**

Das Wort zur Einbringung hat die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! In Mecklenburg-Vorpommern gibt es derzeit keine Entsorgungssicherheit im Bereich der Abfallwirtschaft. Zu diesem Ergebnis muss man kommen, wenn man die Presse der letzten Tage verfolgt und aufmerksam gelesen hat. Überschriften wie „Gebühren für Abfall steigen 2006“, „Entsorger mit Bergen von Gewerbemüll“, „Bürgerschaft soll beim Müll nachrechnen“ oder „Die Rostocker Müllgebühren sollen drastisch steigen“ verdeutlichen dies und diese Situation. Allein diese Schlagzeilen sind Grund genug, sich erneut mit der Thematik „Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ zu befassen. Wenn auch der Umweltminister wiederholen wird, dass die Entsorgungssicherheit in Mecklenburg-Vorpommern unter den Rahmenbedingungen der Abfallablagerversordnung gewährleistet ist,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das würde er tun, Frau Holznagel!)

so sprechen die Zeitungsberichte eine andere Sprache.

(Angelika Gramkow, Linkspartei.PDS:
Sie wissen es doch besser als die Zeitungen!)

Wie ist es nun tatsächlich?

Frau Gramkow, und deswegen, denken wir, ist eine Unterrichtung in diesem Hohen Hause sehr notwendig.

Herr Präsident und meine Damen und Herren, obwohl die Behandlungsanlagen in Rosenow, Rostock, Stralsund und Ludwigslust ihren Betrieb aufgenommen haben, fehlen noch immer Behandlungskapazitäten für 55.000 Tonnen Siedlungsabfälle. Über Kapazitäten zur Verwertung der hoch kalorischen Fraktion aus den mechanisch-biologischen Behandlungsanlagen in Rosenow, Rostock und Stralsund verfügt Mecklenburg-Vorpommern bis heute nicht. Das aber heißt, dass für circa 30 bis 40 Prozent der Siedlungsabfälle, die in den mechanisch-biologischen Anlagen behandelt werden, keine Entsorgungssicherheit besteht. Auch wenn der Minister schon lange von einer Abfallverbrennungsanlage in Stavenhagen spricht, gebaut ist sie bis heute noch nicht, obwohl wir sie uns alle sehr wünschen.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Völlig unklar ist bis heute, wie die mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen in der Praxis funktionieren.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Die ersten Anlagen werden zwar betrieben, aber belastbare Daten über den Ausstoß von ablagerungsfähigem Material und auch gerade der Situation der hoch kalorischen Fraktionen liegen noch nicht vor. Diese werden wohl erst in den kommenden Jahren zur Verfügung stehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit der Errichtung einer weiteren mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage auf dem Gelände der Deponie Ihlenberg soll die derzeitige Lücke im Bereich der Siedlungsabfälle geschlossen werden. Nach Angaben des Umweltministers sollte die Anlage schon seit dem 1. Juni in Betrieb sein. Mit der Fertigstellung der Anlage ist laut Aussagen jetzt doch erst im Jahr 2007 zu rechnen. Die RABA Ihlenberg GmbH hat die Siedlungsabfälle der Landkreise Parchim, Nordwestmecklenburg und der kreisfreien Städte Wismar und Schwerin akquiriert. Da bisher keine Behandlungsanlagen auf dem Ihlenberg errichtet wurden, werden die Siedlungsabfälle zwischengelagert werden müssen oder durch Dritte behandelt. Wer die zusätzlichen Kosten, die durch die Zwischenlagerung beziehungsweise Behandlung durch Dritte entstehen, trägt, ist für uns derzeit nicht nachvollziehbar. Ich gehe davon aus, dass auch diese Kosten letztendlich auf den Gebührenzahler umgelegt werden. Hier brauchen wir Aufklärung.

Meine Damen und Herren, mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes und der Verbindlichkeitsverordnung zum Abfallwirtschaftsplan wurden seitens der Landesregierung Vorgaben zum Aufbau von Abfallbehandlungsstrukturen und zur Entwicklung der künftigen Abfallgebühren in unserem Land gemacht. Heute jedoch stellt sich heraus, dass gerade die einseitige Förderung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen zu einer klaren Fehlentwicklung führt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Das kann doch wohl
nicht wahr sein! Also meine Güte!)

Resultat dieser Entwicklung ist, dass für circa 30 bis 40 Prozent der Siedlungsabfälle unseres Landes keine Entsorgungssicherheit besteht.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD:
Habt ihr das Herrn Seidel schon erzählt? –
Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Die Entsorgung der hoch kalorischen Fraktion in Zementwerken oder Braunkohlekraftwerken ist mehr denn je problematisch.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Ich denke, wir sollten darüber wirklich noch einmal nachdenken,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut, Frau Holznagel!)

auch gerade deshalb, weil Sie Herrn Seidel zitiert haben. Ich glaube, die Richtung, die damals eingeschlagen wurde, weiter zu gehen hätte uns schneller vorangebracht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ja? – Unruhe bei Rudolf Borchert, SPD)

Wenn aber der jetzige Umweltminister vor einigen Jahren noch davon ausging, für die hoch kalorische Fraktion Einnahmen zu erzielen,

(Unruhe bei Rudolf Borchert, SPD,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

so sind heute Kosten für die Entsorgung von 60 bis 70 Euro je Tonne an der Tagesordnung, meine Damen und Herren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!
Das war eine Fehlkalkulation!)

Trotz bestehender Verträge ist die Abnahme dieser nicht gesichert, das muss man auch noch einmal deutlich sagen,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Das stimmt doch nicht!)

und da brauchen wir auch Aufklärung. So nutzen die Zementwerke und Braunkohlekraftwerke die Situation am Markt natürlich aus, um ihre betriebswirtschaftlichen Ergebnisse zu steigern. Unter Scheinvorgaben, wie die Zusammensetzung der hoch kalorischen Fraktion entspricht nicht den Vorgaben, oder anderen Kriterien wird die Verwertung zugunsten eines anderen höheren Gebotes abgelehnt. Hier greift dann die Marktwirtschaft. Das Nachsehen hat allerdings der Bürger durch höhere Abfallgebühren.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass hier natürlich der Bundesumweltminister angesprochen werden muss, der deutlich kundgetan hat – und hier ist seine Einsicht für mich viel zu spät gekommen –, dass es ab 2020 nur noch thermisch behandelten Abfall geben wird. Und das wird uns Millionen, ja sogar Milliarden kosten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Deswegen
sollten wir den austauschen und diesen
jetzt gar nicht mehr ansprechen.)

Ich denke aber, das ist ein Problem, was auch auf unser Land zukommt und uns belastet.

Obwohl die rechtlichen Vorgaben und bestehenden Strukturen in der Abfallwirtschaft seit langem bekannt waren, vermochten die entsorgungspflichtigen Körperschaften oder die durch sie beauftragten Dritten es bisher nicht,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Welche denn?)

eine hundertprozentige Entsorgung des Siedlungsabfalls in Mecklenburg-Vorpommern sicherzustellen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte noch ein Problem ansprechen, und zwar die Entsorgung von Gewerbeabfällen. Hier sieht es noch unfreundlicher aus als im Siedlungsabfallbereich. Im Bereich der Gewerbeabfallentsorgung haben sich die Gebühren in den letzten Wochen zum Teil verdreifacht. Aus diesem Grunde kommt es schon heute zu illegaler Abfallentsorgung in Kiesgruben oder auf Altdeponien. Die Rekultivierungskosten für illegale Deponien oder Kiesgruben fallen an die Kommunen.

(Unruhe bei Rudolf Borchert, SPD,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Die wirtschaftlichen Nachteile für unser Land durch die hohen Entsorgungsgebühren, aber auch die Nachteile der

Umweltgefährdung gehen zulasten der Landesregierung. Die Wirtschaft im Bereich der siedlungsähnlichen Gewerbeabfälle, kann man so sagen, hat auch versagt. Warum? Eines ist aber klar, solange der Weg des billigsten Geldes nicht beendet wird, solange kann die Wirtschaft nicht in Behandlungsanlagen investieren. Das heißt, so lange Gewerbeabfälle auf einer Deponie des Landes zu Dumpingpreisen angenommen und zum Schein sortiert und verwertet werden, solange wird kein fairer Wettbewerb am Markt existieren, solange werden keine Anlagen der Wirtschaft entstehen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass aufgrund verfehlter Vorgaben im Abfallwirtschaftsplan die Kosten für die Entsorgung von Siedlungsabfällen explodieren, Wettbewerbsverzerrungen die Errichtung von Behandlungsanlagen für Gewerbeabfälle nicht zugelassen haben, aufgrund mangelnder Behandlungskapazität im Land es zu einer Verlagerung der Wertschöpfung kommen wird und die hohen Entsorgungskosten zu Nachteilen für die heimische Wirtschaft und zu Umweltbelastungen führen. Aus unserer Sicht ist es deshalb wichtig, dass wir diesen Antrag gestellt haben, und ich hoffe, dass es genügend Anregungen gibt, damit auch hier in der Landesregierung ein Umsteuern eingeleitet wird. Ich bitte unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Minister Dr. Till Backhaus: Ich werde heute die Rede in Vertretung des Umweltministers halten,

(Karin Strenz, CDU: Wie schön.)

der sich auf einer Auslandsreise befindet. Wer sich ein bisschen mit dem Thema auseinander gesetzt hat – wir in unserem Hause natürlich auch, ich will ausdrücklich betonen, dass das, was von Frau Holznagel hier vorgetragen worden ist, mit dem Umweltminister natürlich abgestimmt ist –, sieht aber, dass wir das gemeinschaftlich, ich glaube, so kann ich das bewerten, nicht ganz nachvollziehen können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber das war doch gut, was sie gesagt hat.)

Ich kann es nicht nachvollziehen und deswegen werde ich konkret darauf eingehen.

Im Bereich der Abfallwirtschaft spricht man davon, dass seit dem 1. Juni 2005 eine neue Epoche angebrochen ist. Ich glaube, das haben Sie auch versucht deutlich zu machen. Daher ist es folgerichtig, dem Landtag eine Übersicht zu den aktuellen Entwicklungen in unserem Land zu geben. Das werden wir dann auch tun.

Ich darf Ihnen heute stellvertretend für meinen Kollegen Professor Dr. Methling die Probleme aus der Sicht der Landesregierung darlegen. Sie sind in einem Strukturwandel, wie wir ihn jetzt insgesamt erleben, tatsächlich nicht zu vermeiden. Aber ich möchte Ihnen auch mitteilen, welche enormen Leistungen und welcher Kraftakt von den Beteiligten hier mit Bravour in den letzten Jahren gemeistert worden sind.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Dem von der CDU vorgelegten Antrag werden die Koalitionsfraktionen, davon gehe ich jedenfalls aus, zustimmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja? Das ist ja gut.)

Daher könnte ich es mir jetzt einfach machen und sagen, es ist natürlich legitim und Ihnen lediglich mitzuteilen, dass der geforderte Bericht selbstverständlich fristgerecht zugestellt wird. Wir halten es aber dennoch für angebracht, Ihnen heute einen Überblick – zumindest zu den wesentlichen Eckpunkten – der aktuellen beziehungsweise künftigen Abfallwirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern zu geben und damit auch schon ein Stückchen Klarstellung vorzunehmen.

Beginnen möchte ich mit den Entsorgungsanlagen für die Vorbehandlung von Siedlungsabfällen. Ich glaube, man muss hier noch einmal deutlich herausarbeiten, wir müssen ausdrücklich trennen zwischen den Siedlungsabfällen und den Abfällen, die aus der gewerblichen Wirtschaft kommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat Frau Holznagel aber gemacht. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das haben Sie auch korrekterweise getan, aber bei dem Letzteren, nämlich beim Gewerbeabfall, liegt der Hase eigentlich im Pfeffer,

(Beifall
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat sie gesagt.)

wie im wahrsten Sinne des Wortes.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Ich komme noch darauf.

Wie stellt sich nun die Situation im Moment bei den Siedlungsabfällen dar?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat sie gesagt.)

Für die seit dem 1. Juni 2005 zu entsorgenden Siedlungsabfälle stehen in Mecklenburg-Vorpommern drei mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen sowie eine thermische im schönsten Landkreis, nämlich im Landkreis Ludwigslust, zur Verfügung.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Angelika Peters, SPD: Bad Doberan.)

Na ja, das darf man doch auch einmal sagen, oder? Der größte sowieso, der süßeste und der schönste.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Egbert Liskow, CDU: Eigenlob stinkt.)

Aber die Gesamtjahreskapazität, um das jetzt wieder in die Ernsthaftigkeit zurückzubringen, für die Behandlung der Siedlungsabfälle beträgt in Mecklenburg-Vorpommern exakt 365.000 Tonnen,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

das heißt also, täglich können 1.000 Tonnen verarbeitet werden. Dort werden die Siedlungsabfälle aller Landkreise und kreisfreien Städte behandelt mit Ausnahme – dies ist hier auch schon gesagt worden – der Landkreise Nordwestmecklenburg, Schwerin und Wismar. Die drei verbleibenden öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger haben Verträge mit der RABA Ihlenberg geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt befindet sich eine vierte Anlage am Standort der Deponie Ihlenberg in Vorbereitung, das haben Sie angesprochen. Die Genehmigung hierfür ist bereits erteilt.

Wegen der späten Ausschreibung einschließlich der späten Vertragsabschlüsse – das hat im Wesentlichen die Wirtschaft mit zu verantworten, im Übrigen auch mit der Landeshauptstadt, das war ebenfalls ein Problem – wird die Anlage aber erst im kommenden Jahr ihren Betrieb aufnehmen. Eine entsprechende Siedlungsabfallmenge wird insofern gegenwärtig auf einem Zwischenlager, das haben Sie auch schon angedeutet, der Deponie Ihlenberg abgelagert, das extra für diesen Zweck eingerichtet und genehmigt wurde. Ein Teil der bei der RABA Ihlenberg unter Vertrag stehenden Abfälle wird zur mengenmäßigen und zeitlichen Begrenzung der Zwischenlagerung in Abfallbehandlungsanlagen und insbesondere in die Anlage in Rosenow geliefert.

Wie sieht es mit den Abfallmengen und der Kalkulation zurzeit aus? Auf der Grundlage der Abfallbilanzen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger hat man 2002 eine Abfallmenge von 430.000 Tonnen pro Jahr vorhergesagt. Ich glaube, diejenigen, die sich mit dem Ihlenberg in den vergangenen Jahren oder auch mit der Abfallbeseitigung auseinander gesetzt haben, können sich die Zahlen noch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Also die Planung 2002 lag bei 430.000 Tonnen. Nach den der Landesregierung vorliegenden Kenntnissen hat sich dies inzwischen auf eine vertraglich gebundene Menge von circa 352.000 Tonnen jährlich reduziert. Wenn ich da so an die Vorstellungen von Frau Kleedehn damals denke

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das waren noch Zeiten!)

und deren Entsorgungskapazitäten mit Müllverbrennungsanlagen, glaube ich, dann wäre das eine Katastrophe für das Land Mecklenburg-Vorpommern geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Schauen Sie optimistisch
in die Zukunft! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Doch, das sehe ich so – und Sie merken es am Beifall, Herr Renz, da haben Sie noch irgendwo im Landkreis Güstrow Däumchen gedreht oder Schularbeiten gemacht –,

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und CDU)

die Differenz bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern resultiert vor allen Dingen aus den Rückgängen bei der gewerblichen Wirtschaft und damit bei den gewerblichen Beseitigungsabfällen. Da ist eben das Problem. Einige Entsorgungsträger haben Sie per Sat-

zung von der Andienungspflicht ausgeschlossen. Das heißt allerdings nicht, dass diese Abfälle nicht anfallen würden. Sie sind auf dem freien Markt einer ordnungsgemäßen Vorbehandlung zuzuführen, aber auch eine konsequentere Abfalltrennung und Verwertung trägt zu diesem Rückgang natürlich insgesamt bei.

Im Zuge der Errichtung neuer Anlagen hat sich das Deponievolumen insgesamt verringert. Ich glaube, das ist auch ein positives Signal. Die planmäßig festgestellten Deponien Rosenow und Stern-Dennin werden weiterhin betrieben. Von den ehemals – auch das ist, glaube ich, eine interessante Zahl – 951 Altdeponien in Mecklenburg-Vorpommern stehen noch die Deponien von Camitz und Ihlenberg zur Verfügung. Für die 87 stillgelegten, aber noch zu rekultivierenden Deponien wird die Deponieverwertungsverordnung den rechtlichen Rahmen des Deponieabschlusses bilden. Das sind Fakten, die sehr schnell vorgetragen sind.

Wie ist nun aber die tatsächliche Situation in Mecklenburg-Vorpommern seit dem 1. Juni 2005? Hier ist zu unterscheiden zwischen der Entsorgung – ich habe schon darauf hingewiesen – von Siedlungsabfällen, für die eine Andienungspflicht besteht und für deren Entsorgung die Landkreise und kreisfreien Städte verantwortlich sind, und der zweiten Kategorie, eben der Gewerbeabfälle, für deren ordnungsgemäße Beseitigung und Behandlung die Wirtschaft allein die Verantwortung trägt. Sie haben darauf richtigerweise hingewiesen, aber ich glaube, es muss noch einmal deutlich herausgearbeitet werden, dass wir zwischen diesen beiden Kategorien ausdrücklich unterscheiden müssen.

In Rostock fand vor kurzer Zeit eine Veranstaltung zu diesem Thema statt mit dem fragwürdigen Untertitel „... Entsorgungsnotstand oder kurzzeitiger Engpass“. Die Bezeichnung ist irreführend, denn es gibt weder einen Entsorgungsnotstand noch einen Engpass für die Siedlungsabfälle,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

im Übrigen nicht in Mecklenburg-Vorpommern und insgesamt auch nicht in Deutschland. Dieser Untertitel trifft höchstens für die derzeitige Lage in den Gewerbeabfallsorgungsgebieten zu.

Auf der Umweltministerkonferenz in der letzten Woche hat es dazu intensive Erfahrungsaustauschmöglichkeiten gegeben, die auch genutzt worden sind. Ich kann Ihnen insofern mitteilen, dass die Lage in allen Bundesländern vergleichbar ist. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger haben ihre Hausaufgaben ausdrücklich gemacht, wohingegen dies für die Wirtschaft nicht in vollem Umfang zutrifft. Unternehmen konstatieren einen sehr starken Anstieg der Abfallpreise für Gewerbeabfälle. Da setzt sich die Marktwirtschaft eben durch. In einigen Regionen sind die Anlagen zudem ausgelastet, so dass unter anderem zu hohen Bearbeitungs- beziehungsweise Behandlungspreisen noch erhebliche Transportkosten hinzukommen. Hier liegt allerdings kein Versagen der Politik vor. Es ist auch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Abfallbehandlungsanlagen für die Gewerbeabfälle vorzuhalten. Das kann auch so nicht sein. Hier haben die privaten Entsorger in der Vergangenheit schließlich immer auf ihre Unabhängigkeit bestanden.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: So, so!)

Sofern es in diesem Bereich zu Engpässen kommt, müssen sie dafür auch – und damit meine ich die Wirtschaft – die volle Verantwortung übernehmen. Auch Mecklenburg-Vorpommern bleibt dabei nicht verschont. Von dem Aufschrei einiger Abfallerzeuger und Anlagenbetreiber, die ihre Abfälle nicht mehr entsorgen können, ist hier auch schon gesprochen worden. Bei genauem Hinterfragen stellt sich die angebliche Entsorgung, dieser Entsorgungsnotstand, aber oft doch etwas anders dar, und zwar insofern, dass das ein Kapazitäts- beziehungsweise Preisproblem ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Mit dem In-Kraft-Treten der Abfallablagerungsverordnung sind dem Abfall die Wege des billigsten Geldes tatsächlich verschlossen worden

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

und das ist auch richtig so.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wer gehofft hatte, wie bisher weitermachen zu können, der sieht sich jetzt natürlich mit einer neuen Marktsituation konfrontiert. Allerdings kam dieses nicht über Nacht. Sie resultiert aus der Gewerbeabfall- und der Abfallablagerungsverordnung, aus der Rechtsetzung, die seit langem klar ist und auf die auch jeder sich hätte einstellen können und müssen.

Geordneter Rückbau, Abfalltrennung an der Abfallstelle oder Nutzung hochwertiger Sortieranlagen, die ordnungsgemäßen Verwertungswege – diese Forderungen an eine ökologische und nachhaltige Abfallwirtschaft beziehungsweise Notwendigkeiten sind keineswegs neu. Sie haben in diesem Landtag immer wieder eine Rolle gespielt. Schon gar nicht kann man ihre Nichteinhaltung dann als Entsorgungsnotstand titulieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Fragen zu Gebühren, Entsorgungsvergleiche und künftige Entwicklungen werden regelmäßig aufgeworfen. Wie Sie wissen, erfolgt die Kalkulation auf Grundlage der anfallenden Kosten, nicht für die Vorbehandlung, Verwertung, Deponierung, sondern auch für das Einsammeln und Transportieren der Abfälle von den Haushalten zu den Anlagen. Die Landkreise und kreisfreien Städte organisieren die Abfallentsorgung als Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis.

Im Rahmen ihrer Verwaltungshoheit entscheiden die Entsorgungsträger selbst über Organisation, Durchführung und Finanzierung der Abfallversorgung und -entsorgung. Nun besteht zwischen Kosten und Gebühren zwar ein enger Zusammenhang, aber die Kalkulation der Gebührensätze erfolgt im Rahmen der abgaberechtlichen Vorschriften nach unterschiedlich gewichteten Zielvorstellungen. So verweise ich auch schon an dieser Stelle darauf, dass einfache Gebührenvergleiche wenig aussagefähig sind, da immer die dahinter stehende Gebühr und die Leistung insgesamt zugrunde gelegt werden müssen. Weil mit der Abfallvorbehandlung eine zusätzliche Leistung erbracht wird, die im Übrigen erhebliche Investitionen erfordert, schlägt sich dieses natürlich auch bei den Gesamtkosten wieder nieder.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU, nun fordern Sie die Landesregierung unter der Ziffer II Ihres Antrages auf, Maßnahmen einzuleiten, um eine illegale Entsorgung – Sie haben es auch angesprochen, Frau Holznagel – von Gewerbeabfällen zu unterbinden. Im Auftrag des Umweltministers darf ich alle Abgeordneten des

Landtages ausdrücklich bitten, Sie auffordern, sich umgehend an den Umweltminister zu wenden, sobald Sie Kenntnisse von konkreten Fällen aus Ihren Wahlkreisen haben. Im Umweltministerium sind jedenfalls bislang noch keine illegalen Entsorgungen gemeldet worden. Trotzdem hat mein Kollege Herr Methling bereits vor längerer Zeit die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur angewiesen, im Rahmen der Überwachung von Gewerbeabfallsortieranlagen besonderes Augenmerk auf die ordnungsgemäße Entsorgung des Anlagenoutputs zu legen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung zum Antrag der CDU, und zwar zu dessen Begründung. Dort wird behauptet, es bestünde ein Mangel an Behandlungskapazitäten für Siedlungs- und Gewerbeabfälle. Ich gehe davon aus, dass ich Ihnen die Anlagensituation im Lande heute hinreichend vorstellen konnte, welche weder völlig neu noch weithin unbekannt ist. Hieraus gar einen Mangel an Behandlungskapazitäten abzuleiten ist aus unserer Sicht wirklich nicht nachvollziehbar. Lediglich die so genannten hoch kalorischen Abfälle aus den mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen werden gegenwärtig noch nicht im Lande verwertet.

Ich gehe davon aus, dass in den nächsten Tagen dazu weitere Entscheidungen getroffen werden. Wir sind als Haus intensiv mit Stavenhagen beteiligt gewesen. Eine weitere Verarbeitung von hoch kalorischen Brennstoffen ist für das Kartoffelveredlungswerk in Hagenow vorgesehen. Sie sehen also, hier sind Dinge im Fluss, denn diese Abfälle sind voll marktfähig und können nicht per Landesverordnung innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern fest gebunden werden. Aber auch in diesem Teilbereich laufen in Mecklenburg-Vorpommern, wie eben angedeutet, umfangreiche Aktivitäten.

Zum Abschluss darf ich darauf hinweisen, gegen die Abfallwirtschaftsplan-Verbindlichkeitsverordnung wurde im Übrigen kein Rechtsmittel eingelegt. Die Rechtskonformität dieser Verordnung wurde zwar während der damaligen Verbandsanhörung angezweifelt, jedoch bis heute keiner gerichtlichen Kontrolle unterzogen. Ich kann jedenfalls heute feststellen: Mit der gegenwärtigen Abfallwirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern wird der Abfallwirtschaftsplan erfolgreich umgesetzt. Auch die Ziele der Verbindlichkeitsverordnung haben wir weitgehend erreicht. – Insofern danke ich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass ich zur Aufklärung habe beitragen können. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Auch wenn Sie die Rede des Umweltministers vorgelesen haben, gemäß Paragraph 85 Absatz 1 der Geschäftsordnung hat die CDU-Fraktion jetzt fünf Minuten mehr Redezeit.

Als Nächster hat das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Jarchow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Wesentliche, denke ich, hat der Herr Minister gesagt. Herr Minister, noch einmal vielen Dank für diese ausführlichen Erläuterungen. Normalerweise könnte man sagen, dass sich dieser Antrag der CDU eigentlich mit diesem Bericht schon erledigt hat.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Aber nur fast.)

Im Bereich des Siedlungsabfalls, meine Damen und Herren, kann ich die von der CDU entdeckten Kapazitätslücken absolut nicht erkennen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

Frau Holznagel, wenn Sie hier nur von Gebührensteigerung sprechen im Lande, wir hatten letzte Woche die erste Haushaltsdiskussion in der SPD-Kreistagsfraktion Parchim und da habe ich mit Freuden zur Kenntnis genommen, dass wir im Landkreis Parchim im kommenden Jahr die Abfallgebühren senken können.

(Renate Holznagel, CDU: Schön.)

Das ist ein positives Beispiel.

(Vincent Kokert, CDU:
Fragt sich, wie lange noch.)

Meine Damen und Herren, die drei mechanisch-biologischen Anlagen in Rosenow, Rostock und Stralsund sowie die thermische Abfallverwertungsanlage in Ludwigslust laufen. Das, denke ich, freut uns alle. Und die Interimslösung der Zwischenlagerung des Siedlungsabfalls der Städte Schwerin, Wismar und des Landkreises Nordwestmecklenburg wird hoffentlich mit der Inbetriebnahme der weiteren MBA auf dem Ihlenberg spätestens Ende 2006, Frau Holznagel, und nicht erst 2007 beendet sein.

Aus meiner Sicht sind die Abfallwirtschaftsstrukturen im Land klar und die Kapazitäten ausreichend. Im Bereich des Gewerbemülls scheint es doch etwas schwieriger zu sein. Das wurde hier auch im Bericht deutlich. Verantwortlich dafür, meine Damen und Herren, ist selbst gewollt die Wirtschaft. Auch für die Entsorgung des Gewerbemülls durch überzertifizierte Fachbetriebe gilt, dass kein unbehandelter Abfall deponiert werden darf. Vorbehandeln kann man entweder in selbst zu schaffenden Vorbehandlungsanlagen oder über Anlagen auf dem freien Markt. Dass Müllvorbehandlung ab dem 01.06.2005 zwingend vorgeschrieben ist und etwas kostet, meine Damen und Herren, weiß man, denke ich, seit Jahren.

Wenn es hier im Stofffluss zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein sollte, muss dies untersucht werden. Nach meiner Kenntnis unterliegt aber der Stofffluss des Gewerbemülls keiner direkten staatlichen Kontrolle. Informationen der Fachbetriebe zum Stofffluss gibt es für das Land nur indirekt über die Statistikpflicht der Betriebe. Die Statistik läuft aber, wie wir alle wissen, zeitlich immer hinterher. Und eventuell, muss ich zugeben, gibt es Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, wir sehen dem Bericht des Umweltministers mit Interesse entgegen. Ich denke, Frau Holznagel, dass Ihre Einbringungsrede, die Sie gehalten haben, sicherlich eine hervorragende Grundlage für die Ministerrede in der kommenden Debatte ist.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir stimmen diesem Antrag, Herr Kokert, trotzdem zu, obwohl Sie vermutet hatten, wir würden ihn ablehnen. Aber wir stimmen ihm zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jarchow.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wieder einmal liegt ein CDU-Antrag vor uns, der nicht das meint, was eigentlich beantragt wurde.

(Egbert Liskow, CDU: Also?!)

Vorgeschoben wird zum Ersten ein Bericht – wir haben es schon gehört – über die Umsetzung des Abfallwirtschaftsplanes, über den Aufbau der Abfallbehandlungsstrukturen und über die Auswirkungen der Umsetzung der Abfallablagerungsverordnung. Frau Holznagel hat ausgeführt, es gäbe Kommunen, in denen die Entsorgungssicherheit nicht gewährleistet wird. Nach den uns vorliegenden Zahlen ist es so – der Minister hat es schon einmal gesagt –, für 365 Tonnen besteht Entsorgungssicherheit und 352 Tonnen pro Jahr sind vertraglich gebunden. Das heißt für mich, die Entsorgungssicherheit ist für die Abfallstoffe, die andienungspflichtig sind, gesichert. Von daher kann es eigentlich keinen Notstand geben.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Zum Zweiten wird die Landesregierung aufgefordert einzugreifen, eine illegale Gewerbemüllentsorgung zu unterbinden. Dazu sage ich, ob die Landesregierung dafür verantwortlich ist, das möchte ich bezweifeln, es sei denn, mit der illegalen Entsorgung ist das Andienen auf dem freien Markt gemeint.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Das ist aber für den Gewerbemüll, mein Kollege Herr Jarchow hat es ausgeführt, gerade auf Wunsch der Entsorgungsunternehmen so gewollt. Der eigentliche Esel, der hier geschlagen werden soll, ist die bundesgesetzliche Regelung, dass Abfall möglichst weit verwertet und vorbehandelt werden soll, bevor er abgelagert wird, wobei für die CDU-Fraktion die Verwertung eine Einbahnstraße ist, nämlich gleichzeitig Verbrennung, das kann man heute ganz deutlich in den „Lübecker Nachrichten“ nachlesen. Ihr neuer Fraktionsvorsitzender hat es den Journalisten so erklärt: Frei nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ ist der Abfall dann weg.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Da können
wir noch ein bisschen Atom Müll ranholen.)

Nur funktioniert das in der Praxis nicht so einfach, denn Müllverbrennung ist neben der zweifellos an bestimmten Stellen gewünschten Wärme- und Energieerzeugung auch in erster Linie eine Vernichtung von Ressourcen und eine unnötige Klimabelastung. Deshalb ist eine mechanisch-biologische Vorbehandlung zur Verwertung des Abfalls durchaus sinnvoll und im Zeitalter zu Ende gehender natürlicher Ressourcen sowie einer inzwischen durchaus registrierbaren nicht natürlichen Klimaveränderung auch zeitgemäß.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Verwertung heißt im Gegensatz zur Auffassung von vor 50 Jahren heute nicht mehr ausschließlich Verbrennung. Ich denke, wenn der Minister fristgemäß seinen Bericht vorlegen wird, wird auch darüber zu diskutieren sein. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kokert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Jetzt sind wir aber gespannt. – Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Vincent Kokert, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein bisschen überrascht war ich schon, Herr Jarchow, das gebe ich gerne zu, dass Sie diesem Antrag zustimmen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Frau Gramkow, Sie brauchen gar nicht aufgeregt zu sein, ich habe bisher noch fast gar nichts gesagt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ich bin nicht aufgeregt!)

Aber die eine oder andere Klarstellung, die muss man hier schon einmal bringen, auch zu dem, was Herr Backhaus hier gesagt hat. Ich vermute einmal, Herr Backhaus steckt auch nicht so im Thema drin.

(Minister Dr. Till Backhaus: Na, na, na, na!)

Ich habe bislang immer vermutet, Herr Methling bereite sich darauf vor, zukünftiger Minister vom Umwelt- und Landwirtschaftsministerium zu werden.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Keine Personaldiskussion!)

Heute habe ich eine andere Auffassung gewonnen. Anscheinend möchte Herr Backhaus zukünftig dieses Großministerium führen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Darüber zerbrechen Sie sich mal nicht den Kopf! – Zurufe von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Man kann die Fehler der Landesregierung – Sie versuchen das hier kleinzureden, dass die Landesregierung keine Fehler in der Abfallbehandlung gemacht hat – nicht ignorieren. Ich kann Ihnen den Kardinalfehler ganz klar benennen:

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das wird die Opposition dann begleiten.)

Wir haben das Problem hier im Land, dass Sie einem weismachen wollen, wenn Sie mechanisch-biologische Anlagen errichten, muss hinterher der Müll nicht verbrannt werden. Und genau das, meine Damen und Herren, stimmt eben nicht!

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sie haben das Problem hier im Land, Sie haben mechanisch-biologische Anlagen errichtet – das ist auch gut, dass wir diese mechanisch-biologischen Anlagen im Land haben –, aber Sie verschweigen den Menschen, dass 40 Prozent von dem, was vorher der Input war, hinterher doch noch verbrannt werden muss. Und genau da liegt der Casus knacksus hier im Land.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Wir wissen nicht, was wir mit der hoch kalorischen Fraktion hier im Land anstellen sollen. Ich kann mich noch

sehr gut an die glorreichen Reden Ihres Umweltministers erinnern, der Folgendes gesagt hat: In Mecklenburg-Vorpommern wird Milch und Honig fließen, wenn wir diese hoch kalorische Fraktion haben. Die Kohleenergiewerke werden uns diese hoch kalorische Fraktion aus den Händen reißen und uns dafür sogar noch Geld geben.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die Realität ist heute, dass uns die Tonne auf dem Markt fast 100 Euro kostet. Genau das ist es, was die Abfallpreise hier im Land in die Höhe treibt. Sie trennen natürlich, das ist auch richtig, zwischen Gewerbeabfällen und dem ganz normalen Hausmüll.

Wir haben ein technisches Problem, das sicherlich nicht der Umweltminister zu verantworten hat, bei den mechanisch-biologischen Anlagen, weil man auch in der Technologie meistens nicht alles richtig macht. Genauso ist es hier auch bei den mechanisch-biologischen Anlagen passiert. Der Hausmüll ist nämlich doch wesentlich vielfältiger, als man das in der Forschung angenommen hat. Deshalb sind in der mechanisch-biologischen Anlage sehr große Teile des Abfalls nicht zu behandeln. Es kommt nicht nur die hoch kalorische Fraktion hinterher raus, so, wie man sich das vorgestellt hat, sondern das macht sich natürlich gerade bei dem Gewerbemüll bemerkbar, denn hier ist es mit großen Auswirkungen verbunden.

Ich möchte einmal, da die jetzige Landesregierung die Meilensteine in der Abfallpolitik legen wollte, aus einer Pressemitteilung des Umweltministers zitieren: „Die Landesregierung beschreitet neue Wege in der Abfallpolitik.“ Das ist grundsätzlich erst einmal gut. Weiter heißt es: „Anfang des Jahres hat das Kabinett einen Abfallwirtschaftsplan für das Land verabschiedet, der durch die Zulassung von Wettbewerb in der Abfallwirtschaft Kostenereicherungen für Bürger und Gewerbe schaffen soll.“

(Egbert Liskow, CDU: Wo denn?! –

Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, ich halte einfach einmal dagegen, damit es nicht immer nur heißt, die Opposition redet hier das Land schlecht, sondern ich nehme einmal einen Parteikollegen von Ihrem Minister Methling, und zwar den Senator Dr. Wolfgang Nietzsche, Linkspartei.PDS in Rostock, der sagt ganz klar: Weil Abfall jetzt nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen aufwändig vorbehandelt wird und ein Teil danach noch deponiert werden muss, steigt der Preis für diese Entsorgungsleistung. Und das können Sie nicht wegdiskutieren. Sie sind mit Ihrem Abfallwirtschaftsplan gestartet, die Gebühren zu senken, passiert sind aber Gebührenerhöhungen.

(Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Nicht überall, nicht überall.)

Das muss man ganz klar konstatieren und das können Sie nicht wegeden!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und heute ganz tagesaktuell, das habe ich mir gerade noch aus dem aktuellen Pressespiegel herausgesucht, weil die OVVD ja schon mehrfach angesprochen wurde – jetzt ist Herr Borchert leider weg, ich hätte ihm das gerne noch gesagt –, auch in der OVVD haben wir im Übrigen das gleiche Problem. Nach Angaben von Herrn Geier – Herr Geier ist übrigens der Geschäftsführer der OVVD –

steigt durch die vorgeschriebene mechanisch-biologische Behandlungsanlage des Abfalls der Bearbeitungspreis pro Tonne von bisher 60 bis 70 Euro auf rund 100 Euro.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich!)

Das müssen Sie sich einmal vorstellen, meine Damen und Herren! Das ist im Übrigen auch das, worauf die CDU-Fraktion immer wieder hingewiesen hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Wir haben in diversen Kleinen Anfragen und Anträgen immer wieder klar gesagt: Sagen Sie den Leuten, wenn Sie schon hier im Land mechanisch-biologische Behandlungen wollen, ganz klar, dass es mit Gebührenerhöhungen verbunden sein wird.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Genau-so wie die Verbrennung. Dann reden wir Klartext.)

Frau Gramkow, Sie wissen ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Die TA Siedlungsabfall kennen wir beide.)

Frau Gramkow, ich schätze Sie sehr als Finanzpolitikerin. Ich weiß, dass Sie Zahlen genauso lieben wie unser ehemaliger Fraktionsvorsitzender. Deswegen möchte ich Ihnen auch sagen – das wissen Sie genauso gut wie ich –, jedes Mal, wenn man Müll in die Hand nimmt, wird es teuer.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Es ist ein Unterschied, ob Sie es vorher in der mechanisch-biologischen Anlage verwerten und trennen und hinterher die hoch kalorische Fraktion rauskommt, die Sie dann trotzdem noch verbrennen müssen. Das ist doch der Unterschied, Frau Gramkow! Andere Länder sind andere Wege gegangen und da sind die Müllgebühren nicht gestiegen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Können Sie mir ein Land nennen?)

Ich werde aber in Anbetracht der Tatsache, dass der Umweltminister heute nicht anwesend ist, mir noch das eine oder andere rhetorische Argument für den Bericht, den er hier halten wird, aufheben.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Schade!)

Ich danke trotzdem noch einmal der Regierungskoalition, dass sie unserem Antrag hier zustimmt. Lassen Sie uns gemeinsam – das ist ja auch der gemeinsame Auftrag des Parlaments – die Landesregierung hier überwachen, gerade im Abfallbereich! Es gibt noch sehr viele Zeitungsmeldungen, die ich hier hätte zitieren können, die auch alle, meine ich, reell sind.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber Sie wissen es doch besser!)

Aber wir sollten an diesem Punkt schließen. Ich fordere Sie noch einmal auf, stimmen Sie unserem Antrag zu! Sie haben schon gesagt, dass Sie das tun werden. Lassen Sie uns hören, was der Umweltminister zu den aufgeworfenen Fragen ausführt! Lassen Sie uns erneut in einer Landtagsdebatte darüber diskutieren, wie wir weiter damit umgehen wollen! – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Kokert, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Schwebs?

Vincent Kokert, CDU: Selbstverständlich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Frau Schwebs.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Herr Kokert, ich hätte gerne einmal eine Antwort auf die Frage, ob Sie beim Klimaschutz lieber Geld für vorsorgende Kosten ausgeben, also im präventiven Bereich, oder eher dann, wenn in absehbarer Zeit die Kosten ins Unendliche steigen und die Folgen einer Klimaveränderung zu bezahlen sind?

(Egbert Liskow, CDU: Das haben wir bei der Kernenergie auch gemacht.)

Vincent Kokert, CDU: Frau Kollegin Schwebs, die Frage kann ich im Zusammenhang mit unserem vorliegenden Antrag nicht ganz verstehen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Doch! – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Nee, das gehört schon alles zusammen!)

Sie fangen schon wieder an, das ideologisch zu tünchen und zu sagen, mechanisch-biologisch ist besser als sofortige Müllverbrennung.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das gehört schon zusammen.)

Und das müssen Sie ganz einfach erst einmal nachweisen!

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das hat was mit Dialektik zu tun.)

Wir haben ja jetzt das Problem, dass wir die hoch kalorische Fraktion verbrennen müssen. Ich weiß nicht, was das mit Klimaschutz zu tun hat. Sie wissen, was es für moderne Filteranlagen gibt, das wissen Sie genauso gut wie ich,

(Heinz Müller, SPD: Aber die filtern kein CO₂.)

und dass es im Vergleich der Verbrennung hoch kalorischer Fraktionen und dem normalen Hausmüll im Schadstoffausstoß Untersuchungen gibt,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der hat keine Ahnung, der Mann. Tut mir Leid! Von wegen CO₂!)

auch die kennen Sie, da sind kaum Unterschiede.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Aber es gibt welche.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Kokert.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1907. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1907 einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 14. Dezember 2005, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16.10 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jörg Heydorn und Reinhardt Thomas.